

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

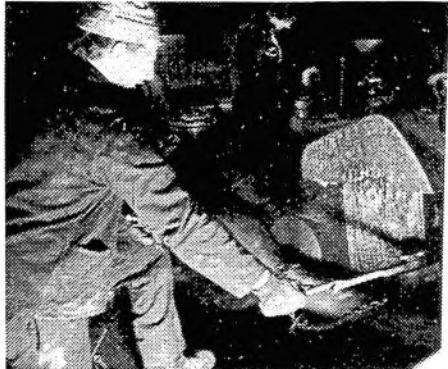
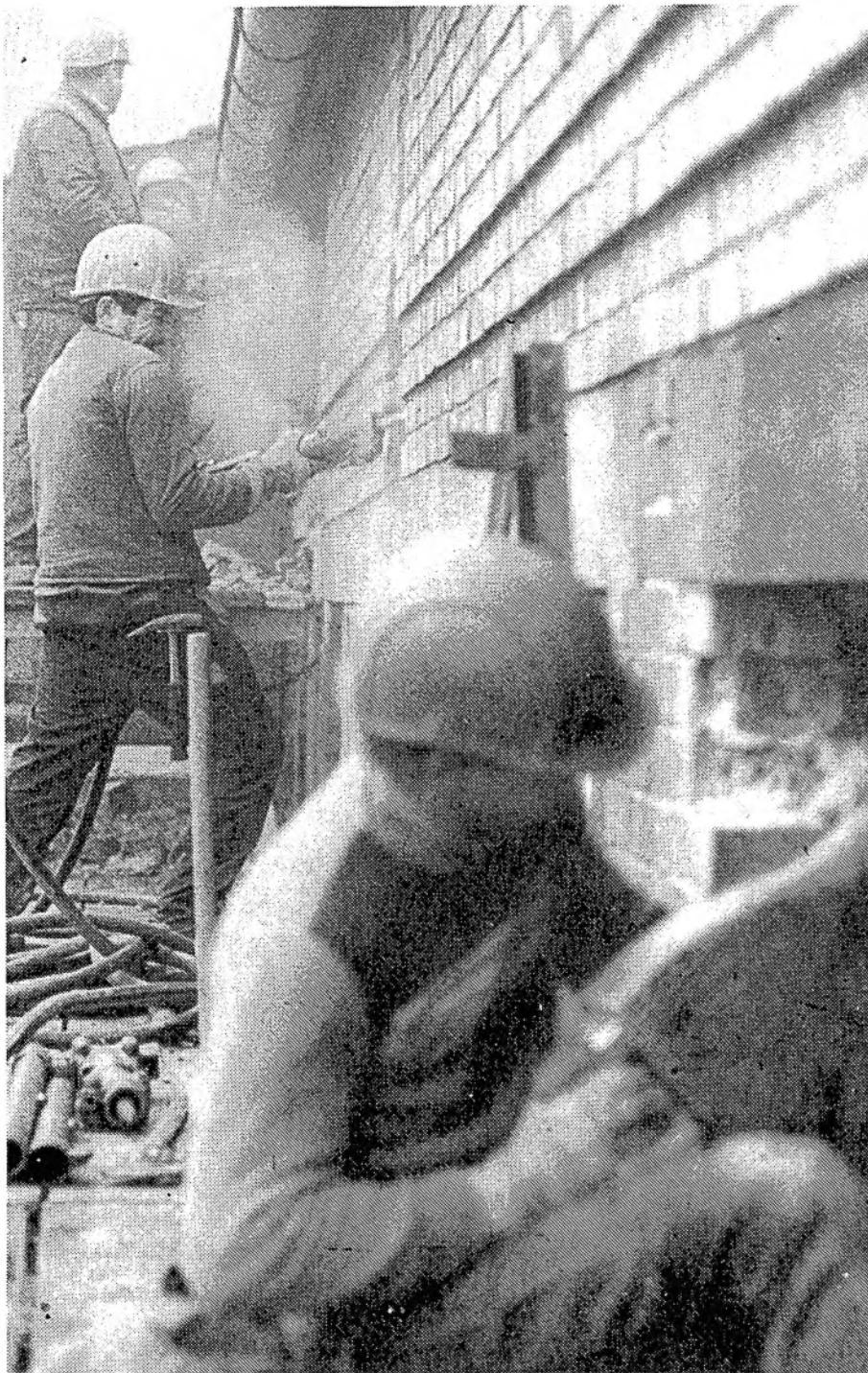
Politische Berichte



25. Juli 1986
Jg. 7 Nr. 15

G 7756 D

Preis:
2,50



Überstundenabbau: Motto: "Lieber befristet beschäftigt als unbefristet arbeitslos" Seite 10



Chile: Ein Bericht aus Santiago über den Widerstand: Chile vor dem Sturm? Seite 12



Bundestagswahlen: Die MLPD kandidiert – die Kritik am BRD-Imperialismus muß sie erst noch entwickeln Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

BRD-Österreich: BRD verlangt "Zusammenarbeit" bei Polizei und Luftwaffe – "Pangermanismus" blüht auf.....	4
25 Jahre Mauer: Revanchisten planen Provokationen.....	7
Monopolkommission: Macht der Monopole ist weiter gewachsen	7
Sozialhilfe: Ist der Anstieg der Sozialhilfe Folge der Arbeitslosigkeit?.....	8
Überstundenabbau: Motto: "Lieber befristet beschäftigt als unbefristet arbeitslos".....	10
Aus dem Überstundenbericht.....	11

Auslandsberichterstattung

Chile: Ein Bericht aus Santiago, Chile vor dem Sturm?.....	12
Spanien: Einführung der Mehrwertsteuer und ihre Folgen.....	13
Südafrika/Azania: BRD fürchtet Importstopp von billigen Rohstoffen	14
Jugoslawien: Jugendverband übt öffentlich Kritik	14
Westjordanland/Jordanien: Jordanien will PLO kaltstellen....	15
VR Polen: Kurs der PVAP: Intensivierung, Effektivität, Lohn nach Leistung	15
Internationale Meldungen.....	16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen:	
"Muß Arbeit krank machen?".....	18
Dokumentation von GRÜNEN und AL.....	18
Friedrich-Ebert-Stiftung: "Kampf um den Wohlstand"	18
"Auf welcher Seite stehst du?"....	19

Bundestagswahlen: MLPD kandidiert– die Kritik am BRD-Imperialismus muß sie noch entwickeln.	19
--	----

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
----------------------------	----

Bürgerschaftswahl: Faschistische Gruppen mobilisieren zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg .	22
--	----

Das Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung teilt mit

Am 12.7. traf sich eine Arbeitsgruppe, um inhaltlich und organisatorisch den Kongreß vorzubereiten, den die in der gemeinsamen Vollversammlung und der gemeinsamen Beilage zusammenarbeitenden Organisationen AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD und PA im Herbst veranstalten. Die Arbeitsgruppe – vertreten waren BWK, GIM, KG (NHT), KPD und als Guest die Gruppe IV. Internationale – traf folgende Vereinbarungen:

Betrifft den Kongreß: "Das Eingreifen der revolutionären Sozialisten in die Frontbildung gegen Imperialismus und Reaktion"

1. Der Kongreß findet am Samstag/Sonntag, den 1./2. November 1986, in Köln statt. Er beginnt am Samstag um 13.00 Uhr mit Arbeitsgruppen (bis ca. 20.00 Uhr). Auf dem Plenum am Sonntag (Beginn: 9.30 Uhr) soll eine Schlußerklärung erörtert und verabschiedet werden, die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammenfaßt. Der Kongreß wird am Sonntag gegen 13.00 Uhr beendet sein.

2. Die Arbeitsgruppen werden zu folgenden Themen stattfinden und dabei sowohl die theoretischen Grundlagen – Übereinstimmungen und Differenzen der beteiligten Organisationen – wie Schlußfolgerungen für die Praxis behandeln:

- a) Wirtschaftspolitik in der BRD: konservative und sozialdemokratische Strategien
- b) Arbeitszeitverkürzung, Flexibilisierung, Arbeitszeitgesetz
- c) Sozialsystem in der BRD
- d) Europastrategien des Kapitals
- e) Außenpolitik der BRD: NATO-Bündnis und EG-Interessen, Entspannungs- und Konfrontationspolitik
- f) BRD und Dritte Welt (Schwerpunkte: Mittelmeerraum und Südafrika)
- g) Faschisierung und antifaschistischer Kampf
- h) Konservativer Angriff auf die Frauen

3. Der Kongreß ist öffentlich. Die Interessenten sind gebeten, sich bis zum 15. Oktober beim Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung anzumelden (entweder: c/o BWK, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel: 0221/216442; oder: c/o KPD, 4600 Dortmund, Postfach 300526, Tel.: 0231/433691). Ihnen werden die schriftlichen Materialien zum Kongreß zugeschickt, sobald diese vorliegen.

4. Die Arbeitsgruppe trifft sich am 4.9. erneut, um einen Aufruf zum Kongreß zu erarbeiten, die Themen der Arbeitsgruppen und ihre Arbeits-

weise näher zu bestimmen und weitere inhaltliche und organisatorische Vorbereitungen zu treffen.

Asylrecht – Regierungslager schürt Pogrome

Der leichte Anstieg der Zahl der Asylbewerber – Regierungsschätzungen sprechen von vermutlich 100000 Bewerbern in diesem Jahr, gegenüber knapp 74000 im Vorjahr – wird von Politikern aus dem liberalen, konservativen bis faschistischen Lagern im-



Auch das wird erneut diskutiert: Zwangsarbeit für Asylbewerber, hier 1982 in Westberlin.

mer zügeloser zum Vorwand für die Schürung von Pogromstimmungen gegen diese Asylbewerber genutzt. Anfang der Woche entlud sich der so geschürte "Volkszorn" in Westberlin: Demonstranten feuerten zwei Leuchtgeschosse auf ein Zeltlager ab, das der Senat zur Unterbringung von Asylbewerbern aufgebaut hatte. Nachdem zuvor schon der Westberliner Innensenator Lummer, Kohl, Strauß und Dregger eine Änderung des Grundgesetz-Artikel 16 ("Politisch Verfolgte genießen Asylrecht") verlangt haben, um Asylbewerber künftig pauschal an der Grenze abweisen zu können, hat nun der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Miltner, eine solche Verfassungsänderung zum Bestandteil des Regierungsprogramms einer neuen CDU/CSU-FDP-Regierung nach den Bundestagswahlen erklärt. Schon vorher soll die Ablehnung von Asylanträgen weiter beschleunigt werden, sollen Asylbewerber aus Sri Lanka, der Türkei, Iran, Palästina und anderen Ländern künftig nach Ablehnung ihres Antrags auch bei drohender Folterung und Hinrichtung wieder abgeschoben werden. SPD-Sprecher lehnen eine Beteiligung der SPD an einer Verfassungsänderung zwar noch ab, lassen aber erkennen, daß sie fast jede andere Beschleunigung der Asylverfahren und daran anschließender Abschiebungen von Asylbewerbern mittragen werden. Erfreulich dagegen eine Stellungnahme der Alternativen Liste in Westberlin. Sie rief die DDR auf, westdeutschen und

westberliner Forderungen nach Erschwerung der Einreise von Asylbewerbern nach Westberlin nicht nachzugeben. Anders als der Westberliner Senat behauptete, gebe es in Westberlin keine dramatische Situation. "Allein wirklich dramatisch ist die Sucht des Senats, das Asylrecht weiter auszuhöhlen." Die vom Senat behauptete Unterbringungskrise sei von diesem Senat "zielgerichtet selbst herbeigeführt" worden. — (rül)

Vollversammlung der AG für revolutionäre Hochschulpolitik

Köln. Am 19./20.7.86 fand in Köln die siebte ordentlichen Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik statt. Auf der Vollversammlung waren Mitglieder der Organisationen BWK/KHG, FAUST und FAU/R und der örtlichen Gruppen der Arbeitsgemeinschaft anwesend. Ein Vertreter der Bildungspolitischen Korrespondenzgesellschaft (BiPoK) nahm ebenfalls an der Vollversammlung teil. Vertreter der KPD bzw. der Kommunistischen Studenten (KS) waren im Gegensatz zu früheren Vollversammlungen nicht anwesend. Nach den Informationen, die der Arbeitsgemeinschaft vorliegen, sind die KS als Organisation gegenwärtig nicht mehr aktiv. Es gibt jedoch eine Initiative, die Hochschularbeit zu reorganisieren.

Die Vollversammlung billigte den Tätigkeits- und Finanzbericht des Koordinationsausschusses. Es wurde beschlossen, die publizistische Zusammenarbeit mit der BiPoK fortzusetzen. Im Wintersemester will die Arbeitsgemeinschaft vor allem aktiv werden gegen die Pläne der Bundesregierung zur Einführung des "Bildungssparens", gegen die Novellierung der Landeshochschulgesetze, gegen die Burschenschaften und gegen das Universitätsjubiläum in Heidelberg. Die

Arbeitsgemeinschaft wird sich am Kongreß der Volksfront gegen Faschierung beteiligen. — (tob)

FDP nimmt ehemaligen Republikaner Voigt auf

Der frühere CSU-Bundestagsabgeordnete Voigt ist Mitglied der FDP geworden. Voigt war im Oktober 1983 aus der CSU ausgetreten, weil er Kredite an die DDR als "deutschlandpolitischen Verrat" verstand. Er hatte mit den ehemaligen Parteikameraden Schönhuber und Handlos die faschistoide Partei "Republikaner" gegründet, die mit Chauvinismus und aggressivem Deutsch-Nationalismus eine Sammlungsbewegung rechts von der CSU betreibt. Voigt war aus dem Vorstand der Republikaner nach inneren Auseinandersetzungen ausgetreten.

Er findet nun in der FDP eine neue Heimat, ohne daß er seine Auffassungen geändert hätte. Er ist bekannt dafür, daß er ein energischer Verfechter der Einführung der Todesstrafe für "Gewaltverbrecher" ist. Voigt tritt offen für die Einverleibung der DDR und polnischer, sowjetischer und tschechoslowakischer Gebiete in ein "Deutschland" ein und kämpft schon lange für die Beseitigung des Asylrechts.

Der bayerische FDP-Vorsitzende Brunner begrüßte den Übertritt Voights mit der Feststellung, er halte ihn für fähig, "liberale Positionen zu vertreten" und will ihn insbesondere in der Verteidigungspolitik tätig sehen. Voigt ist Oberstleutnant a.D. und war Vorsitzender des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU. Mit der Aufnahme Voights dokumentiert die FDP, daß sie ihre alten Verbindungen zu faschistischen Kreisen auch öffentlich wiederbeleben will und reaktionär-faschistische Kräfte in der FDP sammeln will. — (uld)



Der DGB-Vorsitzende Breit besuchte gemeinsam mit weiteren Delegierten des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) Südafrika/Azania. Dabei erklärte er in einem Gespräch mit Bischof Tutu, daß er sich im Namen des DGB und des IBFG für Wirtschaftssanktionen der BRD gegen Südafrika einsetze, weil das "Maß an Leid" der Schwarzen voll sei. — (uld)

Nds. Regierungserklärung: Albrecht-Politik erhält Verstärkung 22

Beamtenrecht: Entlassung des Lehrers Ulrich Foltz 23

Großhandel NRW: Streiks gegen Flexibilisierung 23

Kultur- und Kommunikationszentrum: CDU spricht von "krimineller Vereinigung", um sie mittels Polizeiterror zu unterdrücken 24

Hoffmann-Prozeß: Freispruch von der Mordanklage 25

Wohnungsamtsskandal: Stuttgarter Wohnungsamt verschärft Vergabepraxis 25

Sozialer Wohnungsbau: Bis 1995 nur halb so viele Sozialwohnungen in Hannover – jedoch doppelt so teuer 26
Forderungen von SPD und GABL zur Kommunalwahl 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

BASF: Solidarität mit ausgesperrten BASF-Kollegen in Geismar/USA 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kunst und Katholizismus: Christliche Gegenwartskunst. Der Zeigefinger Gottes 30

Automobilindustrie: Bildungsurlaubsseminar – "Fabrik der Zukunft" 31

Politische Disziplinierung: Die "besondere Gewalt" des bürgerlichen Staates 32

Spezialberichte

20 Jahre Kulturrevolution: Die Kulturrevolution ging verloren aufgrund der Spaltung des Industrieproletariats 34
Vom Großen Sprung zur Kulturrevolution: Zeitliste 39

BRD-Österreich

BRD verlangt "Zusammenarbeit" bei Polizei und Luftwaffe – "Pangermanismus" blüht auf

Der Streit zwischen bayerischer Landesregierung und Unionsparteien auf der einen und der österreichischen Regierung auf der anderen Seite um das Einreiseverbot des bayerischen Innenministeriums für österreichische Demonstranten gegen die WAA in Wackersdorf scheint so schnell beigelegt, wie er begann. In der bürgerlichen Presse wird die Auseinandersetzung dargestellt als "Sommerposse" zwischen dem bayerischen Innenminister und der bayerischen Staatskanzlei, die in Fragen der "inneren Sicherheit", zumal wenn es um die Durchsetzung des imperialistischen Kernenergieprogramms geht, Härte demonstrieren wollten, und einer im wesentlichen vernünftigen österreichischen Regierung. Tatsächlich sind die Ereignisse der letzten Wochen alles andere als "possenhaft". Sie werfen vielmehr ein greelles Licht auf einen spätestens seit dem Regierungsantritt Kohls wieder energisch verfolgten Expansionskurs des BRD-Imperialismus, der sich die österreichische Republik planmäßig zum "Verbündeten" zu prügeln sucht, um auf diesem Weg rascher in Richtung Balkan und nach Südeuropa expandieren zu können. Mit dem Antritt Waldheims als österreichischer Bundespräsident hat dieser aggressive Kurs der BRD einen ersten Zwischen Erfolg und eine bedeutende Ermutigung erfahren.

BRD erzwingt "Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane"

Mancher erinnert sich vielleicht noch an die Lastwagenblockaden durch

österreichische und westdeutsche Fuhrunternehmer am Brenner vor drei Jahren. Diese wurden von der Regierung Kohl zum Anlaß genommen, um eine allgemeine Lockerung von Grenzkontrollen "in Europa" zu verlangen. Abkommen "zur Erleichterung des Grenzübertritts" mit allen an die BRD angrenzenden EG-Staaten sowie mit Österreich folgten. In der Öffentlichkeit wenig beachtet wurde, daß diese Abkommen von dem im Kanzleramt für die Nachrichtendienste zuständigen Staatssekretär Schreckenberger ausgehandelt wurden und ausdrücklich mit einer "Intensivierung der Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane" verbunden waren.

Die BRD erzwang so von allen benachbarten Staaten – ausgenommen die DDR, die CSSR und die Schweiz – die Zusage, mit westdeutschen Polizei- und Geheimdiensten zu kooperieren. Das gilt auch für die österreichische Polizei. Diese Zusammenarbeit wollte das bayerische Innenministerium vor den WAA-Demonstrationen einfordern. Am 3. Juli meldete dpa: "Eine bayerische Sicherheitsstelle hat die österreichische Polizei um Informationen über Anti-Wackersdorf-Demonstranten gebeten ... Wie inoffiziell verlautete, handelte es sich um das Bayerische Amt für Verfassungsschutz. Die Anfrage war dem Sprecher zufolge vor den geplanten, durch ein bayerisches Einreiseverbot verhinderten Demonstrationen österreichischer Kernkraftgegner an die Wiener Behörden gerichtet worden. Das bayerische Amt ... wollte unter and-

rem Namen vermuteter Demonstranten, ihre Organisationen und eine Einschätzung ihrer möglichen 'Radikaliät' wissen." Der österreichische Innenminister habe jedoch eine Auskunft untersagt.

Die Grenzperren sollten diese Auskunft erzwingen. Am 5. Juli berichtete die österreichische Zeitung "Die Presse", das bayerische Innenministerium habe nach Aufhebung der Einreisesperre eine "Liste von unerwünschten Österreichern" an die Grenzbehörden gesandt. Gleichgültig, ob diese Listen nun aufgrund der geforderten österreichischen "Amtshilfe" oder durch westdeutsche Polizeispitzel in Österreich erstellt wurden: Der Anspruch der BRD auf "Kooperation" der angrenzenden Staaten mit westdeutschen Polizeiorganen ist so nachdrücklich unterstrichen worden.

Luftwaffe künftig über Österreich?

Noch weniger "possenhaft" ist der Streit um Überflugrechte für österreichische Militärflugzeuge, die zur Landung auf dem Flughafen Salzburg angeblich bei schlechtem Wetter kurzzeitig über bayerischem Gebiet zu fliegen pflegen. Mit der bayerischen Aufforderung, offiziell mit Österreich über gegenseitige militärische Überflugrechte zu verhandeln, hat das Auswärtige Amt willkommene Schützenhilfe bekommen. Der österreichischen Zeitung "Die Presse" ist zu entnehmen, daß "die deutsche Botschaft bereits am 21. Jänner (Januar, d. Red.) in Wien ein

BDA fordert "Einstiegstarife"

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) fordert jetzt in ihren Leitsätzen zur Sozial- und Gesellschaftspolitik die "Schaffung eines Einstiegstarifs für neue Beschäftigungsverhältnisse". Als vor knapp zwei Jahren FDP-Hauss- und Bangemann Entlohnung unter dem geltenden Tarif forderten zwecks Neueinstellungen, hatte BDA-Präsident Esser das zurückgewiesen: die Tarifstruktur müsse beachtet werden, Löhne und Gehälter dürften nicht unterhalb geltender Tarife gezahlt werden. Esser zielte damit auf eine tariflich festgeschriebene Vereinbarung über die Senkung der Anfangslöhne, um so die unteren Lohngruppen weiter herabzudrücken. Daß diese jetzt offizielle Forderung der BDA ein wichtiges Mittel für eine weitere Aufspaltung und Senkung der Löhne und Ge-

hälter insgesamt ist und von den Gewerkschaften ohne Wenn und Aber zurückzuweisen ist, wird daran deutlich, daß die BDA in Verbindung damit fordert, "die vorhandenen Differenzierungen bei den Löhnen weiter auszubauen und die Lohnstruktur noch stärker auf die Qualifikation auszurichten". – (gba)

General gegen Recht auf Kriegsdienstverweigerung

Der Kommandeur des "Zentrums Innere Führung der Bundeswehr" in Koblenz, General Adalbert von der Recke, hat in einer Publikation des evangelischen Arbeitskreises "Sicherung des Friedens" das Recht auf Kriegsdienstverweigerung angegriffen. Dieses Recht sei 1949 nur ins Grundgesetz aufgenommen worden, "um Deutsche davor zu schützen, gegebenenfalls in den Streitkräften der Siegermächte Kriegsdienst leisten zu müssen". Verweigerung des Dienstes

in der Bundeswehr, so der adlige General weiter, sei "Verweigerung des Dienstes am Frieden", der Grundgesetzartikel, der die Verweigerung des Kriegsdienstes erlaube, "paradox". Wenn ein amtierender General sich soweit öffentlich herausnimmt und ein "evangelischer Arbeitskreis" das publiziert, kann man sicher sein, daß größere Angriffe auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung vorbereitet werden. (Süddeutsche Zeitung, 18.7.86 – rül)

Großdeutsches Wahlrecht in Kraft

Zu den Bundestagswahlen 1987 sollen erstmals auch diejenigen westdeutschen Staatsbürger wahlberechtigt sein, die im Ausland leben, nach Schätzungen der Bundesregierung etwa eine halbe Million. Wahlberechtigt ist danach auch, wer nach Gründung der BRD drei Monate auf dem Territorium der BRD oder in Westberlin ge-



Wirtschaftsminister Bangemann, der österreichische FPÖ-Chef Steger (links) und der Schweizer liberale Wirtschaftsminister Furgler (Mitte) am 6. Juli in Hamburg. Über ihre Verbindungen zur – von faschistischen Kräften stark beeinflußten – österreichischen Regierungspartei FPÖ wirkt die FDP energisch für eine großdeutsche "Wende" in Österreich.

Aide-Memoire überreicht (hat). Darin wurde eindeutig festgestellt, daß der österreichisch-deutsche Vertrag über Auswirkungen der Anlage und des Betriebs des Salzburger Flughafens nicht für Militärflugzeuge gelte. Seither seien mehrere Verbalnoten hin und her gegangen, im Herbst werden Wien und Bonn darüber verhandeln."

Der österreichische Luftraum soll also für westdeutsche militärische Überflüge geöffnet werden. Bisher ist Militärmaschinen der Luftwaffe jeder Überflug über Österreich untersagt, auch wenn dies Maschinen der Bundeswehr schon mehrfach provokativ mißachtet haben. Für NATO-Flüge in den Mittelmeerraum, z.B. nach Italien, muß die Luftwaffe also über Frankreich fliegen. Mit dem angestrebten Abkommen würde diese empfindliche Beschränkung für Luftwaffeneinsätze

im Mittelmeerraum beseitigt oder, je nachdem, wie das Abkommen ausfällt, zumindest teilweise aufgehoben. Die Flugzeiten der Luftwaffe, zum Beispiel für "Hilfsflüge" bei einer erneuten Aggression gegen Libyen, würde erheblich verkürzt. Für die BRD wie für die NATO entstünde daraus eine bedeutende Verbesserung ihrer militärischen Eingreifmöglichkeiten sowohl im Mittelmeerraum wie gegenüber den Staaten Osteuropas, speziell des Balkan, zweifellos eine schwere Provokation und Drohung gegen die angrenzenden Staaten des Warschauer Paktes, gegen Jugoslawien und Albanien. Auch wenn der von der BRD angestrebte Vertrag mit Österreich so schnell vielleicht nicht zustandekommt: Die Richtung, in die der westdeutsche Imperialismus strebt, ist durch das abgestimmte Vorgehen von

lebt hat und sich derzeit in einem Staat aufhält, der Mitglied des Europarats ist, oder nicht länger als zehn Jahre im Ausland leben. Zahlreiche Faschisten, Steuerflüchtlinge und Siedler bekommen so Wahlrecht, z.B. 13000 Deutsche in Südafrika. – (uld)

Parteienfinanzgesetz: Stückelt Großspenden!

Das Urteil des Verfassungsgerichts zur Parteienfinanzierung wird in der Presse weithin als ein Erfolg für die Grünen dargestellt. Tatsächlich hat das Gericht die Klage der Grünen in weiten Teilen abgelehnt. So bleibt die Wahlkampfkostenerstattung an Parteien auf die Hälfte der Gesamteinnahmen begrenzt. Die Grünen werden so wegen geringer Beiträge und Spenden mit Kürzungen, evtl. sogar mit Rückforderungen von Wahlkampfkostenerstattungen gestraft. Nur in einem Punkt gab das Gericht der Klage statt: Die Förderung von Kapitali-

stenspenden bis zu "2 vom Tausend der Summe der gesamten Umsätze und der ... Löhne und Gehälter" (was z.B. Siemens erlaubt hätte, 100 Mio. DM zu spenden und 56% davon vom Finanzamt "erstattet" zu bekommen) soll "nur" bis 100000 DM gelten. Mit dieser Obergrenze sei das "Recht der Bürger auf gleiche Teilhabe an der politischen Willensbildung" gesichert. Tatsächlich legalisiert das Gericht so die bislang strafbare Praxis zahlreicher Unternehmen endgültig. Die neue Obergrenze läßt sich zudem durch "Stückelung" von Spenden auf Tochterfirmen leicht umgehen. – (rül)

Der "Fall Meissner": Geiselnahme!

Da wird der stellvertretende Generalsekretär der Akademie der Wissenschaften der DDR in Westberlin unter dem Vorwurf "Ladendiebstahl" verhaftet und ihm sein Diplomatenpaß geraubt. Dann wird er polizeilich in

Auswärtigem Amt und bayerischer Staatsregierung, von Unionsparteien und FDP unverkennbar.

Mit Waldheim lebt auch der "Pangermanismus" auf

Der neue österreichische Bundespräsident und frühere Nazi-Wehrmacht-Offizier Waldheim, für Helmut Kohl ein "großartiger Patriot", der "das Auf und Ab ... der gemeinsamen deutschen und österreichischen Geschichte miterlebt ... hat", wird eine solche Annäherung Österreichs an die BRD auch auf anderen Gebieten nach Kräften fördern. Ein solches, von der BRD kommandiertes Bündnis beider Staaten würde sich sowohl gegen Italien wie auch gegen die osteuropäischen Staaten, gegen Ungarn, die CSSR und Jugoslawien, richten.

"Der Pangermanismus muß überwunden werden", hatte der italienische Außenminister Andreotti 1984 diesen großdeutschen Expansionismus öffentlich angegriffen und sich damit den geifernden Haß westdeutscher Reaktionäre zugezogen. Großdeutsche Umtriebe in Südtirol, deren Förderung sowohl durch Kohl wie durch die österreichische Regierung waren dem vorangegangen. Kaum ist Waldheim im Amt, da meldet nun die österreichische Zeitung "Die Presse" erneut einen "überraschend mutigen Landeskurs" des Sprechers der österreichischen Siedler in Südtirol, Magnago. Für November habe Magnago erneute Kundgebungen seiner "Südtiroler Volkspartei" angekündigt, um die "Gleichberechtigung der deutschen Sprache" durchzusetzen.

Aber auch die osteuropäischen Staaten werden diese engere Zusammenarbeit der BRD und Österreichs zu spüren bekommen. Die CSSR mußte schon in der Vergangenheit erleben,

die BRD zum Bundesnachrichtendienst verschleppt, dort tagelang verhört, und als es ihm endlich gelingt, in die Ständige Vertretung der DDR zu fliehen, verhängt der dem Justizminister unterstehende Generalbundesanwalt Strafbefehl wegen "Spionageverdacht". Die sonstigen Pistolengeschichten, die von MAD, BND, Rebmann und dem Kanzleramt lanciert wurden, übergehen wir. Die Freilassung Meissners, wenige Tage, nachdem die Affäre öffentlich wurde, ist Beweis genug. Was bleibt? Daß westdeutsche Staatsorgane in Westberlin den Viermächtstatus brechen und nach Gudünken verhaften, verhören und an ihre Geheimdienste ausliefern lassen können, und daß ein Diplomatenpaß der DDR in der BRD einen Dreck gilt. Daß die Bundesregierung sich solche Gangsterstücke und Provokationen gegen die DDR wieder erlaubt, sollte die politische Opposition alarmieren. – (rül)



Vor zwei Jahren, im September 1984: Großdeutsche Provokationen in Innsbruck. Auf dem Podium: Der Südtiroler "Landeshauptmann" Magnago, der damalige österreichische Bundeskanzler Sinowatz, Fürst Franz Joseph II. von Liechtenstein, Österreichs damaliger Bundespräsident Kirchschläger. Mit dem Amtsantritt Waldheims werden solche Provokationen neuen Auftrieb bekommen.

daß die Sudetendeutsche Landschaft mal in Wien und mal in München auftrat. Aber auch gegenüber den anderen Staaten Osteuropas wird die BRD sich die Verbindungen der österreichischen Bourgeoisie zu diesen Staaten künftig stärker zunutzen machen und gleichzeitig die österreichische Bourgeoisie mit der Aussicht auf "gemeinsame Geschäfte" noch mehr ins Bündnis locken.

Über wirtschaftliche Zwangsmittel, um in diesem Bündnis das Kommando auszuüben, verfügt die BRD schon jetzt. Seit Jahren erzielen westdeutsche Kapitalisten, ohnehin mit fast 36% Anteil am österreichischen Außenhandel größter Handelspartner, wachsende Überschüsse im Warenexport nach Österreich. Die Folge sind wachsende Schulden österreichischer Unternehmen bei westdeutschen Banken. Ende März waren diese Schulden

auf 18,3 Mrd. DM angestiegen, das ist mehr, als alle österreichischen Kapitalisten innerhalb eines Jahres in die BRD exportieren. Durch schrittweise Anbindung Österreichs an die EG wird diese Abhängigkeit noch mehr zunehmen. Am 15. Juli unterzeichnete der österreichische Forschungsminister in Brüssel ein Rahmenabkommen über "Zusammenarbeit in der Forschung". Das Abkommen soll Vorbedingung sein, damit sich österreichische Konzerne an EG-Forschungsprogrammen wie "Esprit" beteiligen können. An "Eureka" sind österreichische Unternehmen gleich mehrfach beteiligt, so an einem Projekt "Eurotrac", das angeblich "grenzüberschreitende Umweltverschmutzung" untersuchen soll und Vorwand für zahlreiche Angriffe gegen die CSSR bietet. Zusammen mit Siemens und dem – in Rüstungsvorhaben tätigen – westdeutschen Fraunho-

fer-Institut forscht die TU Wien und ein österreichisches Unternehmen "IMS" im Bereich der Mikroelektronik, und angeblich sollen österreichische Unternehmen nun auch die Beteiligung am "Airbus"-Programm anstreben.

Der "Pangermanismus", dieses alte und verbrecherische Programm des deutschen Imperialismus, zuerst die Vorherrschaft in "Mitteleuropa", d.h. das Bündnis mit bzw. den Anschluß von Österreich zu erzwingen und dann über die anderen Staaten herzufallen, ist nicht überwunden. Mit Kohl und Waldheim lebt dieses Programm richtig wieder auf, und die bestimmende Rolle des westdeutschen Imperialismus ist deutlicher denn je.

Quellenhinweis: Die Presse, Wien, seit 10.6.; FAZ, 1. bis 15. Juli; Archiv der Gegenwart, 4.5.86; Kölner Stadtanzeiger, 4.7. – (rül)

Volksgerichtshof: Nazi-Blutrichter ungestraft

Die Westberliner Staatsanwaltschaft wird die wenigen vor ihr begonnenen Ermittlungsverfahren gegen Richter des faschistischen Volksgerichtshofes einstellen. Das teilte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft vor kurzem mit. 1968 hatte der Bundesgerichtshof in einem berüchtigten Urteil den VGH-Blutrichter Rehse freigesprochen. Er habe als Volksgerichtshofrichter keine Gesetze gebrochen, sondern sie vollstreckt und sei deshalb nicht strafbar. Nach diesem berüchtigten Urteil konnte die VVN erst nach jahrelangen Protesten 1980 mit Strafanzeigen gegen 30 noch lebende vormalige Richter und Staatsanwälte des Volksgerichtshofs die Wiederaufnahme von Ermittlungen erzwingen. Die jetzt angekündigte Einstellung dieser Verfahren, so die VVN, bestätige Befürchtungen, "daß die Justiz der Bundesre-

publik keinen einzigen der über 550 Richter und Staatsanwälte des faschistischen Volksgerichtshofes für die von ihnen begangenen 5000 Mordtaten zur Verantwortung zieht." Die VVN verlangt: "Nach wie vor sind die Staatsanwaltschaften gehalten, jede Möglichkeit der Strafverfolgung der noch lebenden Täter wahrzunehmen". – (rül)

Vilmar, Bundesärztekammer: Gummigeschosse gefährlich

In einem Interview mit der "Welt der Arbeit" (Nr. 29 vom 17.7.86) aus Anlaß der Ankündigung, daß die bayerische Polizei künftig Gummigeschosse bei Demonstrationen einsetzen will, stellte der Präsident der Bundesärztekammer Vilmar fest: "Gummigeschosse sind sicher nicht ungefährlich. Es gibt überhaupt keine ungefährlichen Waffen, auch nicht der Gummiknöppel, auch nicht der Wasserwerfer ..." Auf die Frage nach möglichen

Verletzungen erklärte er: "Das scheint denkbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Augenverletzungen eintreten können. Ob auch an anderen Körperstellen Berufsunfähigkeits-, Invalidisierungsfolgen, eintreten können, ist sicher eine Frage der Distanz. Das kann aber auch eintreten zum Beispiel durch einen zu harten Schlag mit dem Gummiknöppel über den Kopf oder einen Sturz des Kontrahenten mit dem Kopf auf irgendeinen Stein." – (uld)

BRD plant großen Weltraumtransporter

Am 25. Juni legte die westdeutsche Delegation dem Rat der "Europäischen Weltraumagentur" (ESA) eine Studie für den Bau eines zweistufigen Raumtransporters, benannt nach dem faschistischen Raketenbauer Eugen Sänger, vor. "Sänger", von MBB und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt

25 Jahre Mauer**Revanchisten planen Provokationen**

Am 13. August 1961 baute die DDR eine Mauer in Berlin an ihrer Staatsgrenze, um die Fluchtmöglichkeiten einzuschränken und der Abwerbung ihrer Fachkräfte entgegenzuwirken. Den 25. Jahrestag ergriffen bürgerliche Politiker, Revanchistenverbände und ihr Troß, um zahlreiche Provokationen gegen die staatliche Souveränität der DDR vorzubereiten.

Die in Westberlin angesiedelte Bourgeoisie verordnet den Schulkindern deutschlandpolitische Diskussionen. Die Berliner Klassenlotterie stiftet 1,48 Mio. DM für den Bau eines Museums am Checkpoint Charly, das alles sammelt, was die "Unmenschlichkeit" der Mauer beweisen soll. Die Stiftung geht zurück auf den Leiter der Westberliner "Exil-CDU". Von der Bernauer Straße, einer häufig benutzten Fluchtstelle, bis zum Platz der Republik, wo der Reichstag steht, soll eine Menschenkette gebildet werden, die mit einer Kundgebung vor dem Reichstag beendet wird.

Die Junge Union mobilisiert bundesweit zu einer Großkundgebung am 9.8. nach Westberlin. Sie veranstaltet eine Diskussion über die Menschenrechte im Rathaus Schöneberg. Nachmittags findet eine Kundgebung auf dem Preußensplatz statt.

Das Innerdeutsche Ministerium ist tätig. Es baut in Bonn eine Fotoausstellung auf, legt sein Buch über den 13. August neu auf und gibt eine Sondernummer des "Deutschland-Archivs" heraus.

Auf Einladung der Stadt spricht am Jahrestag auf einer öffentlichen Veranstaltung im Reichstag Bundeskan-

ler Kohl, Brandt, früherer Bürgermeister von Berlin, hat sich auch ange sagt.

Das Zweite Deutsche Fernsehen strahlt am 12. und 13. August, jeweils um 22.10 Uhr, zwei Sendungen aus, die in einer Mischung aus Archivaufnahmen und gestellten Szenen beweisen sollen, wie unrechtmäßig die Regierung der DDR mit dem Mauerbau in das Selbstbestimmungsrecht vieler Deutscher eingegriffen hat. Der "Deutsche Ostdienst", Organ des Bundes der Vertriebenen und der Vereinigten Landsmannschaften und Landesverbände, weist in seiner Ausgabe vom 17.7. bereits auf die Vorzüge der Sendungen hin und macht gespannt auf die eingebauten Aggressionen: "Im Mittelpunkt der Sendungen ... stehen Gespräche mit Betroffenen und Beteiligten der deutschen und internationalen Politik, Interviews mit überraschenden Äußerungen." Nach dem zweiten Teil der Sendung sollen im Berliner Reichstag unter Leitung von Guido Knopp fünf Politiker und Wissenschaftler diskutieren: Valentin Falin, früherer Botschafter der UdSSR in der BRD, heute Leiter der Nachrichtenagentur "Novosti", Hermann von Berg, Funktionär der DDR, der vor kurzem in die BRD übergetreten und bekannt geworden ist durch seine hier veröffentlichten antimarxistischen Bücher, Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin, J. Kornblum, Missionschef der USA in Berlin, und Bahr, Ostspezialist der SPD.

Als Provokation im Rahmen des revanchistischen Jubiläums muß man auch die Verschleppung des Generalsekretärs der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, Meissner, bewerten, der dem BND entkommen konnte. Durch Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und Ausstellung eines Haftbefehls setzte Generalbun-

desanwalt Rebmann ihn in derständigen Vertretung der DDR in Bonn fest. Der amtierende Leiter der DDR-Vertretung hat dagegen beim Bundeskanzleramt protestiert und verlangt, daß die Rückkehr des Wissenschaftlers in die DDR "gewährleistet wird und die Rückgabe seines Passes und der persönlichen Unterlagen erfolgt".

Die Kirche verteidigt auf ihre Art die Wiedervereinigungsansprüche der westdeutschen Imperialisten. Der katholische Bischof von Berlin, Meisner, hat in einem Schreiben die Priester seiner Diözese aufgefordert: "Widersteht dem Ungeist des Hasses mit dem Geist der Liebe des Gekreuzigten, der noch in der Stunde seines Todes den Vater bittet, seinen Feinden zu vergeben." Meisner sieht einen doppelten Anlaß für das Schreiben, den 56. Gründungstag des am 13. August 1930 errichteten Bistums Berlin und den Jahrestag des Mauerbaus.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung vom 18.7. 1986; UZ vom 17.7. 1986; Deutscher Ostdienst vom 17.7. 1986 – (anl)

Monopolkommission**Macht der großen Monopole ist weiter gewachsen**

Die Konzentration von Kapital und die Macht der großen Monopole wächst in beschleunigtem Tempo. Zu diesem Ergebnis kommt die von der Bundesregierung eingesetzte "Monopolkommission" in ihrem "Sechsten Hauptgutachten".

So stellt die Kommission fest: "Im Berichtszeitraum 1984/85 sind dem Bundeskartellamt 1284 Zusammenschlüsse, d.h. rund 16% mehr als im



Das Bundesverteidigungsministerium hat die mit dem Bau der "Airbus"-Flugzeuge befaßten Konzerne um einen Vorschlag gebeten, wie eine militärische Version des Airbus "A-320" aussehen könne. Das Militärflugzeug soll zur U-Boot-Bekämpfung eingesetzt werden. "Airbus-Industries", vor Jahren als "Europas Antwort" auf die US-Dominanz im Zivilflugzeugbau gestartet, beginnt damit erstmalig mit Rüstungsproduktionen. Bild: "Airbus"-Aufsichtsrat chef Strauß vor einer zivilen "A-310". – (rül)

vorgeschlagen, ist als zweistufiges Raumtransportsystem von 400 Tonnen Gewicht konzipiert. Die erste Stufe soll wie ein Flugzeug starten und sechsfache Schallgeschwindigkeit erreichen, bevor das Raketentriebwerk der zweiten Stufe gezündet wird. "Sänger" soll bis zu 12 Astronauten und vier Tonnen Fracht transportieren und ist das westdeutsche Konkurrenzprojekt zu dem französischen "Hermes"- und dem britischen "Hotol"-Raumtransporter. Seine Entwicklung würde mindestens 6 Mrd. DM kosten. Welches Modell die "ESA" in Auftrag gibt, ist noch offen. Nachdem vor kurzem Daimler-Benz-Finanzchef Reuter eine "europäische Weltraumfahrt" als unverzichtbar für eine "grand strategie der europäischen Einigung" bezeichnete und die Ansprüche dieses Monopols auf Weltraumrüstung unterstrich, zeichnen sich damit erste Umrisse dieses Weltraumgeschäfts ab. (Quelle: FAZ, 12.7.86 – rül)

Zeitraum 1982/83 angezeigt worden. In 402 (31,3%) Zusammenschlußfällen waren 1984/85 Unternehmen aus dem Kreis der '100 Größten' 1984 beteiligt."

Dem Bundeskartellamt müssen Zusammenschlüsse angezeigt werden, bei denen die beteiligten Unternehmen entweder bereits marktbeherrschend sind oder durch die Fusion werden. Insofern ist der Anstieg der Zahl der gemeldeten Zusammenschlüsse ein sicheres Indiz für eine Beschleunigung der Zentralisation von Kapital.

Auch innerhalb der "100 Größten" schreitet die Zentralisation fort. Die Zahl der Beteiligungen dieser großen Konzerne untereinander bzw. an gemeinsamen Tochterunternehmen ist von 83 auf 88 gestiegen. Je größer das Monopol, umso schneller stiegen Umsatz und Kapital.

In ihrem letzten Bericht 1982/83 hatte die Kommission Stockungen in der Zentralisation vermerkt. Die großen Monopole hatten zu diesem Zeitpunkt neue Produkte und Produktionsverfahren erst einmal von kleineren Kapitalisten testen lassen wollen und ihr enormes flüssiges Kapital lieber in Wertpapieren aufgeschatzt. Das scheint jetzt vorbei zu sein. Die neuen Produkte und Verfahren sind getestet, und wo sie sich als profitabel erwiesen haben, werden die kleinen Unternehmen nun Zug um Zug aufgekauft.

Auch weitere große Fusionen sind zu erwarten. Dem will die Kommission nicht entgegentreten. Ihre im Bericht geäußerten "Bedenken" zur Fusion Daimler-Benz-AEG sind nur Beiwerk, um kleinen und mittleren Kapitalisten Schonung vorzugaukeln.

An zwei Stellen wünscht die Kommission gesetzliche Eingriffe. Erstens seien "Entflechtungsmaßnahmen im Energiesektor" nötig. Diese Forderung kommt von den Chemie- und Stahlmonopolen, die große Mengen Strom verbrauchen. Diese wollen weitere Strompreissenkungen durch rascheren Umstieg auf kostengünstigste Energiesorten und dadurch, daß sie überschüssigen Strom eigener Kraftwerke leichter in öffentliche Stromnetze einspeisen. Das soll auch gegen den Widerstand der Gemeinden erreicht werden: "Die Monopolkommission würde es ... unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten für bedenklich halten, wenn die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen von der Selbstverwaltungsgarantie gedeckt sein sollte".

Der zweite Wunsch der Kommission: Beteiligungen der Banken an Industrieunternehmen sollen auf 5% begrenzt werden. Ob dieser Vorschlag Gesetz wird, bleibt abzuwarten. An dem über das Depotstimmrecht ausgeübten Einfluß der Banken auf den Hauptversammlungen würde eine solche Kapitalbegrenzung nichts ändern. Quellenhinweis: Monopolkommission, Hauptgutachten 1984/85 - (rl)

Sozialhilfe

Ist der Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger Folge der Arbeitslosigkeit?

Vor zwei Jahrzehnten noch schien die Sozialhilfe eine zum Glück mit ihren Ursachen im Verschwinden begriffene Einrichtung. Die bürgerliche Propaganda legte den größten Wert darauf, daß hilflose Bedürftigkeit keinesfalls gesetzmäßige Begleiterscheinung der Marktwirtschaft sei, sondern höchstens ein Restbestand, sei es wegen Kriegsfolgen, sei es auch, weil noch nicht alle Fehler des Frühkapitalismus restlos beseitigt seien, sondern – eine schöne Aufgabe für den Reformeifer – erst demnächst beseitigt werden könnten. Nun wird wohl jeder zugeben, daß seither die Sozialhilfe – weit entfernt davon, zu verschwinden – mehr und mehr zu einer wenn auch schlechten, so doch alltäglichen Einkommensquelle geworden ist.

Sozialhilfe erhält aus der öffentlichen Hand, wer nachweist, seinen Lebensunterhalt aus den zulässigen Quellen nicht bestreiten zu können. Als zulässige Quellen persönlichen Einkommens kennt die bürgerliche Gesellschaft das Einkommen aus Vermögen, das Einkommen aus Lohnarbeit, das Einkommen aus der Unterhaltsverpflichtung in der Familie und das Einkommen aus Versicherungsübertragungen. Das Wachsen der Zahl der Sozialhilfeempfänger zeigt an, daß in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD die Reproduktion der Gesellschaft nicht mehr durch die grundlegenden Institutionen der Gesellschaft gewährleistet wird, so daß die Mildtätigkeit, öffentliche und private, hinzutreten soll und eine große Zahl von Einwohnern, in der BRD weit über zwei Millionen, in einen bettelhaften Status versetzt wird.

Als Grund der Zunahme dieser bedürftigen Abhängigkeit wird von den meisten die Arbeitslosigkeit genannt. Daraus wird die Notwendigkeit von einer anderen Verteilung der Arbeit zwischen Beschäftigten und Beschäftigungslosen abgeleitet. Die Reaktionäre leiten daraus den Konflikt zwischen den Arbeitsplatzinhabern und den Nichtinhabern, den sog. Neuen Armen, ab. Die Verarmung, die sich in der steigenden Zahl der Sozialhilfeempfänger ausdrückt, hat ihren Grund jedoch nicht in der Konjunktur. Sie braut sich vielmehr in den Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft, in der Lohnarbeit, in der Familienreproduktion, im Versicherungswesen zusammen. Es ist nicht übertrieben, wenn wir heute feststellen, daß die Familie als hauptsächlichste Form der Reproduktion in einen Gegensatz zur Lohnarbeit, der hauptsächlichsten Form des Erwerbes getreten ist, dem sie ohne einschneiden-

de Neubestimmung ihrer Funktion nicht entkommt.

In dünnen Worten. Der Lohn, den ein Arbeiter erzielen kann, reicht zum Unterhalt einer Familie, in der zwei oder drei Kinder aufwachsen könnten, nicht aus. Gehen beide Gatten zur Arbeit, so reicht fast immer die Zeit nicht aus. Durch ausgeklügelte Verfahren sucht man die Zeit einzuspannen. Wo das gelingt, stellt sich zu meist heraus, daß die Kraft nicht ausreicht. Dieser Sachverhalt wird kompliziert durch das sehr unterschiedliche Lohn- und Gehaltsniveau, durch die noch unterschiedlichere Belastung durch die Arbeitsintensität, durch erbtes Wohnungseigentum und dergleichen mehr. Dennoch steht für einen erheblich großen Teil der Arbeiterbevölkerung die Unmöglichkeit fest, eine Familie zu unterhalten, das Geld, die Zeit, die Kraft und die Nerven, eines davon fehlt immer und oft genug alles gleichzeitig, die Familie wird unerträglich und geht auseinander so weit möglich. Zerfällt die Familie, fällt auch der materielle Rückhalt weg, die Vereinzelung macht die Lohnarbeiterexistenz noch gefährdetter und auch teurer. Häufig zeigt sich, daß die einzeln erzielten Einkommen, besonders der Frau, im Verhältnis zu den Unterhaltskosten noch ungünstiger sind als der vorherige Stand. Für nicht wenige ist so die Scheidung der erste Schritt in eine Lage, aus der man sich kaum noch herauswinden kann. Zynisch weisen reaktionäre Politiker darauf hin, daß geordnete Familienverhältnisse erfahrungsgemäß die größte Existenzsicherung bedeuteten.

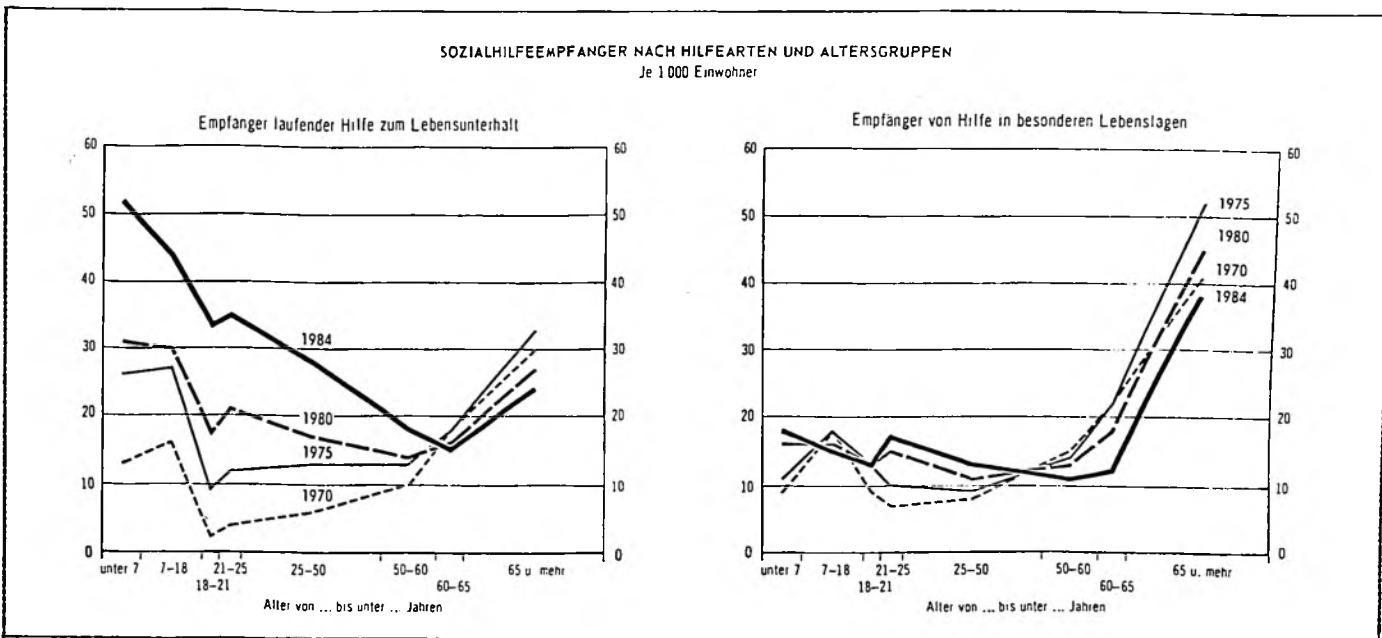
Die Berechtigung zum Empfang der Sozialhilfe folgt aus dem Zusammenbruch der Reproduktion als freier Lohnarbeiter. Dieser Zusammenbruch entsteht im wesentlichen (obwohl dazu noch vieles zu untersuchen ist) nicht durch die Erwerbslosigkeit, sondern durch die Erwerbstätigkeit.

Die Sozialhilfe erhält nur, wer weder Eltern noch Kinder um Unterhalt angehen kann und wer aus den diversen Sozialversicherungen keine Ansprüche mehr hat. Die große Zahl der Sozialhilfeempfänger beweist mithin zweierlei:

Für eine große Bevölkerungsgruppe ist die Verarmung kein Einzelschicksal, sie umfaßt ganze Generationen.

Die klassenmäßigen Sicherungseinrichtungen versagen auf breiter Front, sie decken das Existenzrisiko des Lohnarbeiters nicht mehr ab.

Diese Situation ist politisch gewollt. Sie soll einen starken Anreiz zur Arbeit schaffen. Deswegen diskutiert die Öffentlichkeit regelmäßig,



ob die ca. 400 DM pro Monat und Haushalt vorstand nicht zum Nichtstun verführen. Ein auf solcher Grundlage organisierter "Haushalt" wird alsbald zur Entkräftigung seiner Mitglieder, zur Unterminierung ihrer Arbeitskraft führen. Und so belegt die Einstellungspraxis Tag für Tag auch, daß eine Konjunktur an diesen physisch und moralisch Entkräfteten fast spurlos vorbeigeht. Das Kapital verlangt Leistungsfähigkeit, wo man diese auch nur angekratzt wähnt, winkt man ab.

Der Anreiz zur Arbeit, von dem die bürgerliche Wirtschaftstheorie spricht, kann also gar nicht auf die Sozialhilfeempfänger wirken, deren Arbeitsvermögen man untergräbt, vielmehr spornt der Anblick solcher Schicksale die anderen Lohnabhängigen zur höchsten Anstrengung, und das ist auch die Absicht.

Der Zusammenbruch von so vielen Existzenzen, und das heißt in der Praxis von Familien, läßt die bürgerliche Politik nicht kalt. Niemand dürfe arm werden, weil er Kinder habe! Das Einverständnis des argen Gesellschaftszustandes hält einen Christenprofil nicht lange auf. Er setzt den Familienlastenausgleich auf die Tagesordnung. Diese Idee geht davon aus, daß bei Ledigen und Kinderlosen ein Überschuß zu holen sei, der an die richtige Stelle umgelenkt die Not der Unschuldigen lindern kann. So steuert dann der ledige Hofkehrer, dem die Frau davonlief (und vielleicht aus guten Gründen), durch Zahlung des vollen Steuersatzes bei zu der Halbierung der Steuer, die der Herr Diktator erreicht, wenn er seine Frau zu Hause hält. Das ist nicht ein absurdes Beispiel, sondern eine statistische Realität, ein Geldfluß von Milliarden. Weil die Familie eine Reproduktionsform ist, die – aufs Ganze gesehen – nur bei den höchsten Löhnen und bei höheren Gehältern möglich ist, führen alle Maßnahmen des Familienlastenaus-

gleiches zu einem Leistungstransfer aus den unteren Einkommensbereichen in die höheren. So zahlen schlechtverdienende, ja arme Leute für einen Zustand, worin der Mann die Frau ernährt, damit sie Zeit fürs Kind hat.

Maßnahmen zur Stabilisierung der Familie sind, selbst wenn sie ausnahmsweise gut gemeint sind, praktisch immer reaktionär. Wie stellt sich die Arbeiterbewegung dem Problem? Sehr früh schon, indem sie für die allgemeine Schulpflicht, die Ganztagsschule, den Kindergarten eintritt. Die allgemeine Schulpflicht entzog der Familie den Rang der alleinigen Stätte der Erziehung. Sie entzog der Kinderarbeit den Boden und versetzte den umfassenden diktatorischen Ansprüchen des Hausherren einen ordentlichen Hieb. Kindergärten und Ganztagsschule, das sieht man heute, müßten so ausgebaut sein, daß beiden Elternteilen Zeit und Kraft verblieben wie anderen Leuten auch. Die Erziehung der nachfolgenden Generation nimmt dadurch die Gestalt einer politischen Frage an. Die Bezahlung solcher Einrichtungen durch die Allgemeinheit würde vertretbar, während die Entschädigung von Kindermachern durch Kinderlose eine unappetitliche Barbarei ist.

Die Arbeiterbewegung hat nie ernstlich versucht, den Mindestlohn auf ein Niveau zu heben, das zur Veranstaaltung einer Familie ausreicht. Sie hat sich vielmehr für Kindergelder eingesetzt. Zwischen einer Steuerentlastung, die bei Papas Einkommen durch Nachwuchs ausgelöst wird, und einem Rechtanspruch des Kindes auf Zahlung aus öffentlichen Mitteln ist ein großer Unterschied. Das Kinder geld muß dem Kind gezahlt werden. Es muß zum Unterhalt ausreichen. Das würde ein freieres Verhältnis zu den Eltern bewirken, deren ökonomische Rolle dann nicht mehr der des Hundehalters so fatal ähnlich wäre. Sie wür-

den reduziert auf die solidarische Hilfestellung, deren die junge Generation bedarf, der Herr-im-Haus-Standpunkt wäre unterminiert. Das mag zum Verständnis der Popularität der Forderung nach Kindergeld beitragen, die vermutlich auch und gerade bei den Kindern eine breite Basis findet.

Ein großer Teil des Sozialhilfeaufwandes, den die Gemeinden zu tragen haben und der deswegen genau zur Reduzierung der Leistungen führt, die in den oben geschilderten Problemlagen Entlastung bringen könnten, geht in die Versorgung der Alten. Das bedeutet aber, daß diese Alten in Bezug auf die Rente unversichert waren. Man hat sie als Lohnabhängige gebraucht und so verschlissen, daß sie einer oft sehr umfangreichen Hilfestellung in ihrem täglichen Leben bedürfen. Dieses Problem fällt mit allen Versicherungsfragen zusammen: Der Lohn muß zur Deckung der Versicherungskosten ausreichen. Um die Konfrontation zwischen knappem Nettolohn und Versicherungsleistungen zu vermeiden, wurde in der Geschichte der Arbeiterbewegung oft verlangt, daß die Versicherung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten zu geschehen habe.

Die Armut, besonders die "neue", ist also keineswegs ein Problem, dem die Arbeiterbewegung hilflos gegenübersteht, bis eine tolle Konjunktur kommt. Sie kann auf Erfahrungen zurückgreifen. Besonders die jüngsten Erfahrungen zeigen, wie die Reaktion vorgeht. Sie zerstört die klassenmäßigen Sicherungen der Lohnarbeiter und weitet die Aufgaben der Familie so weit aus, wie sie nur auf Grundlage von hohem Lohneinkommen und/oder Vermögen wahrgenommen werden können. Den Zusammenbruch, das Scheitern, das Unglück, die Armut so vieler, es sind über zweieinhalb Millionen in der BRD, nimmt die bürgerliche Politik nicht nur in Kauf. Sie will es als abschreckendes Beispiel. – (alk, maf)

Überstundenabbau

Motto: "Lieber befristet beschäftigt als unbefristet arbeitslos"

Am 14. Dezember 1984 forderten der DGB-Vorsitzende Breit und BDI-Präsident Esser in einem gemeinsamen Appell dazu auf, Überstunden abzubauen und "alle Möglichkeiten ... zur Neueinstellung von Mitarbeitern und zur Übernahme von Ausgebildeten auszuschöpfen". Damit hatte sich der DGB auf alles eingelassen nach dem Prinzip "Arbeit um jeden Preis". Das Bundeskabinett unterstützte am 5. März 85 ausdrücklich diesen Appell, verwies dabei auf befristete Arbeitsverträge und das Beschäftigungsförderungsgesetz und beauftragte Blüm, bis zum 30.6.86 einem Überstundenbericht vorzulegen.

Im folgenden zu einigen Ergebnissen des Berichts. Seit 1970 (3,5 Mrd. Überstunden) geht das Mehrarbeitsvolumen trendmäßig zurück. 1985 wurden 1,5 Mrd. Überstunden geleistet, pro Lohnabhängigen durchschnittlich 67 Stunden im Jahr. Seit 1982 steigt die Überstundenzahl wieder leicht an. Man muß jedoch davon ausgehen, daß die tatsächlich geleistete Mehrarbeit wesentlich höher liegt, da die Blüm-sche Untersuchung nur Betriebe ab 11 Beschäftigten erfaßt. 25% aller Lohn-abhängigen arbeiten jedoch in den höchst überstundenintensiven Kleinbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten. Entscheidend für den trendmäßigen Mehrarbeitsrückgang ist offensichtlich die steigende Arbeitsintensität in den unteren Lohngruppen, daher leisten inzwischen Facharbeiter mehr Überstunden. Blüm gibt als Gründe für die rückläufige Überstundenentwicklung u.a. an: die zunehmende Frauen- und Angestellterwerbstätigkeit, nur halb so viel Frauen als Männer machen Überstunden, (bei den geringeren Überstunden der Angestellten gegenüber den Arbeitern muß man berücksichtigen, daß Gleitzeitüberstunden als Mehrarbeit nicht erfaßt werden), der wachsende Dienstleistungssektor, der weniger Mehrarbeit ausweist als die Industrie und die Arbeitszeitflexibilisierung.

Die höchste Überstundenzahl wird in der Altersgruppe zwischen 25 und 44 Jahren erreicht. Der Zusatzverdienst beträgt durchschnittlich 325 DM netto monatlich.

Gegenüber der Presse hob Blüm hervor – und auch die IGM (Metall, 11.7.86) zitiert dies betont – daß nur 19% angeben, "ohne Überstunden finanziell nicht hinzukommen". Jedoch betrachtet man nur die Männer, sind es schon 25% im Alter ab 25 bis 54 Jahre, die von dem Zusatzverdienst abhängig sind. An anderer Stelle des Berichts

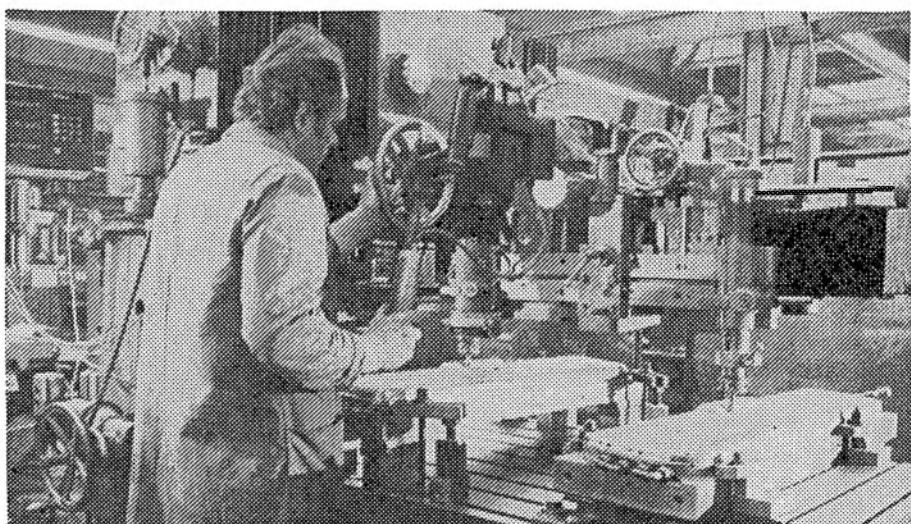
wird erwähnt, daß bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 1800 bis 3000 DM überdurchschnittlich viel bezahlte Mehrarbeit geleistet wird. Die geringste Überstundenzahl weist die Mineralölindustrie aus. Dies ist nach WSI-Studien vom Juni 1985 genau die Branche mit den höchsten Löhnen. Die Branchen mit den niedrigsten Löhnen tauchen im Blüm-Bericht mit den größten Überstundenvolumen auf wie z.B. die Nahrung- und Genußmittelindustrie. Ergo, mit höheren Löhnen wäre schon etliches gegen Überstunden erreicht. Aber in dieser Hinsicht wird genau das Gegenteil angestrebt.

Nach Angaben der befragten Betriebe waren im Jahre 1985 "überdurchschnittliche Beschäftigungszuwächse ... bei Teilzeitbeschäftigten,

den. Niemand wäre damit gedient, der Wirtschaft einen Rest von Flexibilität am Arbeitsmarkt zu nehmen." (10.7.86)

Der Überstundenbericht ist 190 Seiten stark, eine Beziehung von Mehrarbeit und Gesundheitsverschleiß wird nirgends angedeutet. Daß die Masse an Überstunden durch die Arbeitszeitordnung ermöglicht wird und mit einer Änderung derselben zu beseitigen wäre, bleibt im Dunkeln.

Am 27.6.86 hat NRW im Bundesrat einen Gesetzentwurf zum Überstundenabbau vorgelegt. Er wurde an die Ausschüsse überwiesen. Kleinbetriebe bis zehn Beschäftigte bleiben davon unberührt. Die monatlich über acht hinausgehenden Überstunden sollen durch Freizeit ausgeglichen, die Zuschläge nach Tarif bezahlt werden. Der Kapitalist soll zur Gewährung von Freizeit gezwungen werden, indem Überstundenvergütungen nicht mehr als Betriebsausgaben steuerlich absetzbar sind. Als Ausgleichszeitraum sind drei, in besonderen Fällen vier Monate vorgesehen. Die Tarifparteien



Doppelte Belastung: Schichtarbeiter machen überdurchschnittlich mehr Überstunden.

Angestellten, Auszubildenden sowie vor allem bei befristet eingestellten Kräften sowie Leiharbeitskräften zu verzeichnen." (S.62) Die beiden letztgenannten Gruppen haben Zuwachsraten von +53% bzw. +61%.

So soll der Überstundenabbau fortgesetzt werden, durch Flexibilisierung bei einer "weiteren Entkopplung von individuellen Arbeits- und Betriebszeiten". Die Spielräume seien "noch nicht ausgeschöpft". Eine gesetzliche Überstundenbeschränkung lehnt Blüm ab. Er setze auf "Freiwilligkeit". Die FAZ lobt diese "vernünftige Entscheidung und resümiert: "Das Ergebnis des Überstundenberichts ist im übrigen auch eine Bestätigung dafür, daß es richtig war, flexiblere Formen des Vertragsrechtes am Arbeitsmarkt zuzulassen... befristete Arbeitsverträge sind besser als keine. So ist es auch bei den Überstun-

können jedoch unbegrenzt darüber hinausgehen und bis zu 16 Überstunden monatlich vom Freizeitausgleich ausnehmen. Flexi-Möglichkeiten sind somit bis zur Jahresarbeitszeit offen-gelassen. Dagegen fordert die IGM in ihrem Positionspapier gegen Flexibili-sierung einen Freizeitausgleich ab der ersten Mehrarbeitsstunde und einen Ausgleichszeitraum von nicht mehr als zwei Monaten.

Von einer echten Überstundenbegrenzung durch den Gesetzentwurf kann keine Rede sein. In der Begründung wird ausdrücklich auf die Mög-llichkeit befristeter Arbeitsverhält-nisse statt Überstunden hingewiesen. Die beschäftigungswirksame Überstundenabbau-Kampagne von Regie-rung, Kapitalistensprechern mitsamt SPD ist ein Schritt zur stärkeren Flexibilisierung von Arbeitszeit und Ar-beitsmarkt. – (frt)

Dokumentiert aus dem Überstundenbericht

Der Überstundenbericht enthält u.a. eine Befragung von Beschäftigten über die Gründe für das Ableisten von bezahlten Überstunden, die im folgenden ausführlicher zitiert wird.

"In gut 2 von 3 Fällen (71%) begründen Arbeitnehmer Überstunden damit, daß sie "angeordnet werden und ich mich ihnen nicht entziehen kann". Das gilt auch für tarifliche Angestellte, weniger hingegen für außertarifliche ... In gleicher Größenordnung (72%) führen betriebliche Sachzwänge ("weil meine Arbeit sonst liegenbleibe") zu bezahlten Überstunden. Wie auch kaum anders zu erwarten, liegt der quantitativ ausschlaggebende Grund für bezahlte Überstunden in betrieblichen Gegebenheiten und Dispositionen ... Dem steht der verbreitete Wunsch von Arbeitnehmern nach weniger Überstunden gegenüber.

Zwar begrüßt die Hälfte der Arbeitnehmer mit bezahlten Überstunden die damit verknüpfte Möglichkeit, sich doch mehr leisten zu können, aber nur 19% von ihnen geben an, sonst finanziell nicht hinzukommen.

Im einzelnen spielt auch eine Rolle, daß der Partner aus familiären Gründen (häufig weil Kinder zu betreuen sind) nicht mitverdienen kann (15%). In einigen Fällen (6%) wird auch die vergebliche Arbeitssuche (d.h. insbesondere auch Arbeitslosigkeit) eines Familienmitgliedes als (Mit-)Begründung für bezahlte Überstunden angeführt.

Obwohl die Begründungen der Arbeitnehmer für Überstundenarbeit auch finanzielle Aspekte berühren, lassen die aufgeführten Verteilungen nicht den Schluß zu, daß finanzielle Zwänge bei den Arbeitnehmern sehr häufig oder gar überwiegend den Ausschlag für bezahlte Überstunden geben. Allerdings kommt dieser Begründung bei Arbeitern ein doch größeres Gewicht zu, desgleichen bei verheirateten Männern mit nicht erwerbstätigen Ehefrauen. Je mehr Überstunden geleistet werden bzw. je mehr Überstundenverdienste anfallen, desto häufiger glaubt man, ohne die Überstunden finanziell nicht hinzukommen.

Immerhin begründen 40% der Arbeitnehmer bezahlte Überstunden auch damit, daß (so die Frageformulierung) "die Arbeit so viel Spaß macht, daß ich auch Überstunden in Kauf nehme". Bei 24% von ihnen verbinden sich solche Überstunden mit der Erwartung, dadurch beruflich weiterzukommen...

47% wären damit einverstanden, daß zumindest ein Teil der bezahlten Überstunden nicht mehr bezahlt, sondern durch Freizeit an ganzen oder halben Tagen unter Berücksichtigung der eigenen Wünsche ausgeglichen wird. Berücksichtigt man die Überschneidungen, sind damit insgesamt rund 60% der Arbeitnehmer bei entsprechenden betrieblichen Entscheidungen zur Reduzierung bezahlter Überstunden (Präferenz für Abbau und/oder Freizeitausgleich) bereit...

Aus den Schlußfolgerungen des Bundesministeriums

6. Die Bundesregierung setzt mit ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik günstige Rahmenbedingungen für den weiteren Abbau der Überstunden...

– Die Voraussetzungen für Teilzeitarbeit und befristete Einstellungen sind verbessert worden und ermöglichen ein flexibles Reagieren auch auf kurzfristige Änderungen des Arbeitsvolumens durch Einstellungen.

– Der offensive Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente trägt zum Arbeitsmarktausgleich durch Qualifizierung und Vermittlung bei.

7.... Nach den Ergebnissen dieser Untersuchung sind die Spielräume für einen weiteren Abbau von Überstunden ohne Beeinträchtigung der betrieblichen Flexibilität noch nicht ausgeschöpft. Dies gilt auch für die Abgeltung

von Überstunden durch Freizeitausgleich ... Dies gilt auch für andere Modelle des gesamten Arbeitszeitgefüges, wie sie zunehmend bei weiterer Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten praktiziert werden. Betriebliche und tarifvertragliche Regelungen zum Überstundenabbau sind jetzt als wichtiger beschäftigungspolitischer Beitrag gefordert.

Entwurf eines Gesetzes zum beschäftigungs-wirksamen Abbau von Überstunden (NRW)

§ 1 Grundsatz

- (1) Leistet ein Arbeitnehmer über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Arbeit (Überstunden) von mehr als acht Stunden innerhalb eines Kalendermonats, so hat er einen Anspruch auf Arbeitsbefreiung in gleichem Umfang.
- (2) Regelmäßige Arbeitszeit im Sinne dieses Gesetzes ist die für das jeweilige Arbeitsverhältnis vereinbarte regelmäßige Arbeitszeit. Überschreitet diese 40 Stunden in der Woche, so gilt als regelmäßige Arbeitszeit im Sinne dieses Gesetzes eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden. Dies gilt nicht, soweit aufgrund eines Tarifvertrages für das jeweilige Arbeitsverhältnis eine andere regelmäßige Arbeitszeit zulässig ist ...

§ 2 Ausgleichszeitraum

- (1) Für die innerhalb eines Kalendermonats geleisteten Überstunden ist bis zum Ablauf der darauf folgenden drei Kalendermonate Arbeitsbefreiung nach § 1 Abs. 1 zu gewähren und zu nehmen.
- (2) Die Arbeitsbefreiung ist während der regelmäßigen Arbeitszeit zu gewähren. Bei der zeitlichen Festlegung der Arbeitsbefreiung sind die Wünsche des Arbeitnehmers zu berücksichtigen, es sei denn, daß ihrer Berücksichtigung dringende betrieblich Belange oder Arbeitsbefreiungswünsche anderer Arbeitnehmer, die unter sozialen Gesichtspunkten den Vorrang verdienen, entgegenstehen.
- (3) Die Interessenvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz oder dem Personalvertretungsrecht bestimmt bei der zeitlichen Festlegung mit.

§ 3 Erweiterter Ausgleichszeitraum aufgrund besonderer Umstände

- (1) Stehen dringende betriebliche Erfordernisse der Arbeitsbefreiung innerhalb des vorgeschriebenen Ausgleichszeitraums entgegen, so muß sie in dem folgenden Kalendermonat gewährt und genommen werden. Eine weitere Übertragung ist unzulässig ...

§ 4 Zahlung des Überstundenentgelts

- (2) Regelungen über Zuschläge für geleistete Überstunden und deren Fälligkeit bleiben unberührt.

§ 5 Vorrang tarifvertraglicher Regelungen

- (2) In Tarifverträgen können abweichende Regelungen über die Länge der Ausgleichszeiträume nach §§ 2 und 3 getroffen werden.
- (3) Durch Tarifvertrag kann für bis zu acht weiteren Überstunden im Kalendermonat die Verpflichtung zum Ausgleich durch Arbeitsbefreiung aufgehoben werden ...

Aus der Begründung:

"Ziel des Gesetzentwurfes ist es daher

- zum Abbau von Überstunden zugunsten neuer Arbeitsplätze beizutragen,
- den Betrieben für kurzzeitigen und unvorhergesehenen Arbeitsanfall die nötige Flexibilität zu belassen,
- die Tarifparteien mit in die Pflicht zu nehmen, indem ihnen eigenverantwortliche Regelungsbereiche eingeräumt werden ...

Das Ziel des Gesetzentwurfes läßt sich erreichen, ohne Überstunden zu verbieten oder sie – unbeschadet arbeitschutzrechtlicher Regelungen – absolut zu begrenzen. Es reicht vielmehr die Verpflichtung aus, Überstunden innerhalb eines bestimmten Zeitraums durch Arbeitsbefreiung auszugleichen ..."

Chile

Ein Bericht aus Santiago. Chile vor dem Sturm?

Den im folgenden dokumentierten Artikel hat uns die "gruppe neue medien" zur Verfügung gestellt. Er ist im Juni in Santiago geschrieben worden, also vor dem Generalstreik Anfang Juli. Der Artikel ist der dritte Bericht des Autors über die jüngsten Entwicklungen. Da er deshalb manches als bekannt voraussetzt, hat die Redaktion einige erläuternde Anmerkungen hinzugefügt. — (uld)

Nach einer oberflächlichen Ruhe könnte in der nächsten Zeit ein politischer Sturm über Chile heraufziehen. Der Beschuß der Regierung Pinochet, die Reform des Erziehungswesens zu Ende zu führen, und die Proteste, die die "Asamblea de la Ciudadad" (ein sozial-politischer Zusammenschluß der Opposition) (1) für den 2./3. Juli angekündigt hat, lassen eine derartige Prognose zu.

Die "Modernisierung des Erziehungswesens" gehört zu jenem Paket von Reformen, die 1980 durch die Verabschiedung der Verfassung formaljuristisch verankert wurden. Bis 1983 wurde etwa 85 Prozent der Schulen des Landes umgestaltet, wegen angeblicher Differenzen zwischen der damaligen Erziehungsministerin und der Junta bezüglich der technischen Prozedur die Durchführung der Reform unterbrochen. Ziel ist jetzt, die restlichen 15 Prozent des Erziehungsbereichs zu modernisieren. Es handelt sich dabei um die wichtigsten und traditionsreichen Schulen; die Behörden bemühen sich, die Maßnahmen als selbstverständliche Vervollständigung der "fortschrittlichen Modernisierung" hinzustellen. Die Reaktionen von Schülern und Lehrern hingegen waren nicht so selbstverständlich, und seit der Ankündigung durch die Regierung fanden in Santiago und anderen Regionen Streiks, Demonstrationen und sogar Schulbesetzungen statt. 1500 Lehrer und Schüler wurden verhaftet, zahlreiche verletzt, ein Schüler wurde von Sicherheitskräften bei den Auseinandersetzungen erschossen.

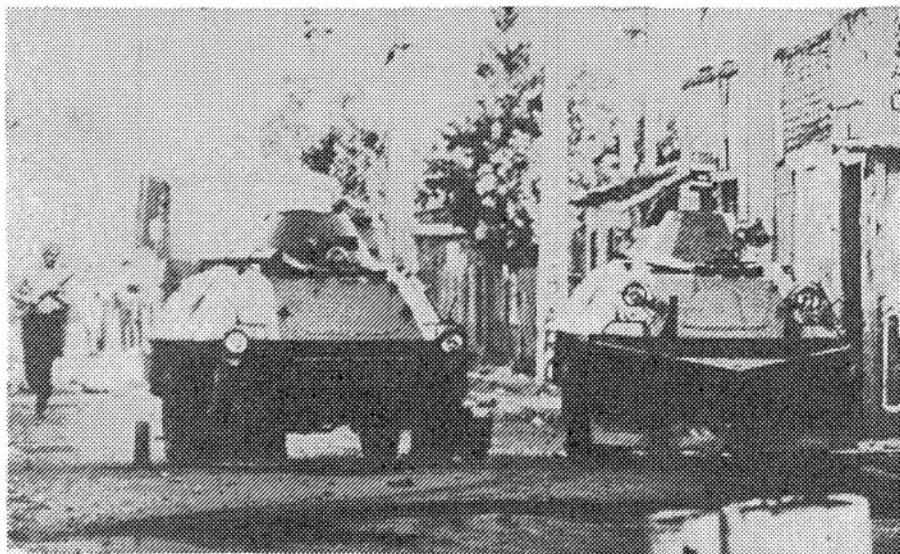
Anders als 1983 hat sich sofort spontaner Protest gegen die unverändert gebliebenen Reformvorhaben entwickelt — das Bewußtsein über die Nachteile dieser "Modernisierung" ist gewachsen ebenso wie der Wille der Schüler und Lehrer, konkret Stellung zu nehmen in Bezug auf ihre Anliegen als Mitgestalter der Erziehung. Es handelt sich nicht nur um eine direkte Benachteiligung der Lehrer in finanzieller und sozialpolitischer Hinsicht, die damit verbunden ist, sondern auch um eine qualitative Verschlechterung des Schulwesens: die "municipalización" (Überführung der Verantwortlichkeit an die kommunalen Stellen) kommt einer Privatisierung gleich. Die Rathäuser können, wenn sie nicht in der Lage sind, die Administration

und Finanzierung der Schulen zu übernehmen, die Einrichtungen an private Körperschaften übergeben. Die Lehrer werden in die "normale" Arbeitsgesetzgebung (Dekret 2200 des "plan laboral") eingegliedert und besitzen dann keinen Kündigungsschutz mehr und sind den Schwankungen des Arbeitsmarktes unterworfen. Erheblicher ist noch, daß mit diesen Umstrukturierungen die Schulen direkt der Kontrolle eines der effektivsten Machtzentren der Diktatur unterstellt werden. Die Bürgermeister werden, wie bekannt, von Pinochet persönlich eingesetzt. Die angestrebten Konsequenzen sind klar: Wer nicht "mitmacht", wird gefeuert, das gilt für Schüler wie Lehrer.

Das erklärt die Heftigkeit der Proteste, und auch wenn die Regierung und vor allem Minister Gaete eine präpotente (anmaßende) Haltung gezeigt haben und sich gelassen geben —

"Asamblea" ein Ultimatum an die Regierung Pinochet, um die "Demanda de Chile" (der von ihr vorgelegte Forderungskatalog für die Demokratisierung) zu beantworten. Die gesetzte Frist lief am 31. Mai ab, ohne daß das Regime Stellung genommen hätte. Die Führung von "Asamblea" sah eine Reihe von Maßnahmen vor für den Fall der Ablehnung oder Ignorierung. Die wichtigsten sind die Einberufung regionaler und kommunaler Versammlungen dieses Oppositiionsbündnisses, einminütige Arbeitsniederlegungen jeden Tag um 12 Uhr, Boykott der Produkte von Unternehmen, die mit ihrer Werbung das Fernsehen finanzieren, außerdem ein Zahlungsboykott von Steuern und Studiengebühren. Diese Formen des zivilen Protestes sollen bis zum Nationalen Streik am 2. Juli kontinuierlich durchgeführt werden, um politisch und organisatorisch die Bedingungen eines erfolgreichen, landesweiten Streiks zu schaffen.

Die skizzierte Entwicklung ist nur exponierter Ausdruck der Unzufriedenheit, deren Wurzeln in der Hartnäckigkeit, ja Existenz der Regierung Pinochet zu finden sind. Das gesamte Spektrum der Opposition, von der "Partido Nacional" bis zur "Volksdemokratischen Bewegung" (MDP), stimmt darin überein, daß die "Demanda de Chile" der letzte Versuch ist, eine friedliche Lösung für die heu-

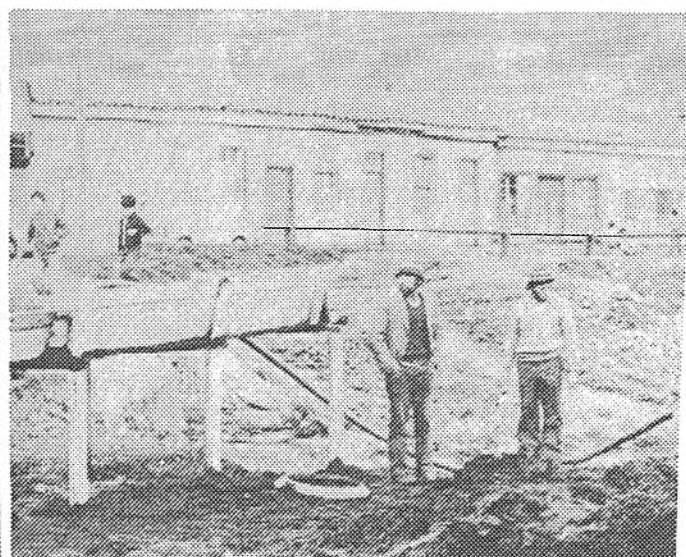


Mit Panzerfahrzeugen gehen Militär und Polizei gegen Streiks und Demonstrationen vor.

so einfach werden sich die Maßnahmen nicht durchsetzen lassen. Für diesen Monat (2) ist ein Streik der Schüler ausgerufen worden, die Lehrergewerkschaften ("Colegio de Profesores" und "Agech") haben ihre "Alarmsbereitschaft" erklärt. Alles deutet darauf hin, daß die Auseinandersetzungen in diesem wichtigen Bereich eine weitere Ausdehnung der Proteste darstellen, wie sie von der "Asamblea" beschlossen worden sind.

Wie schon berichtet (3), richtete die

tige Krise zu finden. Tatsächlich ermöglichen die Forderungen der "Asamblea" einen breiten Konsens, in dem alle anti-diktatorialen Kräfte die Vorhaben des Bündnisses unterstützen können. Es ist nur fraglich, ob man durch diese "Mobilisierungskampagne" die Ablösung der Regierung oder wenigstens die Initiierung eines wirklichen Demokratisierungsprozesses erreichen kann. Noch wichtiger aber scheint die Frage zu sein, welche Möglichkeiten der Durchsetzung der



Arbeitstage von 12 Stunden Dauer und mehr, dabei Löhne, die kaum zum Notwendigsten reichen: Das sind die Errungenchaften des Pinochet-Regimes für die Arbeiter. Bild links: Medikamentenverkauf für die Armen. Bild rechts: "Selbständige" Kohlearbeiter gewinnen im Tagebau Kohleschlamm, den sie dann an die staatliche Kohlegesellschaft verkaufen.

Forderungen noch bleiben, wenn diese Mobilisierung ihre Ziele nicht erreicht. Die rechte und bürgerliche Opposition hält an ihrem Konzept der "sozialen Mobilisierung" fest, um die Regierung mit dem "Druck der Straße" zum Dialog zu zwingen, aber sie kann keine praktikable Perspektive anbieten für den Fall, daß der Capitan General nicht bereit ist, den Dialog mit breiten Teilen der Opposition zu führen. Diese Unfähigkeit stellt die größte Schwäche der bürgerlichen Opposition dar, denn letztlich baut sie auf die Verhandlungsbereitschaft und den "guten Willen" der Militärs. Sie übersieht dabei, daß die Wahrscheinlichkeit eines Dialogs nicht gerade groß ist und sie mit einer Spaltung der Armee nicht rechnen kann, wenn die Mittel der sozialen Mobilisierung abgenutzt sind.

Die linke Opposition, versammelt in der MDP, ist die einzige Kraft, die in ihrer Bereitschaft, alle Formen des Widerstands gegen die Diktatur zu billigen, politisch flexibler handeln kann. Allerdings ist sie aufgrund verschiedener Schwierigkeiten – gezwungen, in der Illegalität und mit unzureichenden Mitteln zu arbeiten, massiver Repression seitens der Sicherheitskräfte ausgesetzt und mit internen Problemen belastet – nicht in der Lage, die führende Rolle in Richtung einer künftigen Regierung zu übernehmen.

Die MDP hat eine gewisse "Flexibilisierung" ihrer Politik gezeigt, deren wichtigstes Element die Akzeptierung einer Persönlichkeit des zivilen Lebens ist, die nach der Ablösung Pinochets die Regierungsgeschäfte übernimmt.

Diese positive Entwicklung kann aber nur so lange positiv sein, wie die Chancen eines Dialogs mit dem Regime nicht endgültig erschöpft sind und die MDP nicht ihr Profil verliert. Mit ihrem politischen Programm ist

die MDP diejenige Kraft, die die Forderungen der Teile der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, die am meisten unter dem Militärregime gelitten haben und leiden. Sie ist Sammelbecken aller Parteien und Gruppierungen, die eine radikale Veränderung der bestehenden sozialen Verhältnisse anstreben.

Chile bereitet sich auf die kommenden Ereignisse vor. Die ehrliche Absicht der "Asamblea" kann ungenügend sein, um eine Veränderung zu erzwingen; in diesem Fall wird sich die Kluft vertiefen, die besteht zwischen denjenigen, die regieren und davon profitieren, und denjenigen, die nicht mehr von diesem Regime regiert werden wollen.

Die Regierungsseite hat Vorbereitungen getroffen, um der breiten Mobilisierung der sozialen und politischen Kräfte erfolgreich zu begegnen. So sind die letzten Maßnahmen der Regierung zu verstehen, die vor kurzem bekannt gemacht wurden: Eröffnung der Wahlregister vor Jahresende, Weiterführung der Gespräche mit Teilen der rechten Parteien, die die Verfassung Pinochets respektieren, und eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen zugunsten der Unternehmer.

Parallel dazu werden die "Operaciones" der Armee- und Polizeieinheiten weitergeführt, die die Erstickung jeden aufkommenden Protests im Ansatz zum Ziel haben; die Repression hat Ausmaße angenommen, die der während des Belagerungszustandes Ende 1984 mindestens gleichkommen. Trotzdem kristallisiert sich heraus, daß Chile nicht passiv die Willkür der Militärs hinnehmen wird – Ruhe vor dem Sturm. – (AEKV)

Santiago, Juni 1986

(1) Die Asemblea gründete sich im April dieses Jahres. Ihr gehören etwa 20 Organisationen, darunter beide Gewerkschaftsdachverbände, die Orga-

nisation der Mapuche-Indianer, der nationale Bauernausschuß, Akademikerverbände, LKW-Unternehmer und Großhändler an.

(2) Juni 1986.

(3) in einem früheren Artikel.

Die "gruppe neue medien" ist zu erreichen über: Edda Weßlau, gruppe neue medien, Postfach 7687, 2000 Hamburg 20.

Spanien

Einführung der Mehrwertsteuer und ihre Folgen

Mit dem Beitritt zur EG hat Spanien die Verpflichtung zur Einführung der Umsatzsteuer in Form der Mehrwertsteuer übernommen. Die Steuer wird erhoben auf den jeweils "zugesetzten Wert" der jeweiligen Produktionsstufe. Von der abzuführenden Steuerschuld können Wirtschaftsbetriebe wiederum die Vorsteuer auf ihre eingekauften Vorprodukte abziehen. Auf diesem Wege soll die Steuerlast auf den "Endverbraucher" überwälzt werden. Können allerdings Kleinbetriebe, Handwerker, kleine Selbständige ihre Vorsteuerforderungen nicht nachweisen – und das können sie nur auf der Grundlage doppelter Buchführung –, so fällt für sie eine Umsatzsteuerschuld bezogen auf ihren gesamten Warenumsatz an. Können sie außerdem über ihren genauen Umsatz keine detaillierte Rechnungslegung vorlegen, so greifen die Steuerbehörden auch noch zum Mittel der Umsatzschätzung, auf die dann die Mehrwertsteuer erhoben wird.

Mit dem Mehrwertsteuergesetz vom 2.8.1985 hat die spanische Regierung mit Wirkung zum 1.1.1986 die Mehrwertsteuer als Beitrag zur "Har-

monisierung" des Steuersystems in den EG-Ländern eingeführt. Es gilt ein allgemeiner Steuersatz von 12%. Ausgenommen sind gewisse Rohstoffe, Lebensmittel und einzelne Erzeugnisse, für die ein verminderter Steuersatz von 6% erhoben wird. Für die Mehrzahl der bisher von der Luxussteuer betroffenen Waren gilt ein erhöhter Mehrwertsteuersatz von 33%. Vorübergehend dürfen Kleinbetriebe bis zur Höhe eines in Stufen steigenden Jahresumsatzes von der Mehrwertsteuer befreit werden.

Für die Lohnabhängigen hatte die Einführung der Mehrwertsteuer zunächst einmal eine drastische Preissteigerung zur Folge, und zwar weit über den eingeführten Mehrwertsteuersatz hinaus. Alle Betriebe benutzten die Einführung der Mehrwertsteuer für zusätzliche Preisaufschläge, die sodann mit der Einführung der Mehrwertsteuer begründet wurden. Für Tausende von Kleinbetrieben brachte die Einführung der Mehrwertsteuer den sofortigen Zwang zur Buchführung, worauf diese Betriebe in den seltensten Fällen eingestellt waren. Das war ein wesentlicher Grund für den jetzt von der Regierung angeprangerten "Mißbrauch" der Umsatzsteuer. Zur Absicherung gegen unsichere Steuerforderungen des Staates wurden die Preise aufgeschlagen. Nicht buchführende Gaststätten wurden nach der Zahl der Tische zur Steuer veranlagt, Kneipen nach der Länge des Tresens.

In nahezu gleicher Höhe wie die Steuereinnahmen stiegen die Staatsanleihen um 12%

Quellenhinweise: Volksbank, Außenhandelsdienst, El País. — (chc)

Südafrika / Azania

BRD fürchtet Importstopp von billigen Rohstoffen

Einschlägige Wirtschaftsmagazine werfen verstärkt die Frage auf, ob Sanktionen gegen Südafrika die Rohstofflage der westlichen Industrienationen in kritischem Maße berühren könnten. Tatsache ist, daß Südafrika in einer Reihe von wichtigen strategischen Rohstoffmärkten eine dominierende Rolle einnimmt. Neben Rohstoffen wie Uran und Kohle gilt dies für Stahlveredler wie Chrom, Mangan und Vanadium sowie für die Edelmetalle Gold und Platin, für das Leichtmetall Titan, für Kobalt, Antimon und andere mineralische Rohstoffe. Ohne Manganzusatz ist keine Stahlproduktion möglich. Chrom ist unverzichtbarer Stahlveredler bei der Herstellung von rostfreien Edelstählen; Kobalt ein Legierungsmetall mit besonderer Bedeutung für den Triebwerks- und Flugzeugbau. Die Platinmetalle spielen aufgrund ihrer katalytischen und elek-

trischen Eigenschaften in der Automobilproduktion, der petrochemischen und chemischen Industrie sowie der Elektronikbranche eine unentbehrliche Rolle. Südafrika hält allein bei Chrom 83% der Weltförderung, 70% bei Mangan, 80,8% bei Platin. Insbesondere die BRD ist auf Einfuhr dieser Rohstoffe für den zivilen und militärischen Bereich angewiesen. Südafrikas Anteil an den Rohstoffimporten der BRD betrug 1984 bei Chrom 33%, Ferrochrom 57%, Manganerz 60% und bei Vanadiumschlacke 80%. Am Beispiel Chrom wird das Unbehagen der "westlichen Welt" vor dem Hintergrund möglicher Sanktionen deutlich. Rund 70% der Reserve von Chromerz liegen in Südafrika, 10% in der Sowjetunion. Beim Chromverbrauch werden 60 bis 70% von der Stahlindustrie als Ferrochrom benötigt. Für die Stahl- und vor allem für die Rüstungs- und Maschinenindustrie erscheint ein Ausfall der südafrikanischen Ferrochrom-Lieferungen problematisch, da auch ein Großteil der Substitutionsmetalle aus Südafrika importiert werden müßten. Die kapitalistische Produktion ist auf die beständige und konjunkturelle Verfügbarkeit von billigen Rohstoffquellen aus. Der zunehmende Raubbau an der azanischen Arbeiterklasse und an den Bergwerken ist eine Bedingung der ökonomischen Potenz des BRD-Imperialismus. Gegenüber 1984 (15 Mrd. Rand) ist der Export südafrikanischer Mineralien 1985 auf 21 Mrd. Rand gestiegen. Durch den Verfall des Rand werden zusätzliche Profite gemacht. Beispielsweise konnte der international größte Produzent von Ferrolegierungen und Chrom, Samancor, 1986 (März) bei einem Umsatz von 803 (1984: 533) Mio. Rand den Reingewinn mehr als verdoppeln, von 106 Mio. Rand auf 276 Mio. Rand. Für maßgebliche Wirtschaftsverbände Südafrikas Gründe genug, um von Botha die Aufhebung des Ausnahmezustandes bis hin zur Abschaffung der Apartheid zu fordern, um internationale Sanktionen zuvorzukommen. Etwas gemäßigter schlossen sich BRD-Spitzenverbände im Juli in einem Brief an Botha an. Das imperialistische Energieprogramm der BRD würde im Fall bindender und vollständiger Sanktionen empfindlich getroffen. Auf der "Internationalen Konferenz über die unverzügliche Unabhängigkeit Namibias" in Wien wurde ein Aktionsprogramm verabschiedet, das ein gesetzliches Verbot von Abbau, Verarbeitung und Handel namibischen Urans fordert. 39,2% der Uraneinfuhren in die BRD stammten 1983 aus Südafrika, davon mehr als drei Viertel aus Namibia.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 15.7.; Blick d.d. Wirtschaft, 7.7.; NZZ, 15.7.; Europa-Archiv 11/86; Die dt. Wirtschaft u. Südafrika, Christen für Arbeit und Gerechtigkeit. — (and)

Jugoslawien

Jugendverband übt öffentlich Kritik

Im Juni fanden in Belgrad der Kongreß des Sozialistischen Jugendverbandes und zwei Wochen später der 13. Parteitag des Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) statt. Wenn auch schon auf den letzten Kongressen des Jugendverbandes in vielen Resolutions gefordert wird, endlich das brennende Problem der besonders hohen Jugendarbeitslosigkeit anzugehen, so war die auf dem diesjährigen Kongreß geäußerte Kritik schärfer als früher.

Unter anderem wurde die Abschaffung des Paragraphen 133 des jugosla-



Wahl eines Arbeiterrates in Jugoslawien

wischen Strafgesetzbuches gefordert, der Meinungs- und Verbaldelikte unter Strafe stellt — Grundlage vieler politischer Prozesse. Die Einführung eines Zivilersatzdienstes wurde gefordert, bisher ist der Dienst in der Armee obligatorisch.

Zum erstenmal wurden auch Auswüchse des "Tito-Kultes" angegriffen in einem Antrag der slowenischen Jugend. Der landesweite Stafettenlauf der Jugend, der alljährlich zum Geburtstag Titos stattfand und auch heute noch, sechs Jahre nach seinem Tod, durchgeführt wird, soll als "antiquiertes, inhaltsloses Ritual" abgeschafft werden. Die Delegierte Držinic sagte dazu:

"Für den Stafettenlauf schlagen wir einen Marsch der Arbeitslosen vor; für die Gymnastikübungen im Stadion einen Marsch gegen falsche Parolen ... Die heroischen Zeiten sind vorbei, vergangen sind die Zeiten des blinden Patriotismus."

Statt immer neuer Partisanendenkmäler solle man für das Geld Arbeitsplätze für arbeitslose Jugendliche schaffen.

Einiges deutet darauf hin, daß ins-

besondere unter der gut ausgebildeten Jugend vor allem in den Städten eine Bewegung entsteht und sich formiert, die man als grün bezeichnen kann. Nach Tschernobyl fanden in Belgrad und anderen Städten öffentliche, gut besuchte "Tribunale" statt, in denen der völlige und sofortige Ausstieg Jugoslawiens aus der Kernenergie gefordert wurde. Bisher stehen in Jugoslawien zwei Kernreaktoren, der ursprünglich geplante Kauf weiterer Reaktoren ist vorerst verschoben worden. Einzelne Sprecher auf diesen "Anti-Atom-Tribunalen" bezeichneten sich direkt als Mitglieder einer "grenzübergreifenden" ökologischen Bewegung.

Leider liegen uns keine Angaben über die soziale Zusammensetzung des Bundes der sozialistischen Jugend vor. Man kann bestimmt keine direkten Parallelen zur sozialen Zusammensetzung der Partei ziehen. Deren Mitgliedschaft besteht nur zu 33% aus Arbeitern, der Rest teilt sich in leitende Angestellte, Manager, Intellektuelle.

Da es für eine entsprechende Laufbahn günstig ist, im Bund der sozialistischen Jugend tätig zu werden, kann man annehmen, daß die soziale Basis dieser Protestbewegung ähnlich ist wie die der Grün-Alternativen bei uns.

Beiträge auf dem Parteitag wie auch die breite Veröffentlichung der hier genannten Positionen deuten darauf hin, daß vom BdKJ das Problem gesehen wird, daß seine Politik und auch die Formen des Parteilebens Jugendliche wenig ansprechen. Mehrere Redner auf dem Parteitag sprachen sich für einen offenen Dialog mit der kritischen Jugend aus, aus deren Kritik man unbedingt lernen müsse. Immerhin waren über 50% der 139831 Ausgetretenen aus dem BdKJ (seit 1982) jünger als 30.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung, 27.6.86; Danas vom Juni/Juli 1986 – (lsc)

Westjordanland / Jordanien

Jordanien will PLO kaltstellen

Die Schließung der Fatah-Büros in Jordanien und die Ausweisung von Arafats Stellvertreter Abu Jihad waren nicht die ersten repressiven Maßnahmen der jordanischen Regierung gegenüber der PLO und den Palästinensern des Westjordanlandes seit der Aufkündigung des Abkommens im Februar. Ihr Ziel ist es, die Palästinenser in den israelisch besetzten Gebieten politisch unter Kontrolle zu bekommen. So wurden im April bereits alle Guthaben von Institutionen des Westjordanlandes bei Banken in Amman eingefroren und alle Entwick-

lungsprojekte gestoppt. Bekannte PLO-Anhängern wurde der Übertritt über die Jordanbrücke verwehrt, ihr Paß eingezogen oder nicht verlängert, was jede Auslandsreise verhindert. Außerdem wurde ihnen jede Geschäftstätigkeit über Jordanien verboten. Im Juni drohten die jordanischen Behörden einer Reihe von Journalisten aus den besetzten Gebieten sofortige Verhaftung und längere Gefängnisstrafen an, falls sie nach Jordanien einreisen. Im jordanischen Medienapparat wird jede palästinensische Berichterstattung über Ereignisse im Westjordanland ignoriert. Ein Versuch des jordanischen Geheimdienstes, gegen die Fatah eine Meutelei zu inszenieren, verlief im Sande. Der ehemalige Fatah-Offizier Abu Zaim verkündete, er wolle die PLO-Führung übernehmen.

Gleichzeitig versucht die jordanische Regierung krampfhaft, eine neue Vertretung im Westjordanland aufzubauen. Ende März verabschiedete sie ein neues Wahlgesetz, das die Zahl der Vertreter des Westjordanlandes im jordanischen Parlament mehr als verdoppelt. 71 von 142 Sitzen sollen da-

nach aus den besetzten Gebieten stammen, statt bisher 30 von 60. Ihr Anteil bleibt damit gleich. Die 71 Vertreter werden allerdings nicht von der Bevölkerung gewählt, sondern vom amtierenden Parlament bestimmt. Da das Amt gewöhnlich eine Pfründe ist, die der Inhaber nicht ohne Not aufs Spiel setzt, hofft sich Jordanien so wenigstens 71 Getreue zu kaufen. Außerdem drängt Jordanien palästinensische Persönlichkeiten dazu, die Bürgermeisterämter in Städten des Westjordanlandes ohne Wahl zu übernehmen. Aufgefordert werden dazu auch Mitglieder der israelisch geförderten Dorfligen, wie Mustafa Dudin, die in Jordanien bisher unter Strafverfolgung stehen.

In Nablus, Tulkarem und im Flüchtlingslager Balata gab es bereits große Protestdemonstrationen gegen Hussein. Israel ging mit Tränengas und scharfer Munition gegen sie vor und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Shamir erklärte, die Beziehungen zwischen Jordanien und Israel seien unproblematisch.

Quellenhinweis: Palästina Bulletins bis 29/86. – (bar).

VR Polen

Kurs der PVAP: Intensivierung, Effektivität, Lohn nach Leistung

Nach fünfjähriger Dauer ist am 3.7.86 der X. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zu Ende gegangen. Wichtigster ausländischer Guest war Michail Gorbatschow, der den Kurs der Parteiführung Jaruzelski nachdrücklich unterstützte. Der Parteitag hatte erstmals über ein Parteiprogramm zu beschließen sowie über ein Thesenpapier. Jaruzelski wurde als 1. Sekretär des Zentralkomitees der PVAP wiedergewählt, hingegen

nur 58 der 200 alten ZK-Mitglieder, die der IX. a.o. Parteitag im Juli '81 gewählt hatten. Daß dort jetzt nach Angaben der Neuen Zürcher Zeitung v.a. erfahrene Parteibeamte, Offiziere und zahlreiche Vertreter der technischen Intelligenz sitzen, macht deutlich, auf wen sich Jaruzelski bei der Durchsetzung der 1981 begonnenen Wirtschaftsreform stützen will.

Bei dieser Reform setzte die Regierung auf marktwirtschaftliche Metho-



Jaruzelski lobte auf dem Parteitag die "aufopferungsvolle" Arbeit der Bergleute. Soll das Ansporn zu neuen Opfern sein?

USA: Faschisten agieren als Grenzpolizei

Phoenix, Arizona, USA, 7.7.86. Eine paramilitärische Gruppe hielt 15 illegale Wanderarbeiter in Arizona nahe der mexikanischen Grenze für 90 Minuten – AK-47 und M-16-Gewehre im Anschlag – gefangen, bis Grenzpolizei eintraf. 20 schwerbewaffnete Mitglieder der Gruppe "Zivile Materialhilfe" hätten "entlang der mexikanischen Grenze Nachtmanöver durchgeführt, um eingeschmuggeltes Kokain abzufangen", erklärte der Operationschef der Gruppe für Arizona und Utah. –(ger)

Türkei: BRD bald mit eigenem Luftstützpunkt?

Die Bundesregierung drängt darauf, den neuen NATO-Luftstützpunkt in Konya in der Türkei bald in Angriff zu nehmen. Das ist einem Bericht der "FAZ" zu entnehmen. Spätestens im Dezember sollen die Verteidigungsminister der NATO den Aufbau des Stützpunktes, für den Kosten von mindestens einer Milliarde D-Mark erwartet werden, genehmigen. "In Bonn schließt man nicht aus, daß man auf bilateraler Ebene vorangeht, um das Vorhaben zu beschleunigen", schreibt die "FAZ". Dem Bericht ist außerdem zu entnehmen, daß die Bundesregierung ursprünglich geplant hatte, Konya als westdeutschen Luftstützpunkt aufzubauen, dann aber aus Kostengründen die Beteiligung anderer NATO-Staaten an dem Projekt betrieben hat. Damit ist absehbar, daß die westdeutsche Luftwaffe Hauptbenutzer des neuen Luftstützpunktes sein wird und ab Anfang der 90er Jahre, wenn der Stützpunkt fertiggestellt sein soll, stets mit vermutlich mehreren Geschwadern Kampfflugzeuge in der Türkei präsent sein will. Noch

vor der Dezembertagung der NATO will Staatssekretär Würzbach vom Verteidigungsministerium letzte Einzelheiten des neuen Stützpunktes in Ankara verhandeln. (Quelle: FAZ, 15.7.86 – rü)

Frankreich: Ausländergesetze verschärft

Mit dem erklärten Ziel, "die heimliche Einwanderung zu stoppen", stimmte die Nationalversammlung für die Regierungsvorlage bezüglich der "Immigration". Vage und offen für Interpretation sind die meisten Paragraphen formuliert, relevante Änderungen

sind nur am Punkt Ausweisungen erkennbar: 1. werden diese wie vor 1981 den Präfekten in den départements überlassen und sind nicht mehr gerichtlich überprüfbar, 2. werden die Ausweisungsgründe erweitert um "Gefahr für die öffentliche Ordnung" und "Handlungen gegen die französischen Interessen in der Welt". Bessere Handhabe gegen politisch Mißliebige, mehr Spielraum für Polizeiwillkür, Druck auf alle ausländischen Arbeiter, darum geht es, die "illegalen" ausländischen Arbeiter werden weiter zur Ausbeutung gebraucht und folglich ins Land gelangen. – (pel)



Philadelphia, 19.7.86. Seit 19 Tagen streiken die 13000 Arbeiter der 1,6 Millionen-Stadt Philadelphia an der Ostküste der USA. Bürgermeister Goode – international bekannt durch das Abbrennen von 63 Häusern in Verfolgung der unbekümmerten Sekte MOVE, von der elf Mitglieder verbrannten – wollte zunächst keine Lohnerhöhung zugestehen. Nach zehn Tagen Streik hat jedoch die Gewerkschaft für die 2500 Angestellten mit 10 % über zwei Jahre abgeschlossen. Ein Hauptstreitpunkt bei den Arbeitern ist die Verwaltung der Krankenkassengelder durch die Gewerkschaft. Was sich die Arbeiter 1975 erkämpft hatten, will die Stadt rückgängig machen. Wiederholte Versuche, der Gewerkschaft Veruntreuung von Geldern anzuhängen, schlugen fehl. Jetzt droht Bürgermeister Goode mit Massenentlassungen und Einstellung von Streikbrechern. Ein Gerichtsbeschuß, der die Müllarbeiter wegen Gefahr für die öffentliche Gesundheit zur Arbeit befahl, wurde zwei Tage lang nicht befolgt. Zur Zeit wird weiter verhandelt. –(her)

den, zu denen auch die umfangreichen Preiserhöhungen v.a. 1982 zählten. Im Mittelpunkt stand die Orientierung der Wirtschaft auf den Export. Um die dafür nötigen Produktivitätssteigerungen zu erreichen, beschloß der Sejm 1981/82 mehrere Gesetze, die den Betrieben mehr Selbständigkeit hinsichtlich Produktion und Finanzierung einräumten. Die Betriebe sollten nicht mehr einfach an Produktionsziffern, sondern an Gewinn bzw. Verlust gemessen werden; sie erhielten mehr Spielraum für den Einsatz ihrer Gewinne sowie für einen eigenständigen Außenhandel, was zwar noch keine Aufhebung des staatlichen Außenhandelsmonopols, wohl aber eine Einschränkung ist.

Mit Gesetz vom Juli '82 hat die Regierung dann den westlichen Imperialisten mehr Investitionsmöglichkeiten in Polen geschaffen, zum einen wohl als Alternative zu westlichen Krediten, zum anderen zum Technolo-

gi transfer. Derzeit gibt es in Polen 683 dieser ausländischen nur im Kleingewerbe möglichen Privatunternehmen, die ca. 53000 polnische Arbeiter ausbeuten. Mit dem kürzlich in Kraft getretenen "Gesetz über Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung" will die Regierung den westlichen Kapitalisten jetzt auch die Beteiligung an staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen ermöglichen. Der ausländische Kapitalanteil ist dabei nach dem Joint-Venture-Verfahren auf 49 % festgelegt.

Das von Jaruzelski und Premierminister Messner auf dem Parteitag vorgestellte und von diesem beschlossene Programm soll diese Entwicklung unter den Stichworten "höhere Effektivität" der Arbeit und Übergang von "extensiven zu intensiven Methoden" fortsetzen. Danach sollen die Ressourcen sparsamer verwendet werden, Vorrang sollen Investitionen haben, die der Modernisierung der Pro-

duktion, der Senkung des Material- und Energieverbrauchs dienen. Unternehmen sollen durch finanzpolitische Maßnahmen zu mehr Rentabilitätsbewußtsein gezwungen werden. Unrentable Betriebe werden nicht mehr automatisch auf Staatshilfe rechnen können. Damit ist das Prinzip der Bedarfswirtschaft zugunsten der Gewinnwirtschaft außer Kraft gesetzt. Eine Ausdehnung der Privatwirtschaft ist durch Gründung von kleinen und mittleren Betrieben im vergesellschafteten Sektor geplant. Die schnellste Entwicklung innerhalb der Branchen ist für den Maschinen- und Elektrogerätebau sowie für die chemische Industrie vorgesehen – Bereiche, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Haushaltsgeräten von Bedeutung sind, v.a. aber für den Export, der weiterhin im Mittelpunkt steht. Die Exportorientierung kommt auch darin zum Ausdruck, daß Betriebe, die für den Export produzieren,

Rettet die Sechs von Sharpeville!

Am 13. Dezember 1985 wurden sechs Patrioten aus Sharpeville (Südafrika), darunter eine 24jährige Frau, zum Tode verurteilt. Ein "Richter" mit dem zynischen Namen W.J. Human fällte das Urteil aufgrund von Aussagen von zwei "Zeugen", die nicht näher benannt wurden und als X und Y von den Medien bezeichnet werden. Die Herren X und Y verstrickten sich in unzählige Widersprüche, die aber keinen Eindruck auf den "Richter" machten. Den Sechs wird zur Last gelegt, eine Marionette (amtlich: stellvertretender Bürgermeister von Sharpeville) umgebracht zu haben. Diese "Tat" sollen sie am 3. September 1984 begangen haben. Dabei provozierte besagte Marionette ihren Tod gerauszu, indem sie in eine demonstrierende Menschenmenge mit ihrer "Dienst"-Waffe schoß. Der Protest richtete sich gegen willkürliche Mieterhöhungen durch eben solche Marionetten.

Die Sechs, und zwei andere, die zu je acht Jahren Kerker verurteilt sind, wurden zwischen dem 2. September und 9. November 1984 verhaftet. Hätten sie sich wirklich was zu schulden kommen lassen, hätten sie genügend Zeit gehabt (einen Monat), unterzutauchen oder sich abzusetzen. Aber sie wurden allesamt bei sich zu Hause verhaftet. Die Verurteilten sind:

1. DINISO, Oupa Moses (30 Jahre alt). Er wurde am 9. November 1984 verhaftet. Begründung: Die Waffe des Toten soll bei ihm gefunden worden sein. Er wurde zum Tode verurteilt!

2. KHUMALO, Duma Joshua (26 Jahre alt). Der Tag seiner Verhaftung ist noch nicht ermittelt. Er soll Benzinbomben hergestellt und verteilt haben. Er soll gleichzeitig auch das Auto des Toten aus der Garage geschoben haben. Er wurde zum Tode verurteilt!

3. MOKHESI, Francis Don (28 Jahre alt). Der Tag seiner Verhaftung ist noch nicht ermittelt. Er soll wie Khumalo Benzinbomben hergestellt und verteilt haben. Er soll auch gleichzeitig das Auto des Toten aus der Garage geschoben haben. Er wurde zum Tode verurteilt!

4. MOKOENA, Malebo Reid (22 Jahre alt). Er wurde am 9. November 1984 verhaftet. Der "Richter" bestand auf seinem "Geständnis" während der "Untersuchungs"-Haft. Dort nämlich wurde aus ihm herausgeprügelt, daß er einen Stein geworfen hat. Er wurde zum Tode verurteilt!

5. RAMASHAMOLA, Theresa (24 Jahre alt). Sie wurde am 9. November 1984 verhaftet und am gleichen Tag wieder freigelassen. Am 22. November wurde sie wieder verhaftet. Sie soll geschrien haben: "Er schießt auf uns, leg' ihn um!" Sie wurde zum Tode verurteilt!

6. SEFATSA, Reginald (30 Jahre alt). Er wurde am 2. November 1984 verhaftet. Am 4. November 1984 wurde er freigelassen, um erneut am 9. November verhaftet zu werden. Nach "Zeuge" X soll er sich einen Ringkampf mit dem Toten geliefert haben. Nach "Zeuge" Y aber stand er sechs Schritte vom Verstorbenen entfernt und warf einen Stein. Er wurde zum Tode verurteilt!

bevorzugt mit Materialien und Rohstoffen versorgt werden und ihnen günstigere Devisenbestimmungen zugestellt werden. Hinsichtlich des Außenhandels betonte Jaruzelski, daß die Zusammenarbeit im RGW die Stütze der polnischen Wirtschaftsbeziehungen sei und bleibe, doch sei man auch am Ausgleich mit dem Westen interessiert.

Daß die Wirtschaftsreform auf Kosten der Arbeiter gehen wird, ist mehreren Anzeichen zu entnehmen: So rief Jaruzelski die Bauarbeiter auf, energisch gegen Vergeudung und Ausschub sowie niedrige Arbeitsdisziplin und -produktivität aufzutreten – wobei ihnen die Verantwortung zugeschoben wird. Und sie sind es letztlich auch, die die höhere Effektivität erbringen sollen. So hält die "Financial Times" den Wirtschaftskurs Jaruzelskis denn auch für "risikoreich": Nicht nur von der Bürokratie sei Widerstand

zu erwarten, sondern auch von den Arbeitern, die im Namen der Effizienz gezwungen würden, ihre Lebensgewohnheiten zu ändern. Gleichzeitig setzt die Parteiführung auf Spaltung der Arbeiter durch die Löhne, wenn es heißt, daß Arbeiter und Angestellte wieder entsprechend ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden müßten.

Die "Zusammenarbeit" mit der Kirche gedenkt die Parteiführung nicht nur fortzusetzen, sondern sogar auszubauen, wie Jaruzelski im Namen der Partei mitteilte. Der Mehrheit der katholischen Geistlichen zollte er Lob für ihren "wertvollen Beitrag zur positiven Gestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche", nur einige Vertreter des "antisozialistischen Klerikalismus" störten die Zusammenarbeit. Die Solidarność als Samelpunkt der Arbeiterbewegung sieht die Parteiführung inzwischen wohl als endgültig zerschlagen an, weshalb sie

7. MOKONE, Motsidi Gideon (Alter noch unbekannt). Der Tag seiner Verhaftung ist noch nicht ermittelt. Sein Verbrechen liegt darin, daß er durch eine Kugel aus dem Revolver des Verstorbenen verletzt wurde. Er wurde zu acht Jahren verurteilt!

8. MOKUBUNG, Motseki Christiaan (Alter noch unbekannt). Der Tag seiner Verhaftung ist noch nicht ermittelt. Sein Verbrechen liegt darin, daß er ein Teil der Demonstration war. Er wurde zu acht Jahren verurteilt!

Dieser "Prozeß" war ein politischer Prozeß und hatte mit Juristereien nicht im geringsten zu tun. Mit den Urteilen sollen Exempel statuiert werden. Dem "Richter" kam es darauf an, die Härte des kolonialen Systems allen Opponenten brutal vor Augen zuführen, aber vor allem darauf, seinen "Richter"-Kollegen einen Präzedenzfall zu schaffen. Denn momentan warten etwa 3000 Personen auf ihre "Prozesse" wegen ähnlicher "Delikte". Sie sitzen alle noch in Haft zur "Untersuchung".

Die Verteidigung der Acht hat Revision eingelegt. Nach der "Rechtspflege" im rassistischen Südafrika werden zwölf bis 18 Monate vergehen, bis über die Zulässigkeit bzw. auch die Sache selbst verhandelt wird. Diese Zeit sollte genutzt werden, um die Urteile zu Fall zu bringen, um anderen den Weg zu versperren. Wir denken dabei an standardisierte Briefe an die Gefangenen bzw. ihre Angehörigen. An Unterschriftenlisten wird auch gedacht.

Alle Gefangenen haben die Anschrift:

Pretoria Maximum Security Prison

Pretoria 001; South Africa

Bei Ramashamola bitte hinzufügen: Women's Section

Die Angehörigen:

Ruth Mokhesi and Family, P.O.Box 79, Sharpeville 1933

Julia Ramashamola and Family, Box 8050, Sharpeville 1933

Die anderen Familien über:

Catholic Church, Box 10040, Sharpeville 1933

Musterbriefe

Liebe Freunde, ich (wir) möchte(n) Dir und Deiner Familie versichern, daß Ihr nicht alleine seid in Eurem Kampf. Wir sind alle bestürzt über die Sechs von Sharpeville und alle anderen politischen Gefangenen.

Wir haben vieles gehört, was in Südafrika vorgeht, und hoffen, daß eine Lösung bald gefunden wird.

Mit solidarischen Grüßen (Das wäre an die Angehörigen)

Sehr verehrter Herr Präsident, ich (wir) habe(n) mit Entsetzen von den geplanten politischen Hinrichtungen erfahren. Die Beweisführung der Staatsanwaltschaft erscheint nach eingehender Überprüfung dürfzig, wenn überhaupt existent. Ich (wir) ersuche(n) Sie, die geplante Hinrichtung auszusetzen und darüber hinaus alle politischen Gefangenen freizulassen.

Hochachtungsvoll (an Botha z.B.)

Pan Africanist Congress of Azania, Mission to: German-Speaking Area, Italy and the Balkan
10. Juli 1986

sich auch die Ankündigung von Amnestie leisten kann. Die Bewegung sei zu einem Sprungbrett für die Aktivitäten antisozialistischer Kräfte geworden, die Mehrheit der ehemaligen Solidarność-Mitglieder beteilige sich dagegen aktiv am öffentlichen Leben, auch in der Partei. Für die katholische Kirche andererseits ist die Solidarność offenbar ein Faustpfand, das sie als Druckmittel gegen die Regierung benutzt, um weitere Konzessionen zu erhalten. Anzeichen für eine revolutionäre Kritik am Kurs der Parteiführung um Jaruzelski sind derzeit nicht zu erkennen.

Quellenhinweis: Neues Deutschland, 30.6., 1.7.; Süddeutsche Zeitung, Neue Zürcher Zeitung 30.6.-5.7.; FAZ, Die Welt 5.7.; BfAI, 20.6., 9.7.86; H. Gabrisch, Polens Krise und außenwirtschaftliche Entwicklung, HWWA, 1983; D. Bingen, Polen 1980-1984, Köln 1985 – (brb)

* Veröffentlichungen *

"Muß Arbeit krank machen?"

In diesem Buch wird in mehreren Beiträgen von Arbeitsmedizinern und Gewerkschaftern eine außerordentliche Persönlichkeit der Arbeitsmedizin in der BRD gewürdigt, die konsequent für die Interessen der Arbeiter eingetreten ist: Alfred Manz, Betriebsarzt der Hamburger Gaswerke und einiger anderer Betriebe. Durch systematische Forschungsarbeit hat er in vielen Bereichen arbeitsbedingte Ursachen von Krankheiten nachgewiesen. So richtete er 1953 eine Todesursachen-Kartei bei den Hamburger Gaswerken ein, mit der er u.a. auch den Nachweis führte, daß bei den Ofenblockarbeitern der Kokerei ein erhöhtes Atemwegskrebsrisiko besteht. Die Untersuchungen von Alfred Manz waren die Grundlage, daß in der BRD nun Atemwegskrebs bei Teearbeitern als Berufskrankheit anerkannt wird.

Die Themen dieses Buches knüpfen an Fragestellungen an, die Alfred Manz bereits verfolgt hat, u.a.: Lösemittel, "Tennis"ellebogen, rheumatische Erkrankung. Der Beitrag "Nervenschäden durch Lösemittel" z.B. faßt den Stand der Diskussion in Dänemark und Schweden zusammen und zieht den Vergleich zur BRD. Er bringt die meisten Informationen, die es zu diesem Thema an deutschsprachigen Veröffentlichungen bisher gibt und ist für alle, die mit Lösemitteln umgehen, zu empfehlen.

(Gine Elsner/Wilfried Karmaus/Lothar Lißner (Hrsg.): Muß Arbeit krank machen?, VSA-Verlag, Hamburg 1986, 167 Seiten, 24,80 DM - wiw)

Dokumentation von GRÜNEN und AL

Anfang Mai diesen Jahres ist eine Dokumentation der Grünen im Bundestag und der Fraktion der Alternativen Liste Berlin erschienen unter dem Titel "Anerkennung und Versorgung aller Opfer nationalsozialistischer Verfolgung". Diese Broschüre dokumentiert Anträge der Grünen und der Alternativen Liste sowie entsprechende Debatten und Antworten. Dokumentiert werden verschiedene Aufsätze, die sich inhaltlich mit dem Thema der Broschüre auseinandersetzen. Extra Kapitel der Dokumentation befassen sich mit Verfolgengruppen, die bisher nicht anerkannt wurden, so Sinti und Roma, Zwangsarbeiter, Zwangssterilisierte, Homosexuelle und Personen, die sich gegen die fdGO betätigt haben.

Die Grünen im Bundestag haben von vornherein es nicht für möglich gehal-

ten, Streichungen an dem bestehenden Bundesentschädigungsgesetz zu beantragen. Sie haben einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, in dem sie einen Rentenanspruch für alle Verfolgten beantragen. Diese Rente soll bei ca. 2000 DM netto liegen, gesetzliche Rentenansprüche o.ä. einbezogen. Ziel ist, allen ehemaligen Verfolgten ein materiell gesichertes Leben zu gewährleisten. Die AL im Westberliner Abgeordnetenhaus hat die ersatzlose Streichung der Paragraphen beantragt, die die Anerkennung als Verfolgte einschränken oder

(Dokumentation: Anerkennung und Versorgung aller Opfer nationalsozialistischer Verfolgung; zu beziehen über: DIE GRÜNEN im Bundestag, AK 3, Bundeshaus, 5300 Bonn 1 - gug)

Friedrich-Ebert-Stiftung "Kampf um den Wohlstand"

Obwohl sich die Aufsatzsammlung eher an ein wirtschaftswissenschaftlich ausgebildetes Publikum wendet, soll sie hier kurz besprochen werden. Die darin vertretenen Thesen zu den internationalen Wirtschaftsbeziehungen fließen nämlich bestimmt in die SPD-Programmdiskussion ein. Die verschiedenen Autoren - aus der BRD, Großbritannien und den USA -



Mahntafel in Westberlin

verneinen. Diese Anträge wurden abgelehnt und gegenwärtig geht die Auseinandersetzung darum, ob ein Härtefond eingerichtet werden soll. Die AL hat in ihrer Antragstellung teilweise sehr defensiv argumentiert. So hat sie sich überhaupt nicht auf das Argument der Gegenseite eingelassen, daß eine Änderung der Berliner Gesetze wegen übergeordneter Bundesgesetze nicht möglich sei. Damit läßt sie zu, daß Westberlin rechtlich gleichgestellt wird mit anderen Bundesländern, was aber dem Statut Westberlins widerspricht.

Die Dokumentation ist nützlich als Überblick, sie wirft aber auch die Frage auf, wie in dieser Auseinandersetzung weiterverfahren werden soll. Man gewinnt etwas den Eindruck, daß Grüne und AL das selbst nicht so genau wissen.

sind sich einig, daß die Position des Reformismus in den 70er Jahren überholt sei: Aus sei es mit der Hoffnung, daß die ständige Ausdehnung des Welthandels, der Produktion für den Weltmarkt für Wachstum bei allen Beteiligten sorge und daß so auch die Arbeiterklassen zum Zuge kämen. Praktische Konsequenz war, daß die SPD für den Abbau aller Wettbewerbs schranken auftrat, man erinnere sich an den Freihandelsprediger Helmut Schmidt. Inzwischen müsse man aber von einem "Nullsummenspiel" ausgehen, positives Wachstum sei nicht festzustellen, die Wirtschaftspolitik der verschiedenen Staaten ziele vor allem darauf ab, den Weltmarktanteil der jeweiligen nationalen Industrie zu erhöhen und ausländische Konkurrenz abzuwehren. Die internationale Wirtschaftspolitik sei als "neo-merkantili-

stisch" anzusehen (Merkantilismus war eine im Absolutismus entwickelte Wirtschaftspolitik zur Förderung der einheimischen Industrie und der Ausfuhr, worüber auch am besten die Bedürfnisse der Staatskasse zu decken seien). – Wie könnte nun unter solchen Bedingungen sozialdemokratische Wirtschaftspolitik aussehen? Die Wirtschaftswissenschaft hat ein Spektrum von Vorschlägen: Man könnte den Neo-Merkantilismus auch positiv sehen, selbst die von den Konservativen propagierten "Freiräume für den technischen Fortschritt" seien nicht unbedingt schädlich, wenn es nur gelänge, den gesellschaftlichen Konsens darüber herzustellen (M. Dauderstädt, Friedr.-Ebert-Stiftung, z.Zt. Lissabon). Die Entwicklungshilfepolitik müsse zur Vollbeschäftigung in den Ländern der Dritten Welt beitragen durch Kapitalexport u.a. Dann könnte langfristig die Niedriglohnkonkurrenz dieser Staaten gegen die Industriestaaten aufhören und in der Konkurrenz gegenüber dem Kapital wäre die Arbeit weltweit gestärkt (H. Elsenhans, Prof. in Konstanz). Mehr Kooperation in den internationalen Beziehungen durch "positive Liberalisierung", zunächst regional wie z.B. in der EG (E. Minx, Daimler-Benz AG). Gemeinsam ist allen Vorschlägen: Annäherung an die konservative Wirtschaftstheorie. – (Der Kampf um den Wohlstand von Morgen, A. Pfaller/Hrg., Verlag Neue Gesellschaft – alk)

"Auf welcher Seite stehst Du?"

Erfahrungen aus der Solidaritätsbewegung in der BRD für die britischen Bergarbeiter im längsten Streik ihrer Geschichte. Hrsg. Joe Holmes, Beauftragter der NUM für die BRD. Das Buch zeigt an Beispielen aus verschiedenen Städten, wie diese Solidarität entstand, wie und was sie bewirkte. Anhand der "Dokumentation: Gewerkschaftliche Solidarität und offizielle Gewerkschaftspolitik", m.E. der wichtigste Teil des Buches, wird u.a. deutlich, daß die Führung der DGB-Gewerkschaften mit allen Mitteln und Tricks versucht, und es auch geschafft hat, den entscheidenden Solidaritätsbeitrag zu verhindern: das Stoppen der Entsendung von Streikbrecherkohle nach Großbritannien. Ganz abgesehen von dem Verwirrspiel über den offiziellen Vertreter der NUM in der BRD. Der DGB zeigt sich nicht nur staatstragend in der BRD, sondern auch gegenüber Thatcher. Sehr interessant auch ein Beitrag zur Geschichte der NUM und zur Situation der Bergarbeiter nach dem Streik. Ein Muß für Gewerkschaftsmitglieder und nicht nur für die. Bezug per Vorkasse, Konto Raphaela Kruppa, BfG Wuppertal, BLZ 330 101 11, Kto. 2015 123 301, Vermerk: Buch. DM 15,80 plus DM 2,- Versandkosten. – (ti)

Bundestagswahlen

MLPD kandidiert – die Kritik am BRD-Imperialismus muß sie noch entwickeln

Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) will zu den Bundestagswahlen Anfang 1987 in allen zehn Bundesländern kandidieren. Sie wird voraussichtlich die einzige revolutionäre Organisation sein, die in den Wahlkampf mit eigenen Landeslisten eingreift. Um so mehr interessiert, welchen Beitrag die MLPD mit ihrer Kandidatur im Kampf gegen die Reaktion leistet bzw. leisten will.

Die MLPD hatte sich zunächst mit einem Aufruf zur Aktionseinheit im Rahmen einer Offenen Liste der MLPD an andere Organisationen und Einzelpersonen gewandt und dazu eine Minimalplattform vorgelegt (s. Rote Fahne 51/85, 21.12.85). Am 19.4.86 vermeldet die Rote Fahne erstmals, daß die MLPD Landeslisten aufgestellt hat; die Aufstellung aller zehn Listen ist Mitte Mai abgeschlossen. Andere als MLPD-Mitglieder kandidieren auf den Listen nicht, könnten aber nach Mitteilung der Roten Fahne vom 26.4. im Rahmen der Aktionseinheit noch als Direktkandidaten mitmachen. Am 31.5. erfährt man, daß das Zentralkomitee den Mitgliedern den Entwurf für das Wahlprogramm vorgelegt hat; Freunde und der Partei Nahestehende sollen in die Beratung einbezogen werden. In derselben Ausgabe ist von dem Entwurf lediglich das Vorwort abgedruckt. Am 12.7. dann drückt die Rote Fahne wenigstens die Überschriften der 20 Unterpunkte des Entwurfs ab (s.u.). Das ist bisher alles. In welchem Verhältnis der Entwurf für das Wahlprogramm der MLPD zur er-

wähnten Minimalplattform steht, die die MLPD bisher nicht zurückgezogen hat, bleibt unerklärt.

Krasse Fehler der Minimalplattform

Die MLPD hat mit dem Wahlprogrammentwurf einige Zugeständnisse an die Kritik an ihrer Minimalplattform gemacht und einige der größten Lücken geschlossen.

– Die sechs Punkte umfassende Minimalplattform enthielt zwar als ersten Punkt "den gemeinsamen Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen". Gegen die Flexibilisierungs-Angriffe der Kapitalisten und die entsprechenden Gesetzesinitiativen der Bundesregierung enthält sie – nichts. Daß ihre Kandidatur bei solch gefährlicher Lücke einen nur sehr geminderten Nutzen für die Arbeiterbewegung gehabt hätte, ist wohl auch der MLPD aufgescheinen. In dem Entwurf für das Wahlprogramm finden sich jetzt Forderungen gegen Zeitverträge, gegen das "Beschäftigungsförderungsgesetz", gegen Nacht- und Schichtarbeit und für Regalarbeitszeit von Montag bis Freitag.

– Nicht einmal der Rede wert hieß die MLPD in der Minimalplattform die Entrechtung der Arbeiter ausländischer Nationalität. Die Kritik daran hat gefruchtet. Die MLPD hat in den Entwurf ihres Wahlprogramms einige Forderungen dagegen aufgenommen, u.a. "Weg mit dem reaktionären Ausländergesetz!"

– Die Minimalplattform bot dem

Die sozialistische Alternative – MLPD

- 1 Für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze!
- 2 Abbau von Überstunden, Schichtarbeit und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen!
- 3 Für höhere Löhne und Gehälter!
- 4 Für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger!
- 5 Für eine gründliche Berufsausbildung!
- 6 Für die sozialen Rechte der werktätigen Jugend!
- 7 Schluß mit dem Rentenraub! Wirtschaftlicher und sozialer Schutz im Alter!
- 8 Für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Gleichstellung der werktätigen Frau!
- 9 Für ein Bauernhilfsprogramm zugunsten der Klein- und Mittelbauern!

- 10 Für ausreichenden und billigen Wohnraum!
 - 11 Senkung der Massensteuern!
 - 12 Für den Schutz unseres Lebensraumes! Kampf dem Atomtod!
 - 13 Gründliche und kostenlose medizinische Versorgung der Werktätigen!
 - 14 Den Weltfrieden verteidigen!
 - 15 Keinen Mann und keinen Groschen für die Aufrüstung zum Völkermord!
 - 16 Hoch die Internationale Solidarität!
 - 17 Für politische Rechte und Freiheiten!
 - 18 Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb!
 - 19 Gegen Ausländerfeindlichkeit! Für Völkerfreundschaft!
 - 20 Sozialismus – die Alternative!
- (Aus: Rote Fahne 28/1986, ergänzt um den dort nicht aufgeführten Punkt 17)

Kampf gegen Revanchismus und Ostexpansion des BRD-Imperialismus nicht den geringsten Anhaltspunkt. Damit hätte sich die MLPD der dringenden Aufgabe, der reaktionären Mobilisierung für die Kriegsziele der BRD entgegenzuwirken, einfach entzogen. Im Entwurf für das Wahlprogramm findet sich jetzt die Forderung nach voller Anerkennung der staatlichen Souveränität und der Grenzen Polens und der DDR.

Insoweit stellt der Entwurf für das Wahlprogramm einen gewissen Fortschritt dar. Aber: Viel größere und noch ganz andere Fortschritte sind nötig, wenn die MLPD mit ihrer Kandidatur zu den Bundestagswahlen einen nützlichen Beitrag leisten will.

127 Forderungen – und was sonst?

Daß die MLPD in 19 Unterpunkten des Entwurfs einen langen Forderungskatalog aufstellt – genau sind es 127 Forderungen –, wollen wir ausdrücklich nicht kritisieren. Die gerade bei der MLPD so beliebte Kampagnenpolitik, mit der für bestimmte Zeiträume jeweils eine Hauptaufgabe festgelegt wird, der alles andere untergeordnet wird, hat stets noch dazu geführt, daß die MLPD auf vielen Gebieten der Politik das Treiben der Reaktion nicht einmal registriert, geschweige denn ihm etwas entgegengesetzt hat. Nicht die große Zahl von Forderungen ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie die MLPD dazu gekommen ist. Der Großteil der Forderungen hat mit ihrer tatsächlichen Politik nicht viel zu tun.

Ein Beispiel verdeutlicht, von welchen Fragestellungen die MLPD sich bei der Aufstellung der Forderungen wohl hauptsächlich hat leiten lassen, nämlich denen, wer die Forderung erhebt, wieviele schon dahinter stehen, ob sie "in" und es also opportun ist, sie aufzunehmen.

1981 hatte die KPD wegen der von ihr propagierten Forderung "BRD – raus aus der NATO" scharf angegriffen. Inzwischen ist die Forderung weiter verbreitet und z.B. auch von den Grünen beschlossen worden – und plötzlich steht sie auch im Wahlprogramm der MLPD. Begründung der Roten Fahne 28/86: "Die richtige Forderung zur richtigen Zeit".

Doch sieht man einmal davon ab, wie die MLPD zu dem Forderungskatalog ihres Wahlprogramm-Entwurfs gekommen ist: Messen lassen muß sie sich vor allem daran, welchen Beitrag zur Unterstützung der Kämpfe sie leistet, die für die von ihr aufgenommenen Forderungen geführt werden.

Ihr Beitrag ist dürftig. So bedeutet, daß die MLPD jetzt Forderungen gegen die Entrechtung der Arbeiter ausländischer Nationalität aufgenommen hat, keinen Fortschritt in der tatsäch-

lichen Politik der MLPD. In der Roten Fahne des letzten Vierteljahres findet sich nicht ein Artikel, der sich mit der Politik der Reaktion in dieser Frage kritisch auseinandersetzt, und das in einer Lage, in der ständig neue Sonderbestimmungen zur Diskriminierung der ausländischen Arbeiterbevölkerung durchgesetzt werden, z.B. im Steuerrecht und in Tarifverträgen.

Das Beispiel ist nicht willkürlich herausgegriffen, sondern kennzeichnend. Ganz selten, daß die MLPD den Widerstand, der sich an den verschiedensten Fronten gegen die Reaktion entwickelt, durch die Kritik des Gegners fördert. Würde sie dieser Aufgabe nachkommen, dann hätte sie im Entwurf ihres Wahlprogramms unmöglich mehrere Komplexe vergessen können, die für die Entwicklung des Klassenkampfes in der BRD von größter Bedeutung sind: die Expansion der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten und die neokoloniale Aggression der BRD gegen die unterdrückten Nationen. Das ist kein Zufall, denn beide Komplexe spielen auch in der Roten Fahne keinerlei Rolle.

Da die MLPD die marxistische Kritik an der Politik der herrschenden Klasse nicht entwickelt, bleibt ihre revolutionäre Propaganda oft blutleer und muß sie sich häufig den Vorwurf der Phrasendrescherei gefallen lassen. Daß sie diese Kritik nicht oder kaum entwickelt, bedarf einer Erklärung.

Ein folgenschwerer Irrtum

In der Praxis der MLPD hat seit dem Beschuß, zu den Bundestagswahlen zu kandidieren, neben der Fußballveranstaltung zu Pfingsten die mit Abstand größte Rolle das sogenannte Internationale Tribunal gegen Sozialimperialismus und modernen Revisionismus gespielt. Warum diese so schwer erträgliche Posse für die MLPD eine solche Bedeutung hatte und hat, begründet der Parteivorsitzende Stefan Engel so:

"Wie soll aber die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus gewonnen werden, wenn es uns nicht gelingt, die realen gesellschaftlichen Verhältnisse der Sowjetunion und der übrigen von ihnen abhängigen Länder Osteuropas als das anzuprangern, was sie in Wirklichkeit sind: ein Kapitalismus neuen Typs..."

Hier stimmt die MLPD mit der KPD überein, die ebenfalls in der Kritik der Sowjetunion, der DDR usw. die Voraussetzung sieht, die Arbeiterklasse in der BRD für den Sozialismus zu gewinnen. In dem Artikel zur Begründung des Wahlprogramm-Entwurfs schreibt die Rote Fahne (28/86):

"Konzentriert wird im Punkt 20 'Sozialismus – die Alternative!' die sozialistische Zukunft lebendig. Jedoch

auch in den einzelnen Unterpunkten wird der Widerspruch zwischen dem faulenden Kapitalismus und der sozialistischen Zukunft spürbar."

Mit ihrer Kandidatur will die MLPD "mit dem Sozialismus den einzigen Ausweg aus den Krisen des Kapitalismus" (Vorwort) weisen. Ihr theoretischer Ausgangspunkt ist dabei der Gegensatz zwischen der kapitalistischen Gegenwart und der sozialistischen Zukunft. Sie propagiert den Sozialismus als objektive Möglichkeit, die sie mit der Realität der bürgerlichen Gesellschaft konfrontiert. Sie erkennt nicht, daß sich der Klassenkampf aus den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft selbst entwickelt; daß sich das proletarische Emanzipationsstreben gegen die Unmenschlichkeiten des Lohnsystems entwickelt und daß gerade und nur deshalb die Arbeiterklasse sich befähigt, die Ausbeuterordnung zu beseitigen und eine neue Gesellschaft zu errichten.

Die Tribunalsposse findet in dem theoretischen Irrtum der MLPD ihre Begründung: Da der Revisionismus das Bild der sozialistischen Zukunft verdunkelt, wird der Antirevisionismus zur wichtigsten Aufgabe der MLPD, die den Ausweg aus der kapitalistischen Gegenwart weisen will. Da die MLPD der Theorie der Supermächte anhängt und diese auf dem Tribunal ausdrücklich bekräftigt hat, sucht sie vor allem die schroffe Abgrenzung zur Sowjetunion. Wir wissen aus der Geschichte der KPD/AO und des KBW und damit aus eigener Erfahrung, daß das ein verhängnisvoller Fehler ist. Diejenigen, die ihn begehen, grenzen sich in einer entscheidenden Frage eben nicht in allererster Linie radikal von der eigenen Bourgeoisie ab, sondern von deren auserkorenem Gegner. Das trifft nicht zu? Warum dann fehlt die Kritik am Imperialismus der BRD im Entwurf zum Wahlprogramm fast vollständig und nimmt die Kritik an der Sowjetunion in Wahlkampf der MLPD solch großen Raum ein?

Wir können die Forderungen im Wahlprogramm der MLPD im großen und ganzen unterstützen, da sie wiedergegeben, an welchen Fronten der Widerstand gegen die Reaktion stattfindet. Weil und solange die MLPD die Abgrenzung gegen die herrschende Klasse nicht ins Zentrum ihres Wahlkampfes stellt, können wir ihre Kandidatur nicht unterstützen und ihre Wahl nicht empfehlen, da dies unvermeidlich als Zustimmung nicht zu den Forderungen, sondern zu den Irrtümern und Fehlern der MLPD verstanden wird. Wir schlagen der MLPD vor, daß sie sich an dem Kongreß "Das Eingreifen der revolutionären Sozialisten in die Frontbildung gegen Imperialismus und Reaktion" beteiligt und Beiträge dazu leistet. Davon hätten wir etwas und die MLPD ganz bestimmt auch. – (scc)

Protest gegen die DVU-Versammlung

Passau. Am 9.8.86 führt die Deutsche Volksunion (DVU) in Passau wieder ihr Jahrestreffen durch mit mehreren tausend Besuchern. Seit 1982 gibt es Widerstand gegen diese Treffen im wesentlichen von örtlichen Kräften organisiert, zum Teil unterstützt durch Einzelgewerkschaften. 1982 demonstrierten 200 gegen das DVU-Treffen, 1985 waren es 1000. Weder der DGB Passau noch Einzelgewerkschaften beteiligen sich dieses Jahr offiziell an dem Aktionsbündnis. Bereits in den Jahren zuvor hat es von ihrer Seite Abgrenzungsbestrebungen gegenüber der DKP gegeben. Auf der Protestkundgebung am 9.8. wird ein Vertreter der VVN sprechen.

Die DVU hat etwa 14000 Mitglieder, ihre politischen Positionen sind denen der NPD ähnlich. Ihr Vorsitzender ist der Verleger Frey (Deutsche Nationalzeitung u.a.). Sie selbst nimmt nicht an den Wahlen teil, ruft aber zur Wahl der CDU/CSU auf und unterstützt "kritisch" deren Politik. Auch dieses Jahr wird sie der CSU von rechts Schützenhilfe bieten für die Stärkung rechtsradikaler Positionen. – (uth)

Veranstaltung zu 35 Jahre FDJ-Verbot

München. Die Initiativen zur Vereinigung der revolutionären Jugend haben am 12. und 13.7.1986 in Frankfurt und in München zu Veranstaltungen anlässlich des 35. Jahrestages des FDJ-Verbotes aufgerufen. Die Veranstaltung in Frankfurt hat ohne jegliches Eingreifen der Polizei durchgeführt werden können. Die Veranstaltung in München ist nicht so glimpflich verlaufen. Die Staatsmacht hat die Veranstalter an dieses immer noch aktuelle FDJ-Verbot damit erinnert, daß rund 60 Teilnehmer vorübergehend festgenommen wurden. Wer gedacht hat, daß die Erinnerung an das äußere Erscheinungsbild dieser vor 35 Jahren verbotenen Organisation heute nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird, ist von der Polizei aufgeklärt worden. Die FDJ ist vor 35 Jahren von der Adenauer-Regierung verboten und zum Feind der BRD erklärt worden, um ungestört die Politik der Wiederaufrüstung und Militarisierung weitertreiben zu können. In einer Presseerklärung schreiben die Veranstalter: "Wie immer man der verbotenen FDJ gegenüberstehen mag, eins ist für jeden Demokraten und friedliebenden Menschen offensichtlich: 'Wo der organisierte Frieden verboten ist, da sind der Abbau des Demonstrationsrechtes, der Einsatz von CS und Hartgummischrot, da ist der polizeiliche Todesschuß nicht weit.' Die Versammlungen haben deshalb die Aufhebung des FDJ-Verbotes gefordert." – (dil)



Am 12.7. endete in Düsseldorf eine von der Bauern- und Verbraucherinitiative Hamm organisierte dreitägige Trecker-Demonstration für die Stilllegung des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors in Hamm-Uentrop. An der Abschlußkundgebung beteiligten sich rund 1000 Menschen. In Essen (Bild) fand am Tag vorher eine Kundgebung gegen den Energiekonzern RWE statt. – (wof)

Protest gegen Berufsverbot im Schnellverfahren

Freiburg. Am 10.7. protestierten etwa 30 Leute, darunter ein MdL der Grünen, die Stadträtin der Friedensliste und der Bezirkssekretär der DPG, zusammen mit dem wegen Mitgliedschaft in der DKP (Vorwurf u.a.: Gemeinderatskandidatur, SDAJ-Lager in der DDR) seit 31.12.84 aus dem Postdienst entlassenen Briefträger Werner Siebler gegen die Absicht des Verwaltungsgerichts, diese Entlassung ohne mündliche Verhandlung abzusegnen. Das ist nach dem "Gerichtsentlastungsgesetz" in einfachen "Routinefällen" möglich. Bei Übergabe des Protestschreibens durch die Demonstranten erklärte der Richter, daß Siebler ja später in Berufung gehen könne, wenn ihm sein Urteil nicht passe und ließ vom Gerichtspräsidenten unter Drohung eines Polizeieinsatzes das Gebäude räumen. Über den Antrag, gegen die Absicht des Gerichts doch mündlich zu verhandeln, wurde noch nicht entschieden; ein Ablehnungsantrag wegen Befangenheit ist angekündigt. – (kuh)

Flüchtlingsrat gegründet

Braunschweig. Auf Einladung von "amnesty international" trafen sich am 21.6.86 ca. 50 Personen zur Gründung eines Flüchtlingsrates. Von den Anwesenden waren etwa zwei Drittel Deutsche und ein Drittel Ausländer. Auch vertreten waren solche in staatlichen Funktionen, wie z.B. Heimleiter oder Sozialarbeiter in Asylantenheimen, die mit der Behandlung der Asylbewerber nicht einverstanden sind.

Die Versammlung verabschiedete eine Erklärung, die die Unterdrückung der Asylbewerber sowie überhaupt die Unterdrückung der Ausländer in den Zusammenhang der Verschärfung der

Lage für große Teile der Bevölkerung in Westdeutschland stellt. Gefordert werden unter anderem Freizügigkeit, Arbeitsmöglichkeiten, ausreichende finanzielle Absicherung für Flüchtlinge, Förderung der Selbstorganisation der Flüchtlinge. Überörtliche Zusammenarbeit soll organisiert werden. – (jus/hah)

Erneut Terror gegen Ausländer in Dortmund

Dortmund. Durch eine Explosion und einen Brand wurde am 13.7. in Dortmund ein türkisches Lebensmittelgeschäft verwüstet. Bereits vor einem halben Jahr wurde dasselbe Geschäft durch Brandstiftung zerstört. Die Polizei, die einen Verdächtigen festnahm, verbreitete die Version eines zündelnden Einbrechers. Vieles spricht gegen diese Darstellung. So haben ausländerfeindliche Aktionen der Faschisten in letzter Zeit stark zugenommen. U.a. in der Gegend, in der der Laden liegt, verbreitete die "BI Ausländerstoppp", deren Adresse identisch ist mit der der NPD-Zentrale in Bochum, Flugblätter. Am 14.7. gab eine schnell gebildete Aktionseinheit aus Grünen, KPD, Volksfront, BWK und Buchläden Taranta Babu ein Flugblatt heraus, in dem die Ausländerpolitik der Bundesregierung als der Nährboden für solche Anschläge bezeichnet und ein Verbot aller faschistischen Organisationen gefordert wird. Dariüberhinaus wurden ein Spendenkonto (Dresdner Bank Dortmund, Kto. 8153220000, Stichwort: Brandanschlag) eingerichtet und Informationsstände vor dem ausgebrannten Laden durchgeführt. Der DGB rief in einer Erklärung zu einem verstärkten Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit auf. Der Rat der Stadt lehnte eine Befassung mit einem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zu dem Anschlag ab: Man könne sich nicht mit jedem Einzelfall beschäftigen. – (Mak)

Bürgerschaftswahl

Faschistische Gruppen mobilisieren zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg

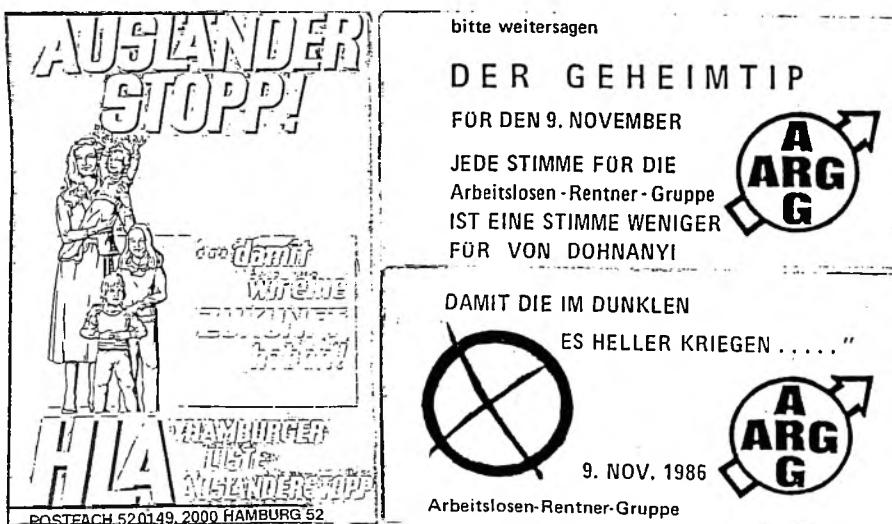
Hamburg. Auffallend ist, daß sich viele Organisationen, von reaktionären bis hin zu offen faschistischen Gruppen, zu den Bürgerschaftswahlen am 9. November angemeldet haben. Die Kandidatur aller dieser Organisationen schafft einen fließenden Übergang vom konservativen zum offen faschistischen Lager und trägt so dazu bei, Verbindungen zwischen diesen Lagern zu festigen. Zu den Organisationen gehören: "Freisoziale Union" (FSU), "Aktion soziale Gemeinschaft" (ASG), "Bürgerpartei, Partei der Steuerzahler", "Europäische Föderalistische Partei" (EFP) und "Hamburger Liste für Ausländerstopp" (HLA). Neu in Hamburg bewerben sich die "Republikaner", die "Freiheitlich-Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) und die "Arbeitslosen-Rentner-Gruppe" (ARG).

del. Kardel war Oberleutnant der Hitlerwehrmacht und ist Träger des Ritterkreuzes. Die ARG sammelt besonders vor dem Arbeitsamt Unterschriften für ihre Kandidatur und wendet sich auch an Arbeitsloseninitiativen.

In einer Broschüre, die die ARG verbreibt, schreibt sie nie von sozialen Interessen oder Klassengegensätzen, sondern nur von denen da oben und denen da unten. Die ARG bezieht sich demagogisch auf Widersprüche, die jeder Lohnabhängige erfährt, z.B. die steigenden Gebühren, Kürzung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe usw. und dreht die Kritik dann so, daß dabei die "Volksgemeinschaft" propagiert wird. Die ARG stellt z.B. fest, daß Dohnanyi seinen Nachwuchs auf eine Privatschule schicken kann, während die Mitbürger in anderen Verhältnissen

presse, ebenso wie Dohnanyi, "USAusgerichtete Volksverdummung" und "amerikanische Umerziehung" vor. "Mit dem Springer-Fernsehen kommt die nordamerikanische Droge aus bundesdeutschem Kabel". Sie propagiert dabei Antiamerikanismus und unterschwellig christlich-abendländischen Kulturdunkel. Einerseits rechtfertigt die ARG den Faschismus: "Wer hat den Namen Auschwitz denn im Kriege überhaupt gehört?", und andererseits stellt sie sich als antifaschistisch hin. So erwidert der Broschüre-Schreiber Kardel auf eine wirkliche oder angebliche Bemerkung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Voscherau an Kritiker – "Sie regen sich zu früh auf, die Pershing sind ja noch gar nicht da" – in der Pose des Pershing-Gegners und Antifaschisten: "Warum eigentlich hatten sich einige über Hitler erregt, als seine Panzer 'noch gar nicht da' waren?" Dies sind nur einige Beispiele, wie die ARG demagogisch faschistisches Gedankengut verbreitet.

Die Volksfront hat inzwischen ein Flugblatt erstellt, um die reaktionäre und faschistische Propaganda der ARG aufzuzeigen und dagegen zu mobilisieren. Verschiedene antifaschistische Gruppen planen ein gemeinsames Vorgehen gegen die Propaganda und Wahlbeteiligung von faschistischen Gruppen. Neben der Verbreitung von Flugblättern planen sie eine Veranstaltung zu der Forderung "Verbot aller faschistischen Parteien". – (hep)



Diese Aufkleber werden zur Zeit breit in Hamburg von den Faschisten geklebt. Besonders die ARG klebt ihre "neutralen" Aufkleber in jedem Stadtteil.

Bekannt oder nachweisbar faschistische Gruppen sind die FAP, HLA und die ARG. Die HLA verbreitet in hoher Auflage verschiedene Flugblätter, deren Schwerpunkt die Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus ist. Die FAP ist eine Nachfolgeorganisation der verbotenen faschistischen ANS/NA. Bisher sammelt die FAP noch keine Unterschriften. Mit Aufklebern z.B. gegen Tierversuche versucht sie, Einfluß im grünen Spektrum zu erhalten.

Die NPD kandidiert nicht zu den Bürgerschaftswahlen und sammelt bereits jetzt für die Bundestagswahl im nächsten Jahr Unterschriften.

Die ARG ist eine Nachfolgegruppe der "Aktion Bürger Recht", die eng mit der NPD zusammenarbeitete. Vertreter der ARG ist Hennecke Kar-

leben müßten, und benutzt dieses dazu, gegen Arbeiterkinder ausländischer Nationalität zu hetzen: "laß sie doch in der Ecke zu Dritt neben 27 kleinen Türken, die noch kein Wort deutsch sprechen, das ABC erlernen". – Wenn das kein Rassismus ist! Die ARG-Broschüre greift an, daß viel Geld für "unnütze" Dinge ausgegeben werde, z.B. für "die neue Kulturschande des Hrdlicka am Dammtorbahnhof". Gemeint ist das antifaschistische Denkmal, das letztes Jahr als Gedenkmal gegen den Kriegsklotz ("Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen") errichtet wurde. Auch die faschistische "Konservative Aktion" schrieb bei der Aufstellung des Gedenkmals von Kulturschande und Verschleuderung von Steuer-geldern. Die ARG wirft der Springer-

Nds. Regierungserklärung Albrecht-Politik erhält Verstärkung

Hannover. Drei Wochen nach der Landtagswahl steht die CDU/FDP-Landesregierung fest. Die FDP stellt dabei den Wirtschafts- und den Bundesratsminister. Die als militante Marktwirtschaftlerin bekannte Ex-Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) wechselt auf den Sessel des Finanzministers. Damit werden Wirtschafts- und Finanzressort von zwei Leuten besetzt, die sich landauf, landab damit rühmen, für eine bessere Ertragslage der Kapitalisten zu streiten. Schon vorher, auf dem FDP-Parteitag in Goslar, erklärte der Landesvorsitzende Jürgens: "Hauptaufgabe der Liberalen werde eine massive Verstärkung der Mittelstandspolitik sein. Die Wirtschaft müsse wieder durchatmen können. Dies müsse unter anderem über die Steuerpolitik und eine mittelfristige Senkung der Lohnnebenkosten erreicht werden." Zur Steuerpolitik heißt es dann auch in der Regierungserklärung: "Dabei wollen wir neben der Tarifkorrektur gerade im Interesse mittlerer Einkommen u.a. die steuerliche Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns. Wir streben

an, die Gewerbesteuer abzuschaffen, wenn gewährleistet ist, daß die Gemeinden einen angemessenen finanziellen Ausgleich erhalten und ein eigenes Heberecht behalten. All diese Maßnahmen dienen der Entlastung der Wirtschaft von zu hohen Steuern." In der Regierungserklärung wird an anderer Stelle auf über zwei Milliarden Einnahmeverluste des Landes Niedersachsen hingewiesen, die nicht voll durch Neuverschuldung abgedeckt werden sollen, somit wird man wieder bei Ausgaben für Kommunales und Soziales zum "Sparen" landen. Was die Sozialpolitik angeht, stellt Albrecht gleich zu Anfang der Erklärung unmissverständlich fest: "Beide Parteien gehen vom Leitbild des eigenverantwortlichen Menschen und vom Subsidiaritätsprinzip aus..."

Natürlich muß es auch ein neues Polizeigesetz geben, welches laut FDP u.a. "gesetzliche Grundlagen für die Verwendung von V-Leuten der Polizei schaffen soll". Die SPD hat nach der Regierungserklärung ihre zukünftige radikale Opposition damit demonstriert, daß sie für die Verkleinerung der parlamentarischen Kontrollkommission über den Verfassungsschutz stimmt. Der besteht jetzt aus zwei CDU-, zwei SPD- und einem FDP-Abgeordneten (vorher drei CDU, drei SPD) und eben von Staats wegen keinem von der Grünen-Landtagsfraktion. – (hah)

Beamtenrecht

Entlassung des Lehrers Ulrich Foltz

Freiburg. Am 25. April 1986 hat die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts Neustadt an der Weinstraße die Klage des Kaiserslauterner Lehrers Ulrich Foltz gegen seine zum 9.11.84 von der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz verfügte Entlassung aus dem Beamtenverhältnis zur Probe abgelehnt. Der Gerichtsentscheid wurde den Anwälten von Foltz erst am 2. Juni 1986 zugestellt, wohl um zu verhindern, daß sein Fall vor der internationalen Konferenz gegen Berufsverbote am 24./25. Mai verhandelt wird.

Das Verwaltungsgericht Neustadt übernahm ohne mündliche Verhandlung kommentarlos die Entscheidung des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 27.11.85, nachdem die Kammer in Neustadt am 4.10.85 die aufschiebende Wirkung der Klage von Foltz wiederhergestellt hatte, da "ein solch besonderes öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung" nicht ersichtlich und abhängig von der Einschätzung der politischen Zielsetzungen der Deutschen Friedens-Union (DFU) sei.

Ulrich Foltz wurde in der Entlas-

sungsbegründung der Bezirksregierung mangelnde Verfassungstreue vorgeworfen wegen langjähriger Mitgliedschaft in der DFU, seiner Tätigkeit als stellvertretender Landesvorsitzender und seiner Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. In den Anhörungen vom 8.4.81 und 2.5.83 wurden weitere "Erkenntnisse" erpreßt, die deutlich machten, daß er "zur politischen Zusammenarbeit mit Kommunisten bereit ist und zur Erreichung bestimmter Ziele (z.B. zur 'Verhinderung der Raketenstationierung') dem 'außerparlamentarischen Kampf' gegenüber der durch die Parlamentsparteien verantworteten Politik einen Vorrang einräumt". Ausführlich wird auf die "ideologische Nähe" der DFU zur DPK hingewiesen und die Möglichkeit der Anwendung des KPD-Urteils:

"Das Bundesverwaltungsgericht sieht im sogenannten Mannheimer Programm vom 21.10.78 das entscheidende Fundament für die politische Zielsetzung der DPK. Demnach sind die inhaltlichen politischen Bestrebungen der früheren KPD und der heutigen DPK identisch, so daß die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts im sog. KPD-Urteil vom 17.8.1956 auch für die DPK zutreffen." Übereinstimmungen zwischen DFU und DPK werden konstruiert aus der gemeinsamen Verwendung der Begriffe "sozialistische Umwälzung", "Herrschaft bzw. Macht der Arbeiterklasse", der Bezeichnung der bestehenden Wirtschaftsordnung unter dem Gesichtspunkt der Ausbeutung und der gemeinsamen Forderung einer Bildungspolitik unter Ausgrenzung von "Antikommunismus und Revanchismus, Militarismus und Neonazismus".

Über diese Entlassungsgründe hinaus hat das Oberverwaltungsgericht am 27.11.85 festgestellt, daß eine Distanzierung und ein grundsätzliches Infragestellen dieser Ordnung "bereits in einer Beschreibung der Verfassungswirklichkeit" läge. – (c., BipOK)

Tarifauseinandersetzung

Großhandel NRW Streiks gegen Flexibilisierung

Köln. Bereits am 15. Mai erklärte die Große Tarifkommission der HBV nach sieben Verhandlungsstunden und 15 Warnstreiks die Verhandlungen für die 260000 Beschäftigten im Groß- und Außenhandel NRW für gescheitert und beantragte mit folgender Erklärung Urabstimmung in Schwerpunktbetrieben: "Arbeitgeber: Neue Umschreibung für ihre alte Forderung 10-Stunden-Tag + 6-Tage-Woche = 60 Stunden-Woche. Mit dieser Arbeits-

zeitflexibilisierung wollen die Arbeitgeber die Arbeitsplatzsicherung durch Arbeitszeitverkürzung unterlaufen." Eine Schlichtungsverhandlung am 6.6. unter Vorsitz des Landeschlächters Peter Kraft scheiterte. Bei Urabstimmung in 20 Betrieben stimmten 86-95% der Beschäftigten für Streiks. Seitdem wird in wechselnden Betrieben gestreikt, alle bisherigen Verhandlungen sind gescheitert.

Unbedingt wollen die Großhandelskapitalisten den Lohn der Beschäftigten drücken und völlige Flexibilisierung durchsetzen. Ihre Forderungen im Einzelnen:



Streikende bei Hageda in Mühlheim

3,8% mehr Gehalt oder Lohn für 24 Monate.

38,5 Stunden mit abweichender Verteilung bis zu 10 Stunden täglich und 60 Stunden Wochenarbeitszeit.

Keine Überstundenzuschläge bis zu 45 Stunden.

Kein tarifliches Weihnachtsgeld.

Keine Absicherung der Teilzeitarbeiter.

Keine gleichen Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte.

Die Große Tarifkommission der HBV erklärte demgegenüber:

Keine Anhebung für 1987 ist unmöglich.

38,5-Stunden-Woche verteilt auf 5 Tage in der Woche.

Überstundenbezahlung wie bisher.

Tarifliche Absicherung des Weihnachtsgeldes.

Mindestarbeitszeiten für Teilzeitschäftigte.

Absicherung der Arbeiter durch Verlängerung der Kündigungsfristen.

Damit ist sie in den Fragen der Lohnerhöhung zu offen. Insbesondere hat sie die Mindestforderung nach 120 DM völlig fallen lassen. Darüber hinaus bietet sie den Kapitalisten Offenheit in der Ausdehnung der Samstagsarbeit und Flexibilisierung, da sie nicht am 8-Stunden-Tag und der Verteilung der Arbeitszeit auf die 5 Wochentage Montags bis Freitags festhält. – (ull)

Kultur- und Kommunikationszentrum

CDU spricht von "krimineller Vereinigung", um sie mittels Polizeiterror zu unterdrücken

Paderborn. Zur Zeit versucht die Stadt gemeinsam mit der Polizei, das KuKoZ (Kultur- und Kommunikationszentrum) zu kriminalisieren, zu isolieren und "beiseite zu schaffen". Das KuKoZ hatte 1982 Privaträume angemietet, deren Pacht mit Nebenkosten ca. 6000 DM monatlich betrug. Im Laufe der Jahre geriet das Gebäude unter Zwangsverwaltung. Eigentümerin ist nun die Sparkasse. Sie will das Gebäude abreißen und dort Eigentumswohnungen mit Geschäften bauen lassen. Die Forderungen nach Übernahme der Pacht- und Nebenkosten durch die Stadt wurde zwar die ganze Zeit über aufrecht erhalten, aber nie erfüllt. Die einzige finanzielle Unterstützung durch die Stadt war

nommen. Gegen 23 Uhr stürmte die Polizei mit Hunden die Mauer vor dem KuKoZ und umzingelte das Gebäude. Dabei wurde ein KuKoZ-Mitarbeiter gebissen, mehrere andere bekamen Knüppel zu spüren. Für einige Zeit kam niemand mehr rein – wie auch schon am Abend zuvor. Gegen 2 Uhr drohten die Polizisten, das Gebäude zu "räumen", wovon sie aber absahen.

In den darauffolgenden Tagen wurde versucht, zumindest ein Büro zu finden. Die Stadt Paderborn, die in der Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses (JWA) vom 30.4. den Auftrag bekommen hatte, geeignete Räume zu suchen (vom Land, das das KuKoZ für förderungswürdig hält, hat sie bereits Geld dafür bekommen), verweigerte

tags werden willkürlich insgesamt 18 Menschen nach der gescheiterten Besetzung der "Brauereivilla" vorläufig festgenommen, ein Pkw "entführt", bei einem anderen von den Polizisten die Scheibe zertrümmert. Die Klingeln in den Zellen werden abgestellt; die Gefangenen sind gezwungen, auf dem kalten Betonfußboden zu nächtigen, da die Polizei z.B. überhaupt keine Matratzen oder Decken rausrückt. Ein Telefonat mit einem Anwalt wurde allen Festgenommenen verwehrt, dafür wurden alle ED-behandelt. Wie sich später herausstellte, wird den Einzelnen unterschiedlich Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Widerstand oder Beleidigung vorgeworfen. Bis zum Mittag des nächsten Tages sind alle wieder frei.

Bei der Ratssitzung an diesem Tag wurde – bei der CDU-Mehrheit im Rat problemlos – dem JWA empfohlen, dem KuKoZ keine Gelder mehr zur Verfügung zu stellen und auch keine Räumlichkeiten mehr zu suchen. Die klare, harte Linie, die die Stadt Paderborn gegen das KuKoZ fährt, wurde hier nochmal ein Stück deutlicher. Rieping, CDU-Fraktionsvorsitzender, ist der Auffassung, daß das KuKoZ die Randgruppen erst heranzüchtet. Ohne KuKoZ gäbe es demnach keine Randgruppen. Also ist für ihn die Lösung: Weg mit dem KuKoZ – weg mit den Randgruppen.

Das "Westfälische Volksblatt" hetzt mit der Frage "Kulturzentrum oder kriminelle Vereinigung?". Dabei führt sie die Intoleranz "der KuKoZler auf", die nicht davor zurückschrecken, ein Konzert der Paderborner Polizei zu stören. Nicht gesagt wird, daß nach der Störung wieder massenhaft Personalienüberprüfungen stattfanden und ein Mensch eine Nacht auf dem Polizeipräsidium verbringen mußte, weil er ein "stadtbekannter Krawallmacher und Randalierer" sei.

Der JWA stimmte in seiner Sitzung einer Überprüfung der Förderungswürdigkeit des KuKoZ zu. Die Betonköpfigkeit der CDUler veranlaßte einige JWA-Mitglieder (SPD und GRÜNE), ihren Rücktritt zu erklären.

Am 28.6.86 nahmen ca. 200 Menschen an einer "Spaßdemo" teil, die auch an der CDU-Kreisstelle vorbeiführte. Dort geht eine Scheibe zu Bruch. Vor dem Rathaus versuchten die Polizisten, den mutmaßlichen "Steinewerfer" zu verhaften, wobei dieser einen epileptischen Anfall erleidet. Mitdemonstranten werden an der Hilfeleistung brutal gehindert.

Das ist das vorläufige Ende der letzten Ereignisse in Paderborn. Klar aber ist, daß der Kampf für ein selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum weiter geht, damit der Vereinzelung entgegengewirkt und ein selbstbestimmtes Leben, Feiern und Kämpfen erreicht wird. – (x/r)



ein jährlicher "Kulturzuschuß" von 20000 DM.

Aus finanziellen Gründen war das KuKoZ gezwungen, zum 31.5.86 auszuziehen. Am 28.5. fand das letzte Punktkonzert statt. Schon vorher wurden 24 Menschen festgenommen – und erst nach dem Konzert wieder entlassen. Ein großes Polizeiaufgebot kennzeichnete das Stadtbild. Am 30.5. verschleppte das SEK grundlos gegen 23 Uhr fast 50 Menschen auf die Wache, die ED-(erkennungsdienstlich) behandelt und im Laufe des nächsten Tages wieder freigelassen wurden. In der Nacht gingen bei drei Sparkassenfilialen Scheiben zu Bruch.

Am 31.5. war Abschlußfete des KuKoZ. Am frühen Abend wurden ca. 15 bis zum nächsten Vormittag festge-

auch Übergangsmöglichkeiten. – Herrn Bartha, Beigeordneter der Stadt für Jugendfragen, wurde kostenlos die Villa verschönert.

Der 14.6.86 – das ehemalige Polizeigebäude wird besetzt. Es gehört dem Land NRW, das dort die Finanzbehörde Paderborn ansiedeln will. Die Polizei wurde von dieser Besetzung überrascht. Die GdP-Kreisgruppe feierte zeitgleich ihr Sommerfest. – Am gleichen Abend stieg eine Fete, an den darauffolgenden Tagen wurde ein Film gezeigt, eine Band spielte, ein Info-Abend zur Hausbesetzung fand statt. Es gab gleichzeitig Verhandlungen mit dem Land NRW, Posse (Finanz) und Zöpel (Bau). Strafantrag wird gestellt, am 18.6., 16 Uhr, soll Räumung sein. Im Laufe des Nachmit-

Hoffmann-Prozeß

Freispruch von der Mordanklage

Nürnberg. Am 30. Juni verurteilte die 3. Große Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth den erklärten Faschisten K.H. Hoffmann wegen Fälschung von Dollarnoten, unerlaubtem Waffen- und Sprengstoffbesitz sowie Freiheitsberaubung und gefährlicher Körperverletzung ehemaliger Wehrsportgruppenmitglieder zu neunehalf Jahren Haft. Von der Anklage der Anstiftung eines Anhängers zum Doppelmord an dem jüdischen Verleger und Vorsitzenden der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg/Fürth Levin und dessen Lebensgefährtin 1980 wurde er mangels "ausreichender Beweise" freigesprochen.

Abgesehen davon, daß für das Strafgesetzbuch der BRD faschistische Be-tätigung kein Unrecht darstellt, bleibt festzuhalten, daß der Vorwurf des Urteils nicht darin besteht, eine neonazistische Wehrsportgruppe aufgebaut zu haben, sondern darin, mit welchen Methoden dies geschah. "Er hat sich in brutaler Weise zum 'Gerichtsherrn' seiner Getreuen aufgeschwungen", kommentieren die Nürnberger Nachrichten. Eine Funktion, die der BRD-Staat ausschließlich für sich selbst in Anspruch nimmt. Die Zeitung hebt weiterhin hervor, daß es sich um einen "fairen Prozeß" gehandelt habe, denn "der Rechtsstaat sei ein hohes Gut". Diese Bewertung bezieht sich vor allem auf den Freispruch von der Mordanklage. Dabei muß daran erinnert werden, daß es gerade die in der antifaschistischen Presse immer wieder kritisierte Ermittlungstätigkeit der Justiz war, die die "brüchige Indizienkette" und die "unglaubwürdigen Belastungszeugen" schuf, um einen Freispruch zu ermöglichen: Obwohl bereits 1980 konkrete Hinweise auf eine Beteiligung der WSG vorlagen, wurde die Anklage erst am 8.2.1984 zur Hauptverhandlung zugelassen; Angaben, die auf eine Zeugenbedrohung schließen ließen, ging die Kammer erst gar nicht nach u.v.a.m. Maßgeblich war letztlich, daß das Gericht, nachdem es zuvor stundenlange antisemitische Hetziraden Hoffmanns über die "Judenfrage" zugelas-sen hatte, kein "Mordmotiv erkennen konnte". Fürwahr ein "fairer Prozeß", dessen Ergebnis vor allem Maßstäbe setzt in Sachen Deckung und Förderung von Faschisten durch die Justiz.

Bis zum Verbot der WSG 1980 waren die Wehrsportaktivitäten von der Bayerischen Staatsregierung immer ausdrücklich als legal bezeichnet worden. Als im Herbst 1980 das WSG-Mitglied Köhler eine Woche vor der Bundestagswahl den Oktoberfestanschlag verübte, versuchten Strauß und die CSU dies im Wahlkampf zu verwenden



Hoffmanns Anwälte und die Staatsanwaltschaft haben Revision eingelebt.

("Terrorismus"). Hinweise, die eine Verbindung Köhlers zu Hoffmann vermuten lassen, wurden gezielt unterdrückt. Das LKA schloß bereits ein halbes Jahr später die Ermittlungen unter Bezugnahme auf die "Einzelätertheorie" ab. Die angeblichen Selbstmorde zweier Ansbacher Polizeibeamten im Juni dieses Jahres haben die Mutmaßungen über weitere Verbindungen der WSG zur CSU verstärkt: Kontakte nämlich zum Polizeiapparat, insbesondere hohen Polizeioffizieren. Die verstorbenen Beamten hätten in einem Verleumdungsprozeß aussagen sollen, in dessen Mittelpunkt angebliche Schiebereien von Munition aus Polizeibeständen an die WSG stehen. — (ola)

Wohnamtsskandal

Stuttgarter Wohnungsamt verschärft Vergabepraxis

Stuttgart. Anfang des Jahres hatte die "Stuttgarter Kannaken-Zeitung" Bestechungsfälle im Stuttgarter Wohnungsamt bei der Vergabe von Sozialwohnungen an Ausländer enthüllt. Nachdem dann im Mai ein Mitarbeiter des Amtes gestanden hatte, in 15 Fällen Bestechungsgelder bis zu 500 DM genommen zu haben, gab die Stadtverwaltung "Maßnahmen und Organisationsänderungen im Bereich Wohnungsvergabe im Amt für Wohnungswesen" bekannt. Diese waren ohnehin geplant und bedeuten ausnahmslos eine Verschärfung der Vergabepraxis, insbesondere auch gegenüber den ausländischen Einwohnern.

Die "Notfallkartei" soll in Zukunft elektronisch gespeichert und ein "computergestütztes Verfahren zur Vorbereitung der Vergabebeschreibungen" soll entwickelt werden. Dies wird die Erfassung und Speicherung personenbezogener Daten z.B. über Einkommens-, Familien- und bisherige Wohnverhältnisse zur Folge haben. Für Ausländer hat diese Maßnahme

besonders gravierende Auswirkungen. Da erklärtermaßen ein Datenaustausch mit anderen Ämtern stattfinden soll, ist dieser auch mit der Ausländerbehörde wahrscheinlich. Die Ermittlung von Ausweisungstatbeständen, z.B. wegen unzureichender Wohnraumgröße, Bezug von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe würde erheblich erleichtert.

Es soll ein Punktesystem für die Wohnungsvergabe eingeführt werden, um zu einem "künftig differenzierten Aufnahme- und Vergabeverfahren" zu kommen. So sollen z.B. "Gebietswünsche abgefragt und bei Vergabeentscheidungen stärker berücksichtigt" werden. Hierzu muß man wissen, daß für das Stuttgarter Wohnungsamt als verbindlich gilt, an Ausländer keine Wohnungen zu vergeben, die in Wohngebieten mit hohem Ausländeranteil liegen. Diese diskriminierende Praxis wird mit dem EDV-Verfahren überhaupt erst kontrollierbar gemacht.

Mit verschiedenen innerorganisatorischen Maßnahmen wird das Vergabeverfahren weiter bürokratisiert und damit auch die Schikanierung der Antragsteller ausgeweitet. Die Bescheinigung der Wohnberechtigung, die Entscheidung über die Aufnahme in die Notfallkartei und die Erarbeitung von Vergabevorschlägen werden künftig in drei verschiedene Bearbeitungsvorgänge aufgeteilt, wofür ein jeweils anderer Sachbearbeiter zuständig ist. Diese müssen allesamt persönlich aufgesucht werden. Wenn die demütigende Tortur langer Wartezeiten und endloser Ausfragerie nicht viele davon abhält, überhaupt eine Wohnberechtigung zu beantragen, so werden zumindest Ausnahmentscheidungen auf Grundlage der Würdigung der Gesamtumstände auf diese Weise ausgeschlossen. Die besonderen Schwierigkeiten z.B. für Ausländer, in Stuttgart eine Wohnung zu finden, werden kaum berücksichtigt werden. — (rac)



Die Wartezeiten beim Stuttgarter Wohnungsamt werden noch länger.

Sozialer Wohnungsbau

Bis 1995: Nur halb so viele Sozialwohnungen in der Stadt Hannover – jedoch doppelt so teuer

Hannover. Die Aufgabe des sozialen Wohnungsbaus sollte sein, daß den unteren Einkommensklassen eine gute, den Reproduktionsnotwendigkeiten gerecht werdende Wohnung zur Verfügung gestellt wird, die das Nettoeinkommen nur in erträglichem Ausmaß belastet. Im folgenden soll die Lage auf dem Markt des sozialen Wohnungsbaus, einschließlich einer Prognose bis zum Jahr 2000, untersucht werden. Die Betrachtung beschränkt sich auf die Stadt Hannover.

Bei Einkommen unter 1800 DM ...

Wie groß die Notwendigkeit preiswerten Wohnraums in der Stadt Hannover ist, macht die Tatsache deutlich, daß 1985 33,2 % der Haushalte ein Nettoeinkommen von unter 1800 DM hatte. Die Tendenz, daß sich die Anzahl der Haushalte mit niedrigen Einkommen immer mehr verstärkt, wird aus der Entwicklung der letzten Jahre deutlich. So hat in den Jahren 1978 bis 1983 die Summe der Haushalte mit Nettoeinkommen unter 1200 DM um 2,1 %, der Haushalte mit Nettoeinkommen zwischen 1200 DM und 1600 DM um 3,5 % und der Haushalte mit Einkommen zwischen 1600 DM und 2500 DM um 2,6 % zugenommen. Alle Zahlen sind inflationsbereinigt und sind auf 1983 bezogen. Die Belegung der darüber liegenden Einkommensklassen hat abgenommen. Bereits im Jahr 1981 hatten 10,9 % aller Haushalte in der Stadt Hannover weniger als 1200 DM zur Verfügung. Im Jahr 1978 waren dies "nur" 9,5 % gewesen. Die große Mehrzahl aller Haushalte (zwei Drittel liegen unter 2500 DM) in Hannover ist von den deutlich über der allgemeinen Preisteigerungsrate liegenden Mietpreisseigerung im Altbau (1980 auf 1984: 23,4 %) und bei den Sozialwohnungen (1980 bis 1984: 22,3 %) besonders betroffen.

... großer Wohnungs- mangel ...

Bereits heute gibt es bei dem Bestand aller Mietwohnungen gerade im Bereich der preiswerteren Wohnungen eine ganz erhebliche Unterversorgung. So haben nur 8–10 % aller Mietwohnungen eine Kaltmiete von unter 5,50 DM pro qm. Bei einer 90 qm-Wohnung dieser "besonders günstigen" 5,50 DM-Klasse würde das für eine Familie mit 1800 DM bereits eine Warmmietbelastung (inkl. Wassergeld und Heizung) von ca. 35 % des Nettolohns bedeuten. Doch diese Sozialwohnungen sind rar: Den 8 bis 10 % stehen 33,2 % der hannoverschen Haushalte mit einem Monatsbudget

von unter 1800 DM gegenüber. Auch die Kaltmietwohnungen bis 6,50 DM pro qm sind noch deutlich in der Minderzahl: nur 22 % aller Mietwohnungen.

Ein größeres Angebotskontingent im Bereich der preiswerteren Wohnungen bietet, für sich allein betrachtet, der soziale Wohnungsbau. In diesem Teilmarkt des Wohnungsmarktes (Stadt Hannover 43997 Wohnungen im Jahr 1985) haben 54,7 % aller Wohnungen einen Kaltmietpreis bis 6,00 DM pro qm. Den größten Preisvorteil von Sozialwohnungen gegenüber frei finanzierten Wohnungen haben die älteren Sozialwohnungen:

Baujahr	48-60	61-67	ab 67
Ofenhzg.	2,61 DM	0,90 DM	
Sammelhzg.	1,96 DM	1,30 DM	1,21 DM

Die Mieten von Sozialwohnungen liegen also zwischen 0,90 DM und 2,62 DM pro qm unter vergleichbaren Wohnungen des freien Wohnungsmarktes. Wie ferner zu erkennen ist, sind es gerade die älteren Sozialwohnungen, die gegenüber dem restlichen Wohnungsmarkt einen größeren Preisvorteil haben. Dies ist darauf zurückzuführen, daß (wie oben bereits ausgeführt) gerade bei den preiswerten, älteren Wohnungen auf Grund der Einkommensverteilung der hannoverschen Haushalte ein extremer Mangel herrscht. Da die Sozialmieten an die jeweiligen Kostenmieten gebunden sind, können die Vermieter hier keine höheren Mieten durchsetzen. Anders bei den freien Vermietungen. Hier nutzen die Hausbesitzer die Verknappung aus und vermieten schlechte Wohnqualität zu hohen Preisen. So sind z.B. Wohnungen mit einer Kostenmiete von 5,20 DM auf dem freien Wohnungsmarkt für 7,50 DM ohne Schwierigkeiten vermietbar.

... mit stark steigender Tendenz.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt im Bereich der preiswerteren Wohnungen wird sich in den nächsten zehn Jahren noch erheblich verschlechtern. 46,2 % der Sozialwohnungen der Stadt Hannover sind aus den Jahren 1948 bis 1960. Knapp 40 % dieser Wohnungen sind im Besitz privater, nicht gemeinnütziger Eigentümer. Diese Eigentumsverhältnisse haben eine große Bedeutung, da in ca. zehn Jahren bei fast allen dieser Baujahre das Bindungsende bzw. die vorzeitige Rückzahlung der öffentlichen Baudarlehen erreicht sein wird. Wären alle diese Wohnungen im Besitz von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften bzw. Genossenschaften, wä-

re die Miete weiter an die Kostenmiete gebunden. Die 40 % privaten Hausbesitzer dieser ehemaligen Sozial-Mietwohnungen müssen sich hieran nicht halten. Die Durchschnittsmiete dieser Sozialwohnungen (Bauj. 1948 bis 1960) beträgt z.Z. 5,13 DM. Nach dem Bindungsende als Sozialwohnung kann der Vermieter, wenn der alte Mieter wohnen bleibt, die ortsübliche Vergleichsmiete von 6,11 DM verlangen. Kann der ehemalige Sozialmieter diese Miete nicht bezahlen und zieht aus, so kann der Hausbesitzer mit dem Nachmieter eine Miete frei vereinbaren, die im Schnitt bei 7,48 DM liegt. Es zeigt sich, daß die Mehrzahl der ehemaligen Sozialmietern bereits die ortsübliche Vergleichsmiete nicht mehr bezahlen kann, denn innerhalb der ersten fünf Jahre nach Auslaufen der Sozialbindung sind 60 % der alten Mieter ausgezogen. Auch unter der Berücksichtigung, daß über die Hälfte der Sozialwohnungen nach Beendigung der Sozialbindung modernisiert wird, wird deutlich, welch ein Profit die Hauseigentümer aus den Wohnungen nach Bindungsende herausschlagen.

Um die Entwicklungstendenzen bis zum Jahr 2000 darzustellen, soll das Schaubild benutzt werden. In der Stadt Hannover gab es im Jahr 1985 43997 Sozialwohnungen.

Restbestand wird unbezahlt

Diese Zahl wird sich durch Auslaufen der Sozialbindung und einen praktischen Stillstand im sozialen Wohnungsbau auf 41914 im Jahr 1990, auf 26098 im Jahr 1995 und auf 21217 im Jahr 2000 verringern. Das bedeutet, daß sich innerhalb von zehn Jahren der Bestand dieser Mietwohnungsart um knapp 41 % verringert haben wird! Mit dem Ausbluten des Sozialwohnungsbestandes geht einher ein explosionsartiges Ansteigen des Mietpreises innerhalb des Restbestandes der "Wohnungen für Einkommensschwache": Im Jahr 1985 betrug die qm-Durchschnittskaltmiete innerhalb des betrachteten Mietwohnungsmarktes 6,13 DM, 1990 wird er bereits 8,29 DM betragen, im Jahr 1995 wird er auf 14,17 DM gesprungen sein: D.h. innerhalb von zehn Jahren steigt die qm-Kaltmiete um 131,2 % im sozialen Wohnungsbau! Die Grundlage dieser Entwicklung ist: 63,5 % der Sozialwohnungen sind bis 1966 gebaut, es sind die preiswerteren Wohnungen innerhalb des Sozialwohnungsmarktes. Für den Großteil dieser Wohnungen läuft die Sozialbindung bis 1995 aus. Es verbleibt dann nur noch ein Teil, der neuere, wesentlich teurere Wohnungstyp auf dem Sozialwohnungsmarkt. Im folgenden sollen die Aussagen der CDU zum sozialen Wohnungsbau, ins-

besondere im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Herbst 1986, dargestellt werden. Da die CDU noch kein Kommunalwahlprogramm veröffentlicht hat, haben wir ihr "wohnungspolitisches Programm" (CDU-Bundesparteitag 3/1981) für die Betrachtung benutzt. Aussagen zu SPD und Grüne/GABL sind im unteren Kasten zu finden.

CDU: Gerechtigkeit durch Verteuerung ...

Große Auswirkungen auf die Anzahl der Sozialwohnungen hat die Forderung der CDU nach Abbau der Zinssubvention der bestehenden Sozialwohnungen gehabt (Umsetzung in Niedersachsen 4/82). Hierdurch ergab sich eine Erhöhung der Mieten und eine Verkürzung der Darlehenslaufzeiten und damit der Sozialbindung der Wohnungen, je nach Baujahrgang, zwischen fünf und zehn Jahren. Ein weiterer Effekt: Mit jetzt 8 % sind die öffentlichen Baudarlehen nicht mehr

günstiger als "freie" Kapitalmarktdarlehen. Für nicht gemeinnützige Eigentümer entsteht so ein großer Anreiz, die öffentlichen Baudarlehen vorzeitig zurückzuzahlen und so nach Bindungsende und Nachwirkungsfrist die bei älteren Sozialwohnungen gegenüber der Kostenmiete wesentlich höhere Vergleichsmiete dem ehemaligen Sozialmietern abzupressen.

Bei Betrachtung der Auswirkung der Zinserhöhung für öffentliche Baudarlehen ist es wirklich ein blander Hohn, wenn die CDU-Reaktion in o.a. Programm ausführt: "Bei den ältesten Förderungsjahrgängen führt die Erhöhung der Darlehenszinsen nur zu einem geringfügigen Ansteigen der ohnehin niedrigen Mieten ... Wenn die Mieten allmählich an den Markt herangeführt werden, lösen sich Fehlbelegungen, Unterbelegungen und Mietverzerrung von selbst. Dariüber hinaus wird die nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung unter den Wohnberechtigten beseitigt, von de-

nen nur ein Drittel eine Sozialwohnung hat."

... und Abschaffung der Gemeinnützigkeit.

Die Reaktion strebt jedoch die vollständige Liquidation des Gemeinnützigenrechts an: Eine von Stoltenberg eingesetzte Kommission hat sich für eine vollständige Abschaffung dieses Rechtes eingesetzt. Damit würde sich die Situation in Hannover in den nächsten Jahren noch einmal deutlich verschlechtern: Im Jahr 2000 sind 17061 Wohnungen gemeinnützig gebunden, das sind 29 % des hier untersuchten Teilbestandes. Nur die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften sind in der Lage, eine – wenn auch sehr begrenzte – Ersatzfunktion für die aus der Sozialbindung fallenden Wohnungen zu übernehmen.

Quellenhinweis: "Regionale Wohnungsmarktuntersuchung Großraum Hannover" des Zweckverbandes Großraum Hannover. – (fds)

Forderungen von SPD und GABL zur Kommunalwahl

Der CDU-Politik der Erhöhung der Zinsen für kommunale Baudarlehen direkt entgegengesetzt ist die Forderung des GABL-Kommunalwahlprogramms nach einseitiger Herabsetzung dieser Zinsen auf 1 % mit dem Ziel der Mietpreissenkung und der Verlängerung des Bindungszeitraumes. In dem SPD-Kommunalwahlprogramm wird weder im Text noch in den Forderungen dieser Problemkreis angesprochen.

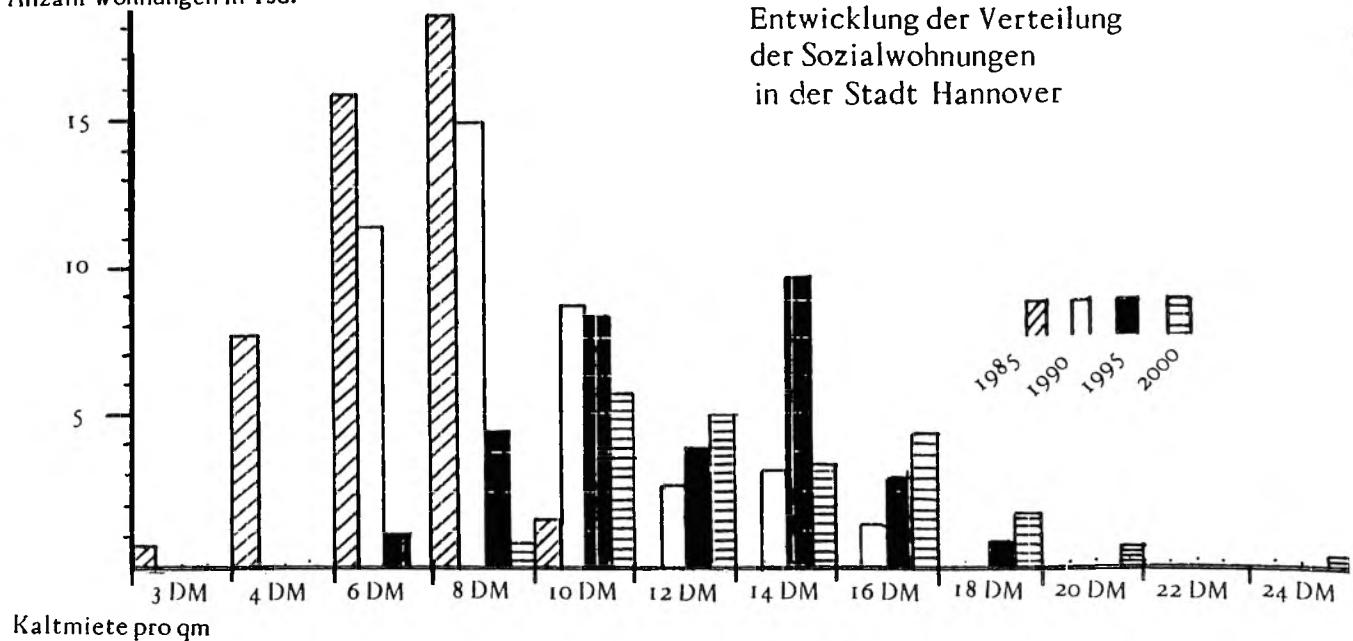
Eine Übereinstimmung in GABL- und SPD-Kommunalwahlprogramm ist die Forderung nach dem Aufbau von Genossenschaften. Während die SPD nur sehr allgemein eine "Wie-

derbelebung des Genossenschaftsgedankens" wünscht und absichtsvoll durch "Einbeziehung von Selbsthilfearbeiten der Nutzer und eine kostengünstige Verwaltung" kommunale Aufgaben auf die Mieter-/Besitzer-Genossenschaften abwälzen möchte, formuliert die GABL wenigstens bezüglich der Finanzierung der neu zu bildenden Genossenschaften konkreter. Sie ist für den Aufbau eines kommunalen Interventionsfonds zur Übernahme von Wohngebäuden bzw. zum Aufkauf umwandlungsbedrohter Wohngebäude. Die Genossenschaften als "neue Träger" sollen dann aus diesem Interventionsfonds gespeist werden. Aber auch das GABL-Modell dürfte den Mieter nicht davor schützen, daß er in seiner Freizeit selbst die Sanierungsarbeiten an "seinem"

Genossenschaftsgebäude ausführen muß. Auch ist hier eine offene Flanke zur CDU-Reaktion. Die CDU fordert in ihrem wohnungspolitischen Programm eine "Beteiligung der Mieter an der Altbausanitize" und für den Eigenheim- und Mietwohnungsbau eine vermehrte Zurverfügungstellung von Rohbauten zum eigenen Ausbau.

Ein wunder Punkt des sozialen Wohnungsbaus sind bei den neueren Baujahren die extrem hohen Kostenmieten. Um dieses Problem kümmert sich das SPD-Kommunalwahlprogramm gar nicht. Die GABL ist für das Festlegen von Mietobergrenzen und für die Deckung des Fehlbeitrages zwischen Kostenmiete und Mietobergrenze durch kommunale Nachsubventionen.

Anzahl Wohnungen in Tsd.



Erstmals Gärtnerstreik

Münster. Zum ersten Mal seit Gründung der BRD haben nach Angaben des DGB Gärtner gestreikt. Am 15.7. 1986 traten in zwei großen Gartenbaubetrieben in Münster/Westfalen rund 100 Beschäftigte in einen zwei Stunden dauernden Streik. Mit diesem Streik wollten die Gartenbaubeschäftigten die Tarifverhandlungen, die am 16.7. in Frankfurt stattfinden sollten, unterstützen. Die Gärtner fordern eine Tariflohnheröhung um 3,5 Prozent, eine Verlängerung des Tarifurlaubs um einen Tag sowie eine Erhöhung des Urlaubsgeldes. — (rub)

Gegen Lehrerarbeitslosigkeit

Karlsruhe. Um dagegen zu protestieren, daß 86,5% aller Referendare in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, nahmen 120 Menschen am letzten Schultag am Protestgang der GEW zum Oberschulamt teil. Auf mitgebrachten Schultafeln wurde die Einstellung aller Lehrer und ein Ende der Stellenstreichungen verlangt. Darüberhinaus wurde auf die Überarbeit der Lehrer und auf den Unterrichtsausfall insbesondere an den Berufsschulen hingewiesen

Düsseldorf. Das Landesarbeitsgericht hat den Solidaritätsstreik von 89 Beschäftigten der Rheinisch-Bergischen Druckerei am 4.3. 1983 für grundgesetzwidrig erklärt. Die Firma kann Schadensersatz verlangen. In der ersten Instanz waren die 89 zu Schadensersatz von 147000 DM verurteilt worden. Die Streikenden hatten die Rücknahme der fristlosen Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden gefordert. Bild: Polizeieinsatz 1984 gegen Streikende für die 35-Stunden-Woche im Druckzentrum. — (gba)

und kritisiert, daß Eltern zunehmend die Rolle von Hilfslehrern übernehmen müssen und Paukstudios von den Mängeln des öffentlichen Schulwesens profitieren. Vor dem Oberschulamt sprachen Vertreter der Referendare, die sich dagegen aussprachen, sich durch die vom Oberschulamt getätigten Abordnungen in Konkurrenz zueinander hetzen zu lassen. Sie forderten, daß die Referendare sozialversichert werden müßten. SPD, Grüne und FDP hatten Vertreter entsandt, die sich alle dafür aussprachen, durch Lohnverzicht, besonders in höheren Gehaltsgruppen, Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer zu schaffen. — (wof)



Südafrika/Azania. Seit der erneuten Ausrufung des Ausnahmezustandes vor dem 16. Juni hat die südafrikanische Regierung Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären verhaftet, darunter die Gewerkschaftssekretaire der Dachverbände AZACTU, COSATU und CUSA, einige sind freigelassen und erneut verhaftet worden. Die gesamte Führung der Minenarbeitergewerkschaften NUM und BCMWUSA ist im Gefängnis. Die Gewerkschaften schätzen, daß ca. 1600 Gewerkschaftsmitglieder inhaftiert sind, u.a. auch der Vorsitzende der unabhängigen Gewerkschaft MAWU im südafrikanischen Bosch-Betrieb. Bild: Streikende Arbeiter in Azania. — (uld)



Stahlindustrie: Lohnforderungen

Essen. Zum 31.8.1986 laufen die Lohn- und Gehaltstarife für die Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Südwesfalen, Bremen und für P+S aus. Die IG Metall-Vertrauensleute der Hoesch-Westfalen-Hütte in Dortmund treten in einem Be schluß für eine "spürbare Lohn- und Gehaltserhöhung" ein und fordern 8,5% bei 12 Monaten Laufzeit. Die Vertreulensleute von Krupp-Rheinhausen fordern 7,5% und 80 DM für Auszubildende. Bei Thyssen Duisburg-Hamborn wurden 7,5%, mindestens aber 153 DM, aufgestellt. Der Mindestbetrag würde bis Lohngruppe 7 wirken. — (wof)

Änderung im Personalvertretungsrecht

Freiburg. Am 3.7.86 wurde das Landespersonalvertretungsgesetz in Baden-Württemberg geändert. Damit wird Beschäftigten aus EG-Ländern das passive Wahlrecht zum Personalrat zugestanden. Der abgelehnte Antrag von SPD und Grünen sah das passive Wahlrecht für alle Ausländer vor. Baden-Württemberg und Bayern sind weiterhin die einzigen Bundesländer, die Ausländer beim Personalvertretungsrecht ausschließen. — Eingeführt wurde die eingeschränkte Mitbestimmung bei "Einführung, Anwendung oder wesentlicher Änderung der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten der Beschäftigten". Der DGB "be grüßte" die Gesetzesinitiative der Landesregierung, kritisiert wird von ihm v.a.,

daß der Personalrat bei befristeten Arbeitsverträgen keinerlei Beteiligungsrechte mehr hat, "wenn das Arbeitsverhältnis voraussichtlich nicht länger als drei Monate bestehen wird". (DGB-Information für Be amte – uni)

37,5 Stunden im Handwerk ab 1988

Westberlin. Mit Wirkung vom 1. Juli 1986 hat die IG Metall einen Tarifvertrag für den Wirtschaftszweig Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik abgeschlossen, der die Einführung der 38,5 Std./W. ab 1.1.87 und der 37,5 Std./W. ab 1.4.88 vorsieht. Für die Mehrarbeit wurde festgelegt, daß sie maximal acht Stunden in der Woche betragen darf und grundsätzlich innerhalb von 13 Wochen durch Freizeit abzugelten ist. Die IG Metall sieht hierin einen "tragbaren Kompromiß", die Handwerkskapitalisten sehen den Ausgleichszeitraum von 13 Wochen als "Flexibilisierungsreserve." — (kla)

IBM: Rationalisierung jetzt bei Angestellten

Sindelfingen. Eine neue Rationalisierungswelle im IBM-Werk Sindelfingen erfaßt jetzt die indirekten Bereiche. Bei konstantbleibender Zahl von 2000 Arbeitern sollen in den nächsten zwei Jahren dreihundert der 3000 Angestellten ausgeschwitzt und vornehmlich in die Software- und Außen dienstbereiche verschoben werden. — Selbst jährliche Umsatzsteigerungen von 15% sichern bei IBM nicht den Personalbestand. — (wot)

BASF

Solidarität mit ausgesperrten BASF-Kollegen in Geismar/USA

Mannheim. Im folgenden bringen wir ein Interview mit dem Komitee "Solidarität mit den ausgesperrten BASF-Kollegen in Geismar/USA". Wie berichtet, sperrt die BASF seit über zwei Jahren 370 Arbeiter des Werkes in Geismar/Louisiana aus und führt den Betrieb seither mit Fremdarbeitern weiter. — (tht)

*
Pol.Ber.: Was ist der neueste Stand in der Auseinandersetzung?

Komitee: Die BASF hat jetzt die OCAW (Oil, Chemical and Atomic Workers) vor dem National Labor Relations Board (oberstes Arbeitsgericht) angeklagt, sie würde "unerhöht" Verhandlungen führen.

Es sind 13 einzelne Anklagepunkte, von denen ein paar sehr ernst sind, weil sie amerikanisches Bundesrecht betreffen. Z.B. soll die OCAW ins Computer-Netzwerk der BASF eingebrochen sein. Wenn diese Klagen zugelassen werden, kriegt die OCAW den FBI auf den Hals.

Am 2. Jahrestag der Aussperrung (15. Juni) hat das Local (örtliche Gewerkschaftsgliederung) in Geismar eine Demonstration durchgeführt.

Pol.Ber.: Die OCAW hat einen Vertreter zur BASF-Hauptversammlung am 26.6.1986 nach Ludwigshafen entsandt.

Komitee: Es war eine gemeinsame Idee von der OCAW und uns, dort aufzutreten. Einerseits, um die damit verbundenen publizistischen Möglichkeiten zu nutzen, und andererseits, um dem BASF-Management in Deutschland zu zeigen, daß die OCAW bereit ist, den Kampf "auf allen Ebenen und an allen Orten zu führen", wie Richard Leonard von der OCAW es in Ludwigshafen auf einer Pressekonferenz sagte.

Die OCAW hatte die IG Chemie gebeten, ihr die Möglichkeit zu verschaffen, auf der Hauptversammlung aufzutreten – eine Bitte, auf die die IG Chemie unseres Wissens noch nicht einmal reagiert hat.

Die Organisierung Richards Aufenthalt in Ludwigshafen



Mettke vom IG-Chemie-HV am 1.Mai mit der Forderung nach Solidarität konfrontiert. Die Rheinpfalz schreibt noch von "angeblicher" Aussperrung.

hafen mußte deshalb allein vom Komitee gemacht werden.

Der Verwaltungsstellensekretär der IG Chemie, H.D. Brandt, hatte sogar abgelehnt, auch nur ein Gespräch mit Richard zu führen, im Gegensatz zu seinem Vorgänger und jetzigen MdB Reimann (SPD).

Pol.Ber.: Wie erklärt Ihr Euch das Verhalten der IG Chemie. Sie hatte doch immerhin schon einmal 10000 \$ an die OCAW übergeben?

Komitee: Die 10000-\$-Spende ist wirklich das einzige Nennenswerte, was die IG Chemie bisher getan hat, von "Gesprächen mit den verantwortlichen Managern" abgesehen.

Die IG Chemie hat den Konflikt so lange wie möglich versucht geheimzuhalten. Nachdem Ende letzten Jahres die OCAW mit Hilfe einer kommerziellen Werbeagentur

eine Pressekonferenz in Bonn gemacht hatte, hat sich die IG Chemie zwar verbal solidarisch erklärt. Gleichzeitig distanzierte sie sich jedoch. Rappe in der Rheinpfalz vom 28.2.86: "Allerdings verspielten die Amerikaner diese Solidarität, wenn sie BASF-Manager als Nazis verunglimpften." In einer frühen Phase des Kampfes hatte das OCAW-Local in Geismar an die IG-Farben-Vergangenheit der BASF erinnert, dies jedoch auf Intervention der IG Chemie sofort wieder eingestellt. Das war vor 1 1/2 Jahren. Bis heute dient es den IG Chemie-Funktionären als Vorwand.

Pol.Ber.: Mit welchen Mitteln versucht die BASF, die Solidaritätsarbeit zu stören und zu verhindern?

Komitee: Die BASF hat natürlich auch kein Interesse gehabt, die Sache hier bekannt zu machen. Sie hat aber nach unserem ersten großen Flugblatt im Februar '86 und seither immer wieder Erklärungen abgegeben. Direkte Lügen kann man ihr nicht vorwerfen, nur plumpe Tricks, mit denen es relativ leicht ist, sich inhaltlich auseinanderzusetzen.

Natürlich erzählt die BASF nicht – so wenig wie die IG Chemie – worum die Tarifauseinandersetzung in Geismar eigentlich geht: Nämlich darum, ob die Schutzregeln des alten Vertrages weitergelten sollen oder, wie die BASF will, abgeschafft werden.

Die BASF hat ihrerseits eine Werbeagentur (Hill & Knowlton) engagiert, die in Amerika und Deutschland den publizistischen Kampf gegen die OCAW führen soll.

Ansonsten hat die BASF unsere Solidaritätsarbeit im Betrieb bisher relativ wenig behindern können.

Pol.Ber.: Seit wann arbeitet Ihr als Komitee und was habt Ihr bisher unternommen?

Komitee: Das Komitee arbeitet seit Februar '86. Wir machen Arbeit auf drei Ebenen:

Publizistisch, um die Sache überhaupt bekannt zu machen. Das ist uns, soweit wir das beurteilen können, ganz gut gelungen; allerdings erschöpfen sich jetzt die Möglichkeiten in den großen Medien.

Wir haben uns bemüht, Bündnispartner zu finden, z.B. bei Umweltschutzverbänden, Kirchen, politischen Parteien usw. Ein erstes Resultat ist die von 18 Gruppen finanzierte Anzeige in der Rheinpfalz gewesen.

Das Wichtigste ist natürlich unser Bemühen, Solidarität unter den Arbeitern in Ludwigshafen zu organisieren. Im Moment heißt das Geldsammlung, die – gemessen an unseren Möglichkeiten – sehr gut läuft. Wir haben bisher ungefähr 5000 DM gesammelt. Der allergrößte Teil davon setzt sich aus kleinen Spenden von Anilinern zusammen, die wir an unseren Arbeitsplätzen und vor den Toren gesammelt haben.

Unser Ziel für die nächste Zeit ist, mehr Kollegen für die Mitarbeit im Komitee zu gewinnen.

Pol.Ber.: Gibt es Unterstützung auch in den Reihen der IG-Chemie-Funktionsträger?

Komitee: Es gibt einige Betriebsräte und Vertrauliche Leute, die uns unterstützen. Insgesamt haben wir natürlich noch lange nicht alles machen können, was möglich und notwendig ist, um die Solidarität innerhalb der Arbeiter und innerhalb der Funktionsträger zu organisieren.

Pol.Ber.: Die Resonanz, die Euer Komitee im Betrieb findet, zeigt doch, daß die Beschäftigten im Vorgehen der BASF in Geismar durchaus ihren eigenen "Arbeitgeber" wiedererkennen ...

Komitee: Die BASF hat den Ruf eines "sozialen Großunternehmens". Wir glauben aber ohnehin nicht, daß die Aniliner selber denken, daß sie was geschenkt kriegen. Aber konkret erinnert die Aussperrung in Geismar an die Geschichte eines nicht stattgefundenen Streiks im Jahr 1977. Damals hatten sich 88% der Aniliner im Tarifkampf für Streik ausgesprochen. Die BASF hat daraufhin auf eine sehr militante Art und Weise angekündigt, den Streik brechen zu wollen mit Hilfe von AT-Angestellten, Fremdfirmenarbeitern und normalen Streikbrechern. Die IG Chemie hat damals die Streikvorbereitungen erst verzögert und dann abgebrochen, was die Aniliner als eindeutige Niederlage empfunden haben.

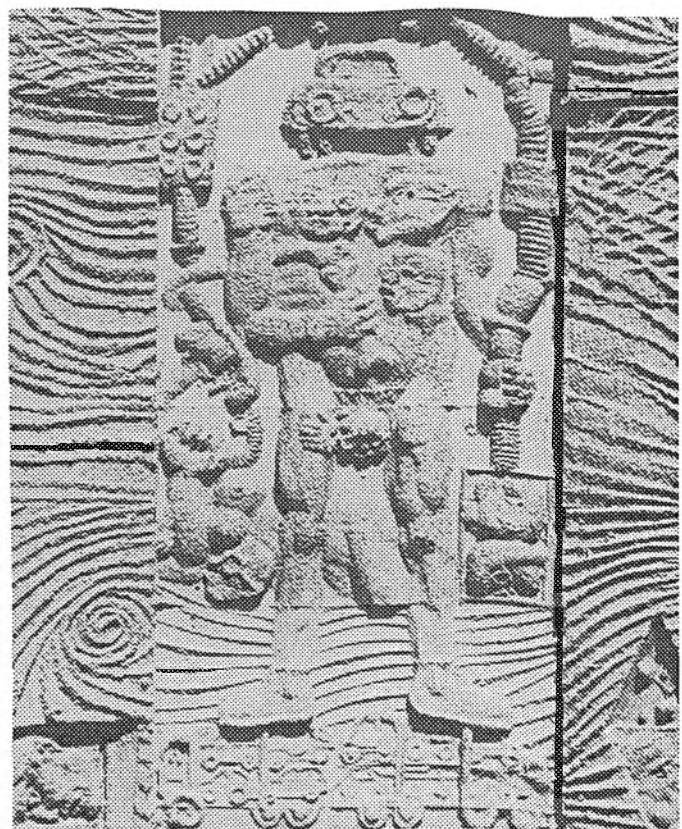
Kunst und Katholizismus**Christliche Gegenwartskunst
Der Zeigefinger Gottes**

Schon kurz nach dem Krieg konnte die Kirche mit einem umfangreichen Wiederaufbau beginnen. Papst Pius erlaubte, "unter kluger Vermeidung des exzentrischen Realismus" moderne Kunst zu verwenden. Die Kirche wurde für viele abstrakte Künstler zum wichtigsten Geldgeber und trug so zur Durchsetzung dieses Stils bei. Der Umbauboom nach der liturgischen Reform ließ indes einen Wandel erkennen. Sollte z.B. Légers Formen- und Farbenrythmus nach dem Krieg "im Herzen Freude und Licht verbreiten", so werden heute deutlichere Zeichen gesetzt. Als Beispiel zwei Künstler, die über das erzbischöfliche Bauamt in Freiburg gefördert werden.

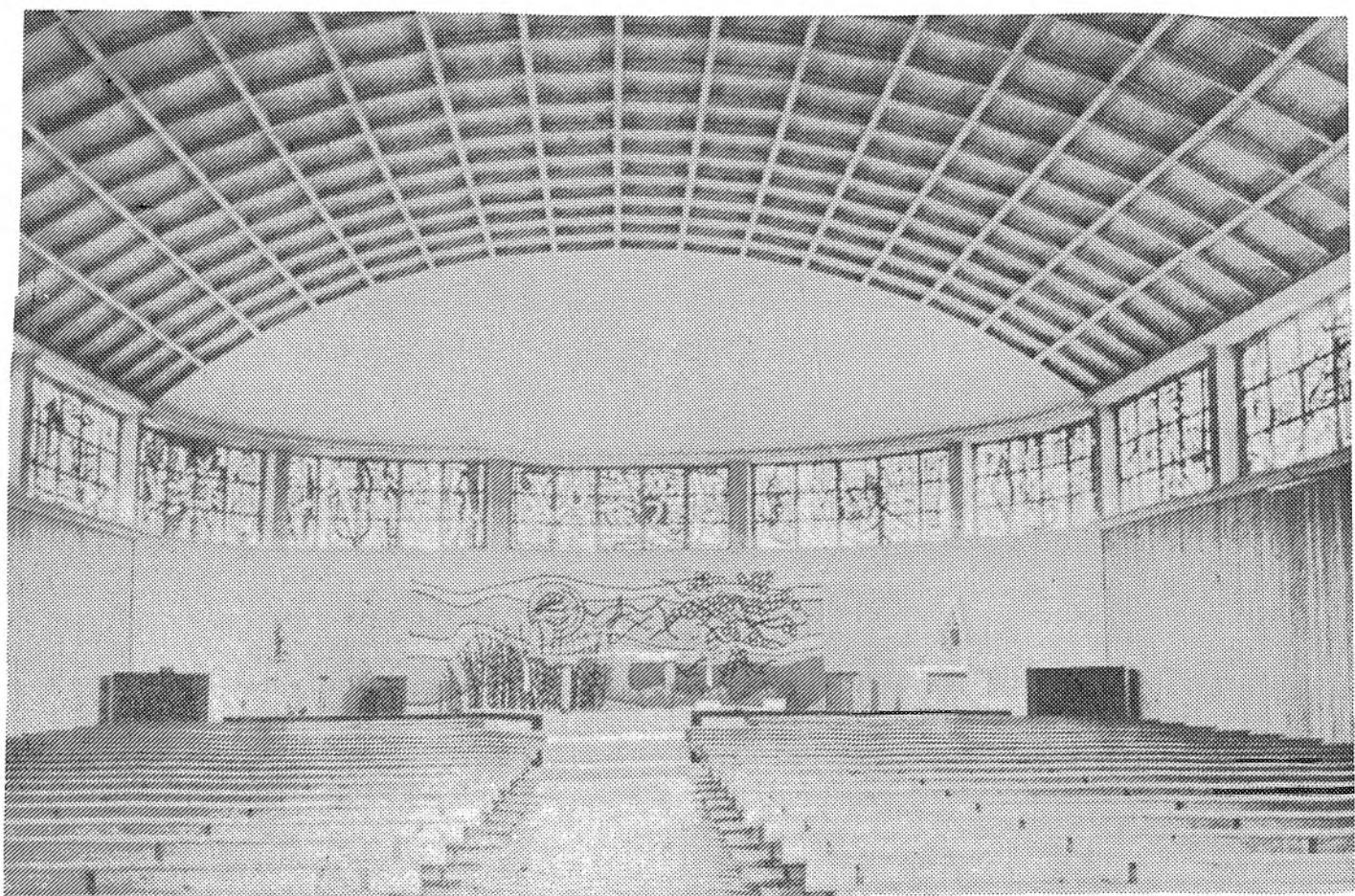
Emil Wächter hat die Autobahnkirche mit einer Flut bedeutungsschwerer Reliefs versehen. Aus einem eigenen Kommentar: "Die Autonomie des Auto-Menschen, wie des Menschen überhaupt ist eine Täuschung." Für den Karlsruher Professor gibt es Freiheit nur im Gesetz. Und: "Die Zehn Gebote abschaffen, heißt die Fundamente der Welt sprengen".

Sein Schüler H. Lutz malt in einer Tiroler Kirche den Gesetzesstext mit Farben aus: Du sollst auch die Frucht Deines Leibes nicht töten. Auf einem weiteren Fenster ist Mutter Theresa schon im Kreis der Heiligen zu sehen. Hat sie ja jüngst bewiesen, daß sie sich ihre Prinzipienfestigkeit in dieser Frage selbst in Indien bewahrt hat.

Der Staat unterstützt solche christliche Kunst mit Geldern aus der Denkmalspflege und durch Eintreiben der Kirchensteuer. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Kampagne "Kirchensteuer? – Um Gottes Willen" verwiesen. – (hek)



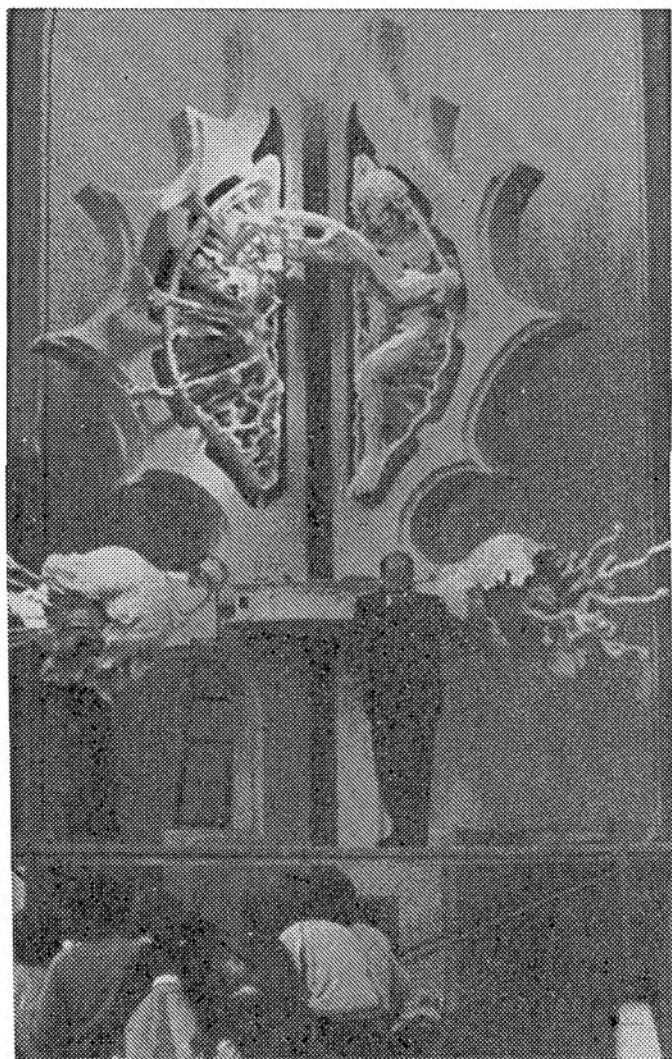
"Der Riese der Sintflut heute", Relief am Turm Noah, Autobahnkirche Baden-Baden, von Prof. E. Wächter. "... Wir haben die Überschwemmung eines vom Geld beherrschten Zeitgeistes". Wächter versucht, den Haß gegen das Kapital auf die Mühlen Gottes zu lenken.



Die von Ferdinand Léger 1951 entworfene Ausstattung der Kirche in der Industriestadt Audincourt bei Basel nehmen sich viele christliche Künstler zum Vorbild.



Auf dem 1984 gefertigten Glasfenster ist das Gebot "Du sollst nicht töten" dargestellt. Der Tod trägt einen Panzer als Kriegszeichen im Schild. Das Schild selbst jedoch symbolisiert jedoch auch ein Ei, also ungeborenes Leben, das auch unter dieses Gebot fällt. Die Gestalten links und rechts stellen den "Brudermord" bei Kain und Abel dar.



Religionsunterricht mit Werkstattcharakter. Eine detaillierte Plastik mit erkennbaren Einzelheiten ist für die Pfarrer von Nutzen.

Automobilindustrie

Bildungsurlaubsseminar – "Fabrik der Zukunft"

Teamarbeit in der Produktion, Rückverlagerung von Planungskompetenzen, Ende der Arbeitsteilung. Diese Begriffe spielen bei neuen Managementstrategien eine zunehmende Rolle. Sie legen den Eindruck nahe, daß die Kapitalisten die Gewährung gewerkschaftlicher Forderungen gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen aus freien Stücken planen würden. Um konkrete Projekte solch "neuer" Unternehmensstrategien zu hinterfragen, war das von Volks hochschule und IG Metall vom 23. bis 27. Juni 1986 in Rüsselsheim veranstaltete Seminar nützlich.

Es lagen die 1984 in den USA zwischen der General Motors-Tochter Saturn und der Gewerkschaft UAW geschlossenen Vereinbarung über die Betriebsorganisation eines für 1989 geplanten Autowerkes vor, die Beschreibung eines Teamkonzeptes für das 1982 eröffnete GM-Motorenwerk Aspern bei Wien und die Betriebsvereinbarung über die Einführung von VW-Zirkeln.

Am weitesten geht das Beispiel Saturn, wo die Produktion aus kleinen Arbeitsgruppen mit sechs bis 15 Mitgliedern organisiert sein soll. Jede Gruppe ist mit je einem Gruppen- und einem UAW-Sprecher beim nächst höheren Organ im Betrieb vertreten. Verantwortung für termingerechte und qualitätsgerechte Produktion, Arbeiten nach Budget, Ausbildung, Arbeitseinteilung und Reparaturen sollen diese Gruppen übernehmen. Im Werk Aspern gilt das Teamkonzept nur für einen Teilbereich des Werkes, wobei aber bisher schon praktische Erfahrungen mit ihm existieren. Bei VW dagegen sollen die Zirkel "freiwillige" Einrichtungen neben der normalen Produktion sein.

Das Seminar kam zu dem Ergebnis, daß Teams und Zirkel neue Instrumente sind, die Arbeit zu intensivieren. So gibt die Saturn-Leitung offen zu, daß sie die Gruppen-Synergie-Effekte (Synergie = Zusammenwirken verschiedener Organe) nutzbar machen will. Die Saturn-Vereinbarung legt als oberstes Ziel fest, ein wettbewerbsfähiges Weltauto zu produzieren. Die Gruppen haben nichts mit Entscheidungsgewalt der Arbeiter über die Produktion zu tun. Entscheidungsprozesse z.B. in den Saturn-Gruppen sind auf das Konsens-Prinzip verpflichtet. Vorschläge dürfen nur abgelehnt werden bei Angabe von alternativen Lösungen (zum Wohle von Saturn).

Die Einführung dieser Gruppen muß vor dem Hintergrund der Installation neuer Informationssysteme betrachtet werden. Immerhin existiert das Werk Saturn z.B. erst auf dem Reißbrett, das Werk Aspern ist noch relativ neu. GM hat u.a. mit dem Aufbau des konzerneigenen Systemhauses EDS bereit die Weichen gestellt. Es muß davon ausgegangen werden, daß GM weiterhin die Strategie, Vertrieb und Produktion eng durch Datennetze miteinander zu verzahnen versucht ebenso wie Zulieferfirmen und Montage. Die Gruppen wären dann einem totalen Datenterror unterworfen, bei dem sie sich nur noch über die Einhaltung von Lieferterminen auseinanderzusetzen haben. Die starke Orientierung auf genaue Budgets für einzelne Abteilungen oder gar Gruppen wird die gleichmäßige Auslastung der teuren Maschinerie als natürlich erscheinen lassen und zur Konkurrenz unter den Arbeitern anstacheln. Die Arbeit, die in solchen Gruppen verrichtet wird, wurde als sehr intensiv und unregelmäßig eingeschätzt, wenn ständig sofort auf die Marktlage reagiert werden muß. Es verwundert nicht, daß bei der schrittweisen Ausweitung des Teamsystems in diesem Werk die hohe bisherige Fluktuationsrate von 20%

im Jahr nicht gesunken ist.

Daß einseitige Arbeiten durch Gruppenarbeit inhaltlich angereichert würden, wurde relativiert. Immerhin schafft GM bei Saturn durch eine "Arbeitsplatzgarantie" für 80% der Belegschaft die Bedingungen, daß die restlichen 20% für einfache Arbeiten an wechselnden Orten eingesetzt werden, wobei sie noch je nach Geschäftslage leicht zu kündigen sind. Hier wird ganz eindeutig die Spaltung in Rand- und Stammbelegschaft vorangetrieben.

Die Vereinbarungen verbessern die Bedingungen für die Durchführung einer flexiblen Produktion. So hat GM z.B. bei Saturn der UAW ausdrücklich einen Verzicht auf bisher gezahlte Feiertage sowie auf Arbeitszeitverkürzung abverlangt. Auch die Lohngestaltung wird sich durch die Einführung von Gruppen verändern. So wurde in Aspern ein neues Zulagensystem mit neun verschiedenen Flexibilitätsstufen eingeführt, die durch die Fähigkeit bestimmt sind, unterschiedlich viele Arbeiten zu verrichten. – (gub)

Politische Disziplinierung

Die "besondere Gewalt" des bürgerlichen Staates

"Besonderes Gewaltverhältnis" – scheinbar ein Begriff aus der Mottenkiste des absolutistischen Zeitalters, wo er die "besonderen", verschärften Abhängigkeitsverhältnisse der Angehörigen des Militär- und Civildienstes, die dem Monarchen besondere Treue und Gehorsam schuldeten, kennzeichnete. Dieser Begriff, vor ca. 20 Jahren von einigen Naivlingen unter den juristischen Fachautoren schon totgesagt und zu Grabe getragen, erlebt eine glorreiche Wiederauferstehung. Derzeit stellen konservative Staatsrechtler wie Dürig (Autor des "Maunz-Dürig", Standardkommentar zum Grundgesetz) mit Genugtuung fest: "Es ist nicht gestorben, es ist alles geblieben: die besonderen Pflichten, die besondere Treue, das besondere Staatsethos."

Die Genugtuung kommt nicht von ungefähr. In den letzten Jahren häufen sich die Verfahren gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes wegen politischer Meinungsäußerungen. Mittel der Disziplinierung sind das Zurückhaltungs- und Mäßigungsgebot in den Beamten gesetzen:

- So sind in einigen Bundesländern Disziplinarverfahren gegen Lehrer durchgeführt worden, die sich am 5.10.83 an den "5-Mahn-Minuten für den Frieden", einer Aktion des DGB, beteiligt hatten;

- Schriftliche Verweise erhielten Unterstützer eines Friedensaufrufs von Bediensteten in Ministerien des Landes NRW. Der Aufruf verstößt gegen das Zurückhaltungsgebot, seine Verteilung während des Dienstes störe den Betriebsfrieden;

- Der Bundeswehrhauptmann Fechner erhielt einen strengen Verweis, weil er dem Bürgermeister von Tuttlingen (in Zivil und außerhalb seiner Dienstzeit) eine Unterschriftenliste für ein atomwaffenfreies Tuttlingen überreicht hatte;

- Disziplinarisch geahndet wurde die Aktion von 166 Lehrern aus Stuttgart, die in mehreren Tageszeitungs-Anzeigen gegen psychologische Kriegsvorbereitungen an ihren Schulen Stellung genommen hatten;

- Durch Entzug der Sicherheitsbescheide gemäßregelt wurden zwei Hamburger Offiziere wegen ihrer Mitgliedschaft bei den Grünen und der Unterzeichnung eines Friedensaufrufs;

- Auch das Tragen von Plaketten während des Dienstes

ist in den letzten Jahren vom Dienstherrn mehr und mehr unter Beschuß genommen worden. Anlaß waren meist Plaketten gegen Raketenstationierung in der BRD bzw. gegen Atomkraftwerke.

Zum Plakettentragen war die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte einige Jahre lang noch schwankend. Seit kurzem schält sich Einigkeit bei Dienstaufsicht und Gerichten darin heraus, Meinungsäußerungen in Form des Plakettentragens, jedenfalls in der Schule, gänzlich zu unterdrücken. Auch für Lehrer im Angestelltenbereich hat sich das Bundesarbeitsgericht (BAG) dem angeschlossen. Zwar ist das sog. Zurückhaltungsgebot gesetzlich nur für Beamte statuiert. Das hindert das BAG aber nicht daran, im Wege "richterlicher Rechtsfortbildung" diese Pflichten auch auf Angestellte zu erstrecken. Interessant ist die Begründung dabei: "... Es handelt sich um einen allgemeinen Grundsatz, der daraus folgt, daß sämtliche Angehörigen des öffentlichen Dienstes, eben nicht nur die Beamten, dem ganzen Volke und nicht einer Partei oder einer sonstigen Gruppierung dienen." Ferner sei durch das Plakettentragen "der besondere Erziehungsauftrag der Schule gefährdet", die Schüler seien "besonders beeinflußbar".

Das Argument der "besonderen Beeinflussbarkeit" des Schülers, der mit Formen politischer Meinungsäußerung seines Lehrers konfrontiert wird, bietet auch die Grundlage dafür, Flugblattverteilern vor Schulen für unzulässig zu erklären. Die Sache ist inzwischen höchststrichterlich vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) entschieden worden. In einer Kleinstadt in Baden-Württemberg hatte eine Eltern-Lehrer-Initiative vor einer Schule Flugblätter verteilt und war mit einer Unterschriftenliste für mehr Lehrer eingetreten. Das Verwaltungsgericht hatte den daraufhin disziplinarisch belagerten Lehrern noch Recht gegeben: Ihre Teilnahme an der Aktion sei zulässig, weil es sich um die Wahrnehmung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung handele. Dies stelle auch keine unzulässige, einseitige Beeinflussung der Schüler dar, wie die Dienstaufsicht dies vermute, da nämlich nicht anzunehmen sei, "daß durch die Aktion ein mittelbarer Druck auf die Schüler ausgeübt werden könnte, diese müßten nicht befürchten, daß sich die Tatsache, daß sie oder ihre Eltern nicht unterschreiben, irgendwie auf die Bewertung ihrer Leistungen auswirken könne". – Die handverlesenen Richter des BVerwG sahen kein Grundrecht der Lehrer in Gefahr, wohl aber etwas anderes: "Die Verpflichtung des Lehrers, die in der Regel minderjährigen Schüler zu eigener politischer Verantwortung zu erziehen, verbietet jede Beeinflussung der Schüler unter Einbeziehung des Schulbetriebes zur Durchsetzung eigener politischer Zielsetzungen, und zwar auch dann, wenn kein unmittelbarer Druck



"Innerdienstliches Fehlverhalten" durch außerdienstliche Meinungsäußerung? – Beispiel: Demonstration der GdP in Kiel am 27.10.1985

ausgeübt wird."

Demokratische Erziehung der Schüler also dadurch, daß sie ihren Lehrer als meinungs- und interesseloses Wesen erleben, mehr noch, als einen, der bei politischen Kontroversen kuschelt bzw. die Position des Dienstherrn vertritt.

Argumentiert wird in der Regel, die Mäßigungspflicht betreffe nur die Form der Äußerung, inhaltlich dürfe alles gesagt werden. Wie grotesk diese Argumentation werden kann, bewies kürzlich der Spruch des OVG Lüneburg, der die Disziplinierungsmaßnahmen gegen Lübecker Richter als rechtmäßig bestätigte, die vor einiger Zeit in einer Zeitungsanzeige ebenfalls gegen die Raketenstationierung Stellung genommen hatten. Das OVG stützte seinen Spruch auf die Größe der Überschrift, die die Anzeige gehabt habe – dumm nur, daß die Disziplinarmaßnahme gegen die Richter schon ergangen war, bevor die Anzeige tatsächlich erschien, d.h. bevor die Größe der Überschrift auch nur bekannt war. Um die Form ging es zweifellos auch nicht beim Verhalten des Braunschweiger Richters Kramer, der vor einigen Jahren Textstellen aus der Dissertation seines damaligen (dienstvorgesetzten) Justizministers Puvogel (CDU) an Kollegen versandte. In der 1936 veröffentlichten Dissertation "Die leitenden Grundgedanken bei der Entmannung gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher" hatte Puvogel Rassismus übelster Art gepredigt, sich für die rassistische "Aufartung" und "Ausscheidung minderwertiger Elemente, ggf. durch Tötung" ausgesprochen. Nicht an dieser Nazi-Ideologie nahm der OLG-Präsident Anstoß, sondern an Kramers "mangelndem achtungswürdigen Verhalten gegenüber einem Dienstvorgesetzten".

Wie elastisch höchste Gerichte ähnliche Sachverhalte sehr unterschiedlich interpretieren können, wenn unterschiedliche Inhalte zur Debatte stehen, zeigen folgende Beispiele:

– 1974 entschied das BVerwG im Prozeß eines Bundeswehrmajors, der die neue Ostpolitik Brandts scharf angegriffen und von "vaterlandslosen Gesellen" gesprochen hatte, die darauf ergangene Disziplinarmaßnahme gegen den Major sei aufzuheben: "Die durch die Äußerung entstandene Unruhe als solche reicht bei der grundlegenden Bedeutung des Grundrechts auf freie Meinungssäuerung noch nicht aus, um den betreffenden Soldaten von seiner Stelle wegzuversetzen ... Das gleiche gilt für das Aufsehen ... und auch für aufgetretene Spannungen zwischen Soldaten."

– Drei Jahre später wieder "Unruhe" unter den Soldaten. Anlaß diesmal: die Solidaritätsadresse eines Soldaten an die Kaiserstühler Bevölkerung gegen das geplante KKW in Wyhl. Hier waren für das BVerfG nun die "Unruhe" und "das Recht der Kameraden, in Ruhe gelassen zu werden", so wichtig, daß das Recht der freien Meinungssäuerung dahinter zurücktreten müsse. "Politische Betätigung von Soldaten auch in der Freizeit muß so begrenzt werden, daß möglichen Auseinandersetzungen von vornherein ein Riegel vorgeschoben wird."

Eine äußerst wirksame Ausdehnung politischer Disziplinierung erfolgt derzeit auf der Schiene "Ausdehnung des innerdienstlichen Bereichs". Die vom Gesetzgeber 1967 vorgenommene Differenzierung zwischen außerdienstlichem und innerdienstlichem Verhalten ist durch die Rechtsprechung inzwischen weitgehend ausgehöhlt. Dies geschieht mit dem Kunstgriff der sog. "materiellen Dienstbezogenheit". Übersetzt heißt dies: Das Schreiben eines Leserbriefs (BVerwG 1983), das Verhalten auf Demonstrationen (BVerwG 1983), aber auch die intime Bekanntschaft eines leitenden Beamten außerhalb der Dienststunden zu einer Reinigungskraft seines Amtes (BVerwG 1984) sind "innerdienstliche" Verstöße, im Blick ist die "gesamte Persönlichkeit" des Beamten.

"**ES HEIßT ZWÄR, JEDER HAT DAS RECHT AUF FREIE MEINUNGSSÄUERUNG – ABER ES HEIßT NICHT: JEDER MEINUNG DARF FREI GEÄUSSERT WERDEN!**"



Erfährt ein Angehöriger des öffentlichen Dienstes von Rechtsbrüchen seiner Behörde oder wird er selbst ungegerechtfertigt belangt, so ist ihm die "Flucht in die Öffentlichkeit" verwehrt. So hat das BVerfG in dem sog. Pätsch-Urteil entschieden. Pätsch war Angehöriger des Bundesverfassungsschutzes, merkte nach einigen Jahren, daß er offensichtlich selbst überwacht wurde, stellte Rechtsbrüche seiner Behörde fest (illegale Abhöarmaßnahmen) und nahm schließlich die Wiederaufnahme von immer mehr ehemaligen SS-Angehörigen in den Verfassungsschutz zum Anlaß einer öffentlichen Kritik in der Presse. Dafür wurde er disziplinarisch belangt, diese Maßnahme vom BVerfG abgesegnet: Der Beamte müsse erst sämtliche Abhilfemöglichkeiten innerhalb seiner Behörde ausschöpfen, ehe er die Öffentlichkeit unterrichten dürfe. Man hätte auch aus dem Allg. Preuß. Landrecht von 1794 abschreiben können (Teil II Titel 20 § 156): "Jeder gute Unterthan zeige Mängel des öffentlichen Wesens der Obrigkeit an, mache aber davon kein Geräusch im Publikum."

Daß es auch hier andersrum geht, wenn nur die politische Couleur des Beamten genehm ist, beweist ein kürzlich ergangenes Urteil des BVerwG zum Fall des Majors Lindner, seines Zeichens stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD. Auch der hatte sich wegen gegen ihn gerichteter Maßnahmen an die Öffentlichkeit gewandt; seine disziplinarische Ahndung für diesen Schritt hob das BVerwG auf mit dem Argument, die Flucht in die Öffentlichkeit sei "menschlich verständlich" gewesen.

Die drastischste Form politischer Unterdrückung der Meinungsfreiheit öffentlicher Bediensteter in jüngster Zeit praktiziert die bayerische CSU-geführte Landesregierung mit dem sog. Maulkorberlaß von 1983. Darin wird für Beamte und Richter des Landes Kritik an Verfassungsorganen untersagt, dazu aber auch noch die positive Verpflichtung aufgestellt: "Der Beamte hat Entscheidungen der Regierung im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit zu unterstützen und zu fördern und alles zu unterlassen, was die Durchführung dieser Entscheidung behindert."

Nicht mehr bloß der Gesetzesvollzug, sondern die volle persönliche Identifikation mit den politischen Zielen der Regierung wird somit jedem Beamten abverlangt. Quellenhinweis: Löffler, Die Kommunikationsfreiheit im Einordnungsverhältnis, in: Neue Juristische Wochenschrift 1984, S. 1206 ff.; Kutscha, Renaissance des "besonderen Gewaltverhältnisses"? – Disziplinierung und Meinungsfreiheit im öffentlichen Dienst, in: Kritische Justiz 1985, S. 43 ff.; Rasehorn, Politische Meinungssäuerungen und richterliche Unabhängigkeit, in: Kritische Justiz 1986, S. 76 ff.; Ronellenfisch, Das besondere Gewaltverhältnis, in: Die öffentliche Verwaltung 1981, S. 933 f. – (hoo)



Die Demonstrationen und Kundgebungen von Millionen Rotgardisten im Sommer und Herbst 1966 in der Hauptstadt Peking trugen dazu bei, die Mehrheit des ZK der KPCh zur Unterstützung der Kulturrevolution zu bewegen.

20 Jahre Kulturrevolution

Die Kulturrevolution ging verloren aufgrund der Spaltung des Industrieproletariats

Im Sommer 1966 begann in der VR China die Kulturrevolution. Die Ereignisse um die Kulturrevolution, die heute von der KPCh als "zehn finsternen Jahre" oder gar als quasi faschistische Diktatur etikettiert wird, fanden ihren Widerhall unter revolutionär gesinnten Menschen in der ganzen Welt. Schon das spricht dafür, daß den Ereignissen in China objektive Entwicklungen zugrundelagen, die sich auch anderswo – wenn auch in anderer Form – vollzogen, und daß deswegen die Diskussion und die Klärung der Entwicklungen vor und in der Kulturrevolution in China nützlich sind u.a. für die Bündnispolitik des Proletariats nicht erst nach der erfolgreichen Revolution.

Zu den theoretischen Grundlagen der Kulturrevolution gehörte u.a. die These Lenins, nach Vollendung der sozialistischen Umgestaltung könne die Kleinproduktion täglich und ständig in großem Umfang Kapitalismus und Bourgeoisie erzeugen. In der folgenden Darstellung der Entwicklungen und Ereignisse vor und in der Kulturrevolution wird dagegen die Auffassung vertreten, daß die Hauptgefahr für die Vollendung des sozialistischen Aufbaus und die Schaffung der Voraussetzungen der kommunistischen Gesellschaft aus der Differenzierung in der Großproduktion

entsteht, durch die Absonderung der geistigen Potenzen des Produktionsprozesses und die Herausbildung einer neuen Mittelschicht. Daß es diese Klasse bei der Gründung des neuen China erst in Ansätzen gab, daß sie sich aber in den folgenden Jahren rasant vergrößerte, spielte für die Entwicklung des Klassenbündnisses von Arbeitern, Bauern und Intelligenz (anfangs auch noch nationaler Bourgeoisie) eine entscheidende Rolle. Vermutlich war es ferner ein Fehler der Kulturrevolution, die führenden Vertreter der neuen Mittelschicht als Parteigänger des Kapitalismus zu charakterisieren. Es ist fraglich, ob diese Klasse, der die sozialistische Revolution den Weg an die Führungspositionen der Gesellschaft geebnet hatte, tatsächlich ihre Position Kapitalisten oder gar ausländischen Imperialisten überlassen wollte oder heute will oder ob auch nur einzelne Vertreter dieser Klasse das wollen. Die Täuschung der Linken über den "kapitalistischen Weg" bestand vielmehr darin, daß die Übernahme einzelner kapitalistischer Prinzipien – wie etwa die rabiate Differenzierung des Lohnsystems oder das Zur-Geltung-Bringen von Standortvorteilen gegenüber der gleichmäßigen Entwicklung aller Landesteile – nicht zwangsläufig zum Kapitalismus führt.

Der "Große Sprung" und die Kulturrevolution

Im Jahr 1958 rief das ZK der KPCh auf Vorschlag Mao Zedongs zur Initiative des "Großen Sprungs nach vorn" auf: Mit einer gewaltigen Anstrengung sollten die chinesischen Arbeiter und Bauern die Industrialisierung des ganzen Landes vorantreiben durch Schaffung von kleiner Industrie, darunter den sog. "Hinterhof-Hochöfen", durch endgültige Bezwigung der Naturgewalten, die immer wieder fruchtbare Ackerland und ganze Ernten zerstörten, durch eine wesentliche Steigerung der Landwirtschaftsproduktion. Binnen weniger Jahrzehnte wollte die VR China Großbritannien und die USA

wirtschaftlich überholen. Auf dem Lande, wo die Masse der Bevölkerung lebte, sollten neue gesellschaftliche Strukturen geschaffen werden, die Volkskommunen: Sie sollten alle administrativen und politischen, alle wirtschaftlichen und militärischen Funktionen in sich vereinen und durch die gemeinsame Organisation von ca. 40000 – 100000 Menschen – der Bevölkerung im Einzugsbereich einer ländlichen Marktstadt – die Produktivkräfte auf dem Lande besser entwickeln helfen. Das erneut eine Elite produzierende differenzierte Bildungswesen sollte durch eine polytechnische Ausbildung für alle – halb Unterricht, halb produktive Arbeit – ersetzt werden. Das Ziel war die Her-

abildung von allseits gebildeten sozialistischen Werktägern. Die Politik des "Großen Sprungs" wurde zunächst von der gesamten Führung der KPCh unterstützt.

Gegen alle Behauptungen, der "Große Sprung" sei die fixe Idee einiger Parteiführer gewesen, ist festzuhalten, daß Chinas Wirtschaftsentwicklung bis 1958 in eine Krise geraten war: Die Zuwachsrate der Produktion gingen zurück, die regionale Differenzierung in der VR China nahm zu.

Im Herbst 1958 wurde erkennbar, daß die erwarteten Resultate zunächst nicht eintreffen würden. Das in abertausenden kleinen Hochöfen geschmolzene Eisen war von minderer

Qualität, auf dem Lande war die Kommunebewegung so weit gegangen, teilweise auch das persönliche Eigentum der Bauernfamilien zu vergesellschaften, alle mit der Reproduktion der Arbeitskraft verbundenen Aufgaben wie Kochen, Hausarbeit etc. zu kommunalisieren und vor allem bei der Zuteilung des knappen Getreides und sonstiger Lebensmittel nach dem kommunistischen Prinzip: "Jedem nach seinen Bedürfnissen" zu verfahren. Soweit erkennbar, gingen die zentralen Dokumente der KPCh zum "Großen Sprung" keineswegs soweit, den unmittelbaren Beginn der Ära des Kommunismus auszumalen. Andererseits muß die Kampagne solche Konsequenzen wiederum nahegelegt haben. Jedenfalls war im Herbst 1958 die in vielen Berichten herausgestellte anfängliche Begeisterung gerade der armen Landbevölkerung für den "Großen Sprung" verflogen; es kam zu Protesten, weil die Kommunen nicht in der Lage waren, die ihnen zentral zugedachten Aufgaben zu erfüllen, weil die Produktion stockte. Vor allem: Es drohte Nahrungsmittelknappheit, weil keine Getreidevorräte angelegt waren.

Mao Zedong mußte 1959 auf dem 8. Plenum des VIII. ZKs der KPCh erklären: "... Der Wegfall einer allgemeinen Planung hat bedeutet, daß wir darauf verzichteten, die Kräfte auszubalancieren. Über Kohle, Eisen und die Transportkapazitäten wurden überhaupt keine Berechnungen angestellt. Kohle und Eisen können sich nicht von selbst bewegen, sie müssen in Güterwagen transportiert werden. Ich habe diese Dinge nicht vorausgesehen ... Aber, Genossen, 1958, 1959 habe ich die hauptsächliche Verantwortung getragen, ich bin der, an den man sich halten muß ... Wer hat die Idee von der Stahlkampagne ersonnen, Ke Chingshih (Bürgermeister von Shanghai) oder ich? Ich war es. Ich habe mit Ke Chingshih gesprochen und ihm sechs Mio. Tonnen vorgeschlagen ... Das ganze hat uns in eine große Katastrophe geführt."

Die aufgrund extrem ungünstiger Witterung 1959 und 1960 verursachten Mißernten führten dann tatsächlich zu Nahrungsmittelknappheit, die durch Zukäufe aus dem Ausland nicht gemildert werden konnte, da die USA und die anderen imperialistischen Mächte des Westens ihren Wirtschaftsboykott Chinas fortsetzen und zudem die SU gerade begonnen hatte, alle Wirtschaftshilfe für die VR China einzustellen. Daß Chinas Wirtschaftslage in diesen Jahren sehr schlecht war und die Ernährung der Bevölkerung nicht auf dem erreichten Niveau gehalten werden konnte, belegen folgende Zahlen:

Die Landwirtschaftsproduktion sank in den Jahren 1958, 1959 und 1960 um jeweils 5%, die Industrieproduktion ging sogar um 30% zurück. In

welchem Ausmaße jedoch Chinas Bauern hungerten und ob tatsächlich – wie heute in den chinesischen Medien behauptet und 1960 schon von den westlichen Geheimdiensten verbreitet – mehrere Mio. Chinesen verhungerten, ist mehr als fraglich. Dafür zwei Indizien: Wäre der "Große Sprung" tatsächlich die heute behauptete große Katastrophe gewesen, hätte die KPCh niemals acht Jahre später erneut so große Massen in der Kulturrevolution in Bewegung setzen können. Zudem war die materielle Grundlage der Gesellschaft offenbar so gut, daß die Schulbesuchsquote sich weiter vergrößerte.

1959 griff der damalige Verteidigungsminister Peng Dehuai den "Großen Sprung" und Mao Zedong als Initiator dieser Bewegung an. Mao Zedong trat von seiner Funktion als Staatsoberhaupt zurück; Liu Shaoqui bekleidete bis zur Kulturrevolution diesen Posten, während Mao weiter Vorsitzender der KPCh blieb. Der Posten-



Verteidigungsminister Lin Biao, auf dem IX. Parteitag der KPCh 1969 zu Maos Nachfolger bestimmt, galt als Exponent der Linken. Sein Sturz 1971 ebnete erneut den Weg für Deng Xiaoping und andere in der Führung der chinesischen Staatsorgane.

wechsel markierte auch einen Einschnitt in den praktischen Führungsaufgaben: In den folgenden Jahren bis 1966 bestimmten Parteführer wie Liu Shaoqui, Deng Xiaoping und Zhou Enlai die chinesische Politik.

Worin hatten die Probleme beim "Großen Sprung" ihre Ursache? Unserer Meinung nach darin, daß die planerischen, sachlichen und vor allem menschlichen Voraussetzungen der Dezentralisierung der Ökonomie zu wenig gegeben waren. Die Industrialisierung der Landgebiete hätte polytechnisch ausgebildete Arbeiter und Fachleute aus den Städten erfordert. Durch die zunehmende Differenzierung im Produktionsprozeß, die wachsende Entmündigung der Arbeiter von der Leitung dieses Prozesses war diese Voraussetzung kaum gegeben. Denn die Wirtschafts- und Industriepolitik der Jahre vor dem "Großen Sprung"

setzte auf Großproduktion, Arbeitsteilung und Spezialisierung. Zu den wesentlichen Errungenschaften des "Großen Sprungs", die gerne unterschlagen werden, gehört jedoch die damals begonnene Industrialisierung der Landgebiete.

Nach dem "Großen Sprung": Weitere Differenzierung

Die Wirtschaftspolitik der KPCh in den Jahren nach dem "Großen Sprung" stand offiziell im Zeichen der "Konsolidierung", d.h. der Beseitigung der Folgen der Krise. Unbedingte Priorität hatte die Landwirtschaft, d.h. die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung. Im Sommer 1960 beschloß das ZK der KPCh, die Volkskommunen aller Aufgaben der Produktionssteuerung zu entkleiden und diese zu dezentralisieren, den Brigaden (Dörfern) zu übertragen. Die "Zentrale Arbeitskonferenz" über die Landwirtschaft vom März 1961 beschloß "60 Punkte", die u.a. ländliche Märkte sanktionierten und die nach dem "Großen Sprung" spontan aufgetretenen Privatisierungstendenzen durch Einführung eines Haushaltsquoten-Systems billigten. Die Maßnahmen zielten alle auf Einschränkung der Kollektivwirtschaft und Stärkung der Bauernhaushalte. Damit war – im Gegensatz zu den egalitären Prinzipien des "Großen Sprungs" – zwangsläufig eine soziale Differenzierung eingeleitet. In der Industrie verfolgte die KPCh jetzt den Kurs, durch Arbeitsteilung und Spezialisierung unter den Betrieben, durch Schaffung konzernartiger Zusammenschlüsse von Betrieben und durch eine extrem leistungsorientierte Entlohnung der Belegschaften die Produktion zu steigern. Die heutige Wirtschaftspolitik der KPCh hat viele Maßnahmen der Wirtschaftspolitik in den 60er Jahren aufgenommen. Eine Konsequenz der Wirtschaftspolitik nach dem "Großen Sprung" war die Schließung vieler ländlicher Industriebetriebe, die 1958 entstanden waren, wegen überhöhter Produktionskosten.

Nachdem im "Großen Sprung" kurzzeitig alle sozialen Beziehungen umgewälzt wurden, die Entwicklung zu einer erneut sozial differenzierten Gesellschaft unterbrochen war, bewirkte die Parteipolitik in der folgenden Periode eine um so rabiatriere Differenzierung: Zwischen 1958 und 1966 verdoppelte sich beinahe die Zahl der Angestellten und der technischen Fachkräfte in der VR China. In einer Gesellschaft wie der chinesischen, in der Beamtenamt und Gelehrten traditionell erstrebenswerte Karrieren waren und in der zudem die auf Fachleute, Experten setzende Wirtschaftspolitik propagiert wurde, mußten die Angehörigen der neuen Mittelklassen zwangsläufig eine privilegierte Stellung einnehmen. Diese Stellung setzte sich im Erziehungssystem fort, das nach strengen Selektionsmechanis-

men vor allem Kindern von Kadern und Intellektuellen den Zugang zu höherer Ausbildung erlaubte.

Die Agrarpolitik der KPCh förderte ausdrücklich die soziale Differenzierung: "Es gibt nun einmal Kommunemitglieder, die über viel Arbeitskraft und finanzielle Mittel verfügen und die zudem Erfahrung in privater Geschäftsführung besitzen. Laßt sie ihre eigene Wirtschaft betreiben und so schnell wie möglich Resultate erzielen." Dieser neue Tonfall, unterstützt durch die offizielle Freigabe ländlicher Märkte, die vermehrte Zuweisung von Privatparzellen und die vertragliche Bindung der Produktion an Haushalte und vor allem durch die faktische Übertragung der Kollektivproduktion an die meist aus einer Sippe bestehende Produktionsgruppe, beschleunigte die nach dem Scheitern des "Großen Sprungs" ohnehin ins Kraut schießenden Privatisierungstendenzen. Die reichen Bauern nutzten natürlich die Anlagemöglichkeiten auch im Zwischenhandel und in den Städten. Möglich war diese Entwicklung nur durch die Schwächung der Partei bzw. das Eindringen wohlhabender Bauern in die Machtpositionen der Partei und deren Kooperation mit Kadern. "Am Vorabend der Kulturrevolution waren lokale Partei-, Produktions- und Aufsichtskader sowie der wohlhabend gewordene Teil der Bauernschaft zu einer engen Interessengemeinschaft zusammen gewachsen." Schließlich sollten nach der Parteidoktrin jetzt die Fachleute, Agronomen etc. statt die Massen den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge deutlich über die Rate des Bevölkerungswachstums zu treiben. Reich gewordene Bauern, Parteikader und Agrarexperten machten also die "Oberschicht" der Dörfer aus.

Nicht statistisch, aber doch aus zahlreichen Untersuchungen belegbar ist die erneute Deklassierung der früheren armen Bauern, die zur Zeit des "Großen Sprungs" auch die Parteikader stellten. Sie müssen im Zuge der Neuorientierung der KPCh diese Machtpositionen im Dorfe räumen und verstehen es auch nicht, die jetzt angebotenen Möglichkeiten zur Bereicherung auszunutzen. Viele werden zu Landarbeitern oder – illegalerweise – zu Pächtern der Oberschicht, oder müssen als Wander- oder Vertragsarbeiter Gelegenheitsarbeit suchen.

Die Vertragsarbeiter sind Teil des "zweistufigen Arbeitssystems" in der Industrie, im Gegensatz zu den fest angestellten Beschäftigten ohne jeden Kündigungsschutz, ohne die wichtigen Sozialleistungen und mit weniger Lohn. Nach dem "Großen Sprung" hielt der II. Fünfjahrplan die Staatsbetriebe ausdrücklich dazu an, zwecks Kosten senkung und wegen der erwünschten Flexibilität die Zahl der festangestellten Beschäftigten um 30% zu sen-

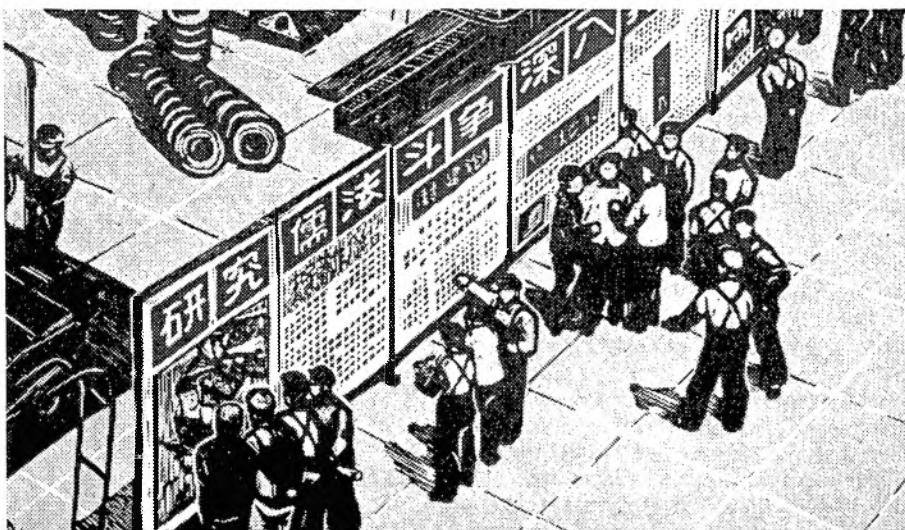
ken und stattdessen Vertragsarbeiter zu heuern. Unerschöpfliches Reservoir für den Arbeitskräfte nachschatz war die Dorfarmut.

Die Jungarbeiter und Lehrlinge in den Fabriken der Städte stellten aufgrund ihrer niedrigen Entlohnung und der eindeutigen Deklassierung, die mit den neu eingerichteten sog. "Arbeitsschulen" verbunden war, – dem Anspruch nach sollten sie wie ähnliche Institutionen im "Großen Sprung" eine polytechnische Ausbildung vermitteln, stattdessen boten sie oftmals überhaupt keine Weiterbildung und sahen nur Hilfsarbeiten vor – ein enormes Protestpotential dar. Ange sichts der Masse nachwachsender Jugendlicher boten sich für viele nur schlechte Lehrstellen oder die Perspektive der Verschickung aufs Land.

Im September 1962 leitet das 10. Plenum des VIII. ZKs der KPCh gegen die kapitalistischen Tendenzen vor allem auf dem Lande die "Sozialistische Erziehungsbewegung" ein. In den Do-

Auseinandersetzung innerhalb der KPCh offen gemacht mit der Wendung von den "Kapitalistenfreunden in der Partei". Die Bewegung geht in die Kulturrevolution über, aber noch – bis Ende 1966 – erscheint die Kulturrevolution nur als intensivierte Form der Kampagne, und in vielen Parteiorganen werden "Sozialistische Erziehungsbewegung" und "Kulturrevolution" synonym gebraucht.

Die Parteilinie um Mao Zedong, der seine Verantwortung für den "Großen Sprung" erklärt hatte, hatte also in den sechziger Jahren der Politik der wirtschaftlichen Konsolidierung und pragmatischen Dekollektivierung und sozialen Differenzierung zugestimmt und offenbar gleichzeitig in der "Sozialistischen Erziehungsbewegung" das Mittel gesucht, die Bauern, die Kader und die jetzige und künftige Intelligenz sozialistisch zu erziehen. Die Sicherung der Produktion war unerlässlich, die nach dem Großen Sprung installierten Strukturen wurden des-



Holzschnitt aus der Kulturrevolution über eine Wandzeitung in einer Shanghaier Fabrikhalle. Die Wandzeitungen – von der KPCh im August 1966 offiziell als Instrument der Massen propagiert – erwiesen sich als wesentliche Waffe der kulturrevolutionären Bewegung. Heute sind die Wandzeitungen illegalisiert.

kumenten dieser Bewegung wird die Bedeutung des Klassenkampfes hervorgehoben und von den drei revolutionären Bewegungen: Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experiment gesprochen. Es ist nicht bekannt, wie weit diese Kampagne auch praktische Konsequenzen hatte, z.B. durch Stärkung der Kollektive, Bekämpfung der schlimmsten Auswüchse der Differenzierung auf dem Lande. Mit Sicherheit schuf diese Kampagne aber eine öffentliche Meinung, die der ungehemmten Bereicherung einzelner auf Kosten der Kollektive nicht gerade förderlich gegenüberstand. Die KPCh führte die Kampagne der "Sozialistischen Erziehungsbewegung" mehrere Jahre. In einem der späteren Dokumente der Kampagne (von 1965) haben die Verfasser (darunter vermutlich Mao Zedong) zum ersten Mal auch die

wegen nicht angetastet, der Kampf sollte sich auf das Feld der Ideologie beschränken. Das war der konkrete Inhalt und Hintergrund der Losung: "Die Revolution anpacken, die Produktion fördern!".

Die Einleitung der Kulturrevolution

Die "Sozialistische Erziehungsbewegung" war zunächst eine Kampagne, die über die Propagandamechanismen der Partei vermittelt wurde und die sich nicht einfach auf eine breite Bewegung unter den Massen stützen konnte. Die "Sozialistische Erziehungsbewegung" war also erst mal eine Kampagne des Parteapparates. Und dieser Apparat war mit der Richtung, die Mao Zedong dieser Kampagne geben wollte, nicht einverstanden. Schon als Mao im September 1965 die "Sozialistische Erziehungs-

bewegung" intensivieren, auf eine neue Stufe heben wollte, gab es Opposition. Als im Frühjahr 1966 an Pekinger Hochschulen Wandzeitungen auftauchten, die Teile der Professorenschaft kritisierten, sah die Linke um Mao Zedong die Möglichkeit gegeben, jetzt die Bewegung zu verbreitern, ihr eine Massenbasis zu verschaffen. In der Direktive vom 7. Mai 1966 werden die Wandzeitungen begrüßt und die Jugendlichen ermuntert, damit fortzufahren. Wesentlich dabei: Die jetzt stattfindenden Aktionen von Schülern und Studenten, den Rotgardisten, sind auf die Hauptstadt beschränkt. Die Ziele der Rotgardisten beschränken sich zunächst auf die Kritik bürgerlicher Tendenzen im Überbau, im Wissenschafts- und Kulturbetrieb. Sie fordern eine allseitige Ausbildung. Die Behörden versuchen in den folgenden Monaten alles, um diese Aktionen zu ersticken. Dazu gehören auch solche Initiativen wie die Gründung von Rotgardisten-Verbänden mit Billigung der Behörden und entsprechender Pro grammatisierung.

Im Juli 1966 tritt das 11. Plenum des VIII. ZKs der KPCh zusammen, um über die Kulturrevolution zu beraten. Ergebnis sind die "16 Punkte", ein vorsichtiges Dokument, das den Kampf auf den ideologischen Bereich beschränkt, ausdrücklich die Sicherstellung der Produktion und der Landesverteidigung hervorhebt. Nach Berichten hatte das ZK-Plenum weitergehende radikale Vorstellungen mit Mehrheitsbeschuß verhindert. Mit der Konferenz – so deuten es jedenfalls Mao-Zitate an – ist klargestellt, daß die Provinzfürsten der KPCh keinesfalls das Interesse haben, die Kulturrevolution in ihre Städte dringen zu lassen. Andererseits sind die zahlenmäßig schwachen maoistischen Kräfte bestätigt in ihrem Kurs. In den folgenden Monaten blockieren die Provinzführungen und untergeordnete Gliederungen der KPCh alle Versuche der Parteiführung in Peking, die kulturrevolutionäre Bewegung aus ihrer Isolierung in der Hauptstadt herauszu bringen.

Der Widerstand der Kader gegen die Kulturrevolution

Die vom 11. Plenum des ZKs der KPCh eingesetzte Kulturrevolutionsgruppe, die mit der praktischen Leitung der Kampagne beauftragt ist und in der u.a. die sog. "Viererbande" vertreten ist, geht in den Herbstmonaten daran, Gruppen von Rotgardisten aus Peking und Shanghai in die Provinzen zu entsenden mit dem Auftrag, die alten Provinzparteikomitees zu kritisieren und alle mit der alten Politik zerfallenen Kräfte um sich zu sammeln – mittels Wandzeitungen, Flugblättern, Demonstrationen. Diese Gruppen in den Provinzen entwickeln sich, solange sie nicht von den alten Autoritäten zerschlagen werden, zu einer lokaler



Der sog. "Tiananmen-Zwischenfall". In mehrtägigen Kundgebungen im April 1976 protestierten Millionen Menschen in Peking gegen die Politik der Gruppe um Jiang Qing. Deng Xiaoping, der damals die Regierungsgeschäfte leitete, wurde die Urheberschaft für die Aktionen angelastet; er verlor seine Funktionen.

oder Provinz-Gegenregierung. Der Parteiapparat ist aber nach wie vor der alte, und die erfahrenen Funktionäre, die um ihre Sessel fürchten müssen, nutzen alle Mittel der politischen Taktik und Intrige, um ihre Macht zu erhalten. Vor allem können sie sich die Schwäche der linken Rotgardisten ausnutzen: Nach allen Berichten ist es keinesfalls so, daß Schüler und Studenten eine revolutionäre Einheit darstellen. In den Auseinandersetzungen in den Bildungseinrichtungen haben sich starke konservative Kräfte heraustraktalliert – meist Studenten von Elitehochschulen und höhere Semester kurz vor Antritt einer aussichtsreichen Partei- oder Staatskarriere –, die sich z.B. zu einer "Schutzeinheit" angegriffener Hochschulkader zusammenschlossen oder enge Verbindungen zur Pekinger Bürokratie hatten. Die linken Rotgardisten machen an Pekinger Bildungseinrichtungen kaum ein Fünftel aus; sie stammen zumeist aus armen Familien und hatten sich im Frühsommer 1966 über die öffentlich vorgebrachte Kritik an dem auf Elite und Höchstleistung getrimmten Studiensystem zusammengefunden; Studenten aus bürgerlichen Elternhäusern haben im Regelfall bei ihnen keinen Zutritt und werden dem "roten Terror" unterworfen, einer der Exzesse der Kulturrevolution.

Im Spätherbst 1966 hatte sich jedenfalls gezeigt, daß der Ansturm der Rotgardisten auf die sog. "Kapitalistenfreunde" in der Partei wenig erfolgreich geblieben war. Zahlreiche Flugblätter und Zeitungen der Rotgardisten – in der VR China herrscht eine Pressefreiheit wie nie zuvor – beklagen das Abflauen der Bewegung, die Erfolglosigkeit. Und an den Bildungseinrichtungen, wo die Kulturrevolution ihren Ausgangspunkt hatte, konnten die Rebellen jedenfalls keine

Mehrheit hinter sich bringen. Zum radikalen Kern der Bewegung gehörte in Peking ca. 1/4 der Oberschüler und Studenten. Es schien, als ob die auf Stabilität und Beharrung pochende Mehrheit des Führungskaders der Partei gesiegt hätte.

In dieser Phase der Stagnation stießen vermehrt proletarische und bürgerliche Kräfte zu den Rebellen dazu, Vertragsarbeiter, Jungarbeiter und Lehrlinge, aufs Land verschickte Oberschüler. Diese Kräfte brachten der Bewegung neuen Auftrieb.

Politisch ist das Bild undurchsichtig: Da sind die Parteführer um Liu und Deng, die auf ihre Anhänger in den Ministerien und in den meisten Provinzen, im Gewerkschaftsbund etc. zählen können und die im ganzen Land, vor allem aber in Shanghai und Peking, ihre Anhänger zu Mobilgarden wie der Shanghaier "Scharlachgarde" zusammengeschlossen haben. Blutige Zusammenstöße mit den linken Rebellen sind an der Tagesordnung. Da ist die maoistische Linke, die sich auf verschiedene Rebellengruppen in der Hauptstadt stützt. Und schließlich die sog. Viererbande, die ihre eigenen Rebellen haben. So sind die Rebellenorganisationen auch Vehikel des Machtkampfes in der Parteiführung, wie sie zugleich auch eigene programmatische Positionen entwickelten. Jedenfalls zeichnet sich in der Folge ab, daß die Rebellenaktionen ihren Mentoren aus den Händen gleiten.

Die Entscheidungsschlacht in der Kulturrevolution

Im Januar 1967 gehen die linken Rebellen – Mao hat das Grundsatzdokument ihrer Erhebung verfaßt – zunächst in Shanghai und dann in anderen Landesteilen in die Offensive. Überall besetzen sie Rathäuser und Verwaltungsstellen, Radiosender und Zeitungen. Aber nach der Proklama-

tion vom 6.1.67 müssen die Rebellen, die in Shanghai noch die Kommandohöhen kontrollieren, am 9.1.67 in der "Dringenden Bekanntmachung" zur Aufrechterhaltung von Produktion und Versorgung aufrufen. Denn die "Arbeiterscharlachgarden" mit ihren Bastionen im Hafen, bei den Verkehrsbetrieben und in der Shanghaier Großindustrie haben einen Streik organisiert, der das industrielle Zentrum Chinas lähmegt und erneut die Vision des Scheiterns des "Großen Sprungs" beschwört. Nach wenigen Wochen muß Mao Zedong, der das Experiment der Kommune Shanghai gefördert hatte, dazu raten, den Frieden mit den Arbeitergarden zu schließen und den Kompromiß in Form von Revolutionskomitees zu gießen. In Kanton fährt am Morgen nach der putschartigen Machteroberung durch die Rebellen

scheidet, und den Vertragsarbeitern und Jungarbeitern. Der Kern der Industriearbeiter ist auf ein Entwicklungsmodell für China ideologisch und materiell festgelegt, das zunehmende soziale und regionale Differenzierung als zwangsläufig im Prozeß der Industrialisierung in Kauf nimmt. Die Kehrseite der Entmündigung der Industriearbeiter in der Produktion ist ihre materielle Privilegierung.

Das Ergebnis des "Januarsturms" auf dem Gebiet von Wirtschaft und Verwaltungsstruktur war nach allen ernstzunehmenden Berichten ein Chaos: Wochen- und monatelang, in manchen Städten und Landesteilen noch jahrelang tobten Kämpfe um Fabrikhallen, Büros, Radiosender. Die industrielle Produktion war weitgehend zusammengebrochen, die Belegschaften der Fabriken und Bergwerke

bellenoberkommando installiert, das zwar auch einige Rebellenvertreter, vor allem aber Vertreter von Massenorganisationen der Arbeiter, Armeevertreter und Führungskader, die nicht völlig diskreditiert waren, umfaßte. Von der Zusammensetzung her war das Programm dieses Rebellenoberkommandos moderat. Das Beispiel machte Schule, und Mao Zedong propagierte es bald als den Hebel, die Verhältnisse wieder zu konsolidieren.

Nach dem Dargestellten hatten 1967 die Rebellen nicht gesiegt, der von seinem Charakter her plebejische Aufstand der gedrücktesten Schichten der Land- und der Stadtbevölkerung war spätestens da gescheitert, als der Staatsrat der VR China per Dekret und die Armee Ende 1967 die von den Landgebieten in die Städte gezogenen Jugendlichen und Landarbeiter zurück aufs Land zwangen. Damit war ein wesentlicher Inhalt der Kulturrevolution gescheitert, das Bündnis von Arbeitern, Bauern und Intelligenz auf eine neue Grundlage zu stellen gerade durch den planmäßigen Einsatz von Facharbeitern und Fachkräften auf dem Land. Stattdessen wurden die überzähligen städtischen Jugendlichen erneut aufs Land geschickt. Die damals gegründeten Kadarschulen, die späteren Reformen im Erziehungswesen waren nur Hilfsmaßnahmen, die allerdings der Kulturrevolution zu verdanken sind.

Indem die Kulturrevolutionäre das Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung kapitalistischer Tendenzen richteten und nicht auf die Differenzierung in der Produktion – die Differenzierung nicht im Lohnsystem, sondern die Spezialisierung und Arbeitsteilung –, mußten zwangsläufig vielfältige Spaltungslinien unter den Massen in der VR China auferissen werden, die ein Kennzeichen des Chaos waren. Mit dieser theoretischen Analyse konnten die Revolutionäre um Mao Zedong keine neue dauerhafte Einheit unter den Massen herstellen, nachdem die auf Differenzierung gerichtete Politik vor der Kulturrevolution gerade die soziale Basis für die revolutionäre Erhebung geschaffen hatte. Für die Jahre nach 1967 – nach dem Abflauen der Massenbewegung – sind die ständigen Auseinandersetzungen in der Parteiführung kennzeichnend; die fortgesetzten Kampagnen lösen die tatsächlichen Probleme nicht, so daß am Ende tatsächlich der Kurs Deng Xiaopings als der einzige mögliche erschien.

Quellenhinweis: Mao Zedong: Ausgewählte Werke Bd. V; Rainer Hoffmann: Maos Rebellen – Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977; Eric Axelrod: The Political Economy of the Chinese Revolution, Hongkong 1970; Resolution über einige Fragen zur Geschichte der KP Chinas, Beijing 1981 – (wom)



Wandzeitung in der Universität Shanghai nach der Ausschaltung der Gruppe um Jiang Qing aus der Parteführung im Herbst 1976. Zu diesem Zeitpunkt waren nicht nur in der Intelligenz, sondern unter der Mehrheit der Stadtbevölkerung die ursprünglichen Verfechter der kulturrevolutionären Ziele isoliert. Allerdings kam es nach der Ausschaltung der sog. "Viererbande" in 12 Provinzen zu Kämpfen.

kein Bus, kein Zug, und Ende Januar müssen die Rebellen ihre Positionen räumen. Das Pekinger Tageblatt kommentiert aus der Zeit: "Mehr als jemals zuvor kommt es jetzt zu Konfrontationen, bei denen sich die Massen untereinander bekämpfen, ja selbst bewaffnete Auseinandersetzungen sind an der Tagesordnung. Die revolutionären Kämpfer werden zurückgedrängt und sogar unterdrückt."

Der Vorstoß der linken Rebellen in die Fabriken und auf die Partei- und Staatsorgane, getragen von einer Koalition der "Randgruppen", hatte offenbar von vornherein keine Basis unter den chinesischen Industriearbeitern. Welche Ursachen hatte das neben der fehlenden ideologischen Vorbereitung und dem teilweise putschartigen Vorgehen? Die Industriearbeiterschaft ist tief gespalten zwischen dem Kern der Arbeiter, der eine privilegierte Stellung in der Gesellschaft einnimmt und sich sozial kaum von Technikern und Ingenieuren unter-

sind in einer Vielzahl Gruppen zer splittert, die sich bekämpfen; ein Teil der Produktionsanlagen ist zerstört; im Januar 1967 müssen viele Betriebe wegen Öl- bzw. Kohlemangel schließen, weil Tausende Arbeiter Chinas wichtigstes Ölfeld Daqing im unwirtlichen Nordosten verlassen haben und weil die Bergarbeiter Politik machen. In einer Shanghaier Werft bekämpfen sich allein 90 Basisgruppen. Offenbar die einzige intakte Institution, die nach einem einheitlichen Befehl operiert, ist noch die chinesische Volksbefreiungsarmee. Bislang hatte die VBA in der Kulturrevolution ein Verbot einzugreifen und beschränkte sich allenfalls darauf, die streitenden Parteien auseinanderzuhalten.

Die Bildung der Revolutionskomitees als Kompromiß

In der Provinz Shanxi hatte der lokale Armeekommandeur das Eingreifverbot mißachtet und – gestützt auf die Gewehrläufe – am 12.1.67 ein Re-

Vom Großen Sprung zur Kulturrevolution: Zeitliste

September 1956: Der VIII. Parteitag der KPCh erklärt, die grundlegende sozialistische Umgestaltung sei vollendet. Der Hauptwiderspruch sei nicht mehr der zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, sondern zwischen dem Verlangen des Volkes nach rascher wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung und dem gegenüber dem unterentwickelten Stand der Produktivkräfte.

Frühjahr 1958: Die 2. Tagung des VIII. Parteitags verabschiedet eine Generallinie für den sozialistischen Aufbau, die die forcierte Entwicklung der Produktivkräfte durch einen "großen Sprung nach vorn" vorsieht.

Sommer 1959: Lushan-Plenum des VIII. ZK der KPCh. Verteidigungsminister Peng Dehuai kritisierte als erster hoher Funktionär den von Mao Zedong initiierten Großen Sprung als idealistisch.

Sommer 1960: Beidahe-Konferenz der KPCh beschließt die Verlagerung wesentlicher Kompetenzen der Volkskommunen auf die untergeordneten Brigaden, die im Regelfall Dörfern entsprechen.

Januar 1961: Plenum des VIII. ZKs der KPCh beschließt Maßnahmen zur Liberalisierung in der Landwirtschaft wie haushaltsoorientierte Produktionssysteme, freie ländliche Märkte, die Garantie von Privatparzellen für die Bauernhaushalte.

März 1961: Zentrale Arbeitskonferenz der KPCh zur Landwirtschaftspolitik verabschiedet "60 Punkte zur Landwirtschaft".

September 1962: 10. Plenum des VIII. ZK der KPCh beschließt über Mechanisierung der Landwirtschaft und leitet eine "Sozialistische Erziehungsbewegung" ein, die ideologisch rechten Tendenzen vor allem unter den Bauern und in der Intelligenz entgegenwirken soll.

1964: Der Leiter der Zentralen Parteischule der KPCh Yang Xienshen tritt mit seiner Theorie der Harmonisierung der Widersprüche "Aus zwei wird eins" hervor.

Januar 1965: Die "23 Punkte" zur Sozialistischen Erziehungsbewegung, ausgearbeitet von Mao Zedong, werden veröffentlicht. In diesem Dokument ist zum ersten Mal von den "Kapitalistenfreunden in der Partei" die Rede.

September 1965: Auf einer ZK-Konferenz plädiert Mao Zedong dafür, die Sozialistische Erziehungsbewegung auf eine neue Stufe zu heben. Er erntet dafür heftige Opposition, die eine Störung der Produktion und des Arbeitseifers der Bauern befürchtet.

Mai 1966: An der Peking-Universi-

tät erscheint die erste Wanzeitung, die verschiedene Angehörige des Lehrkörpers und der Universitätsverwaltung wegen bürgerlicher Ideen kritisieren.

Mai 1966: Tagung des Politbüros des ZKs der KPCh über die Kulturrevolution. Veröffentlichung des "Rundschreibens vom 16. Mai", das offiziell die Kulturrevolution als einen großen Kampf gegen die bürgerliche Ideologie einleitet.

August 1966: 11. Plenums des VIII. ZKs der KPCh veröffentlicht die "16 Punkte zur Kulturrevolution". Eine "Gruppe für die Kulturrevolution beim ZK" wird geschaffen, der u.a. Jiang Qing angehört.

September–Oktober 1966: Pekinger Rote Gardinen fahren ins ganze Land, um die Linke zu sammeln und die von den Provinzparteileitungen der KPCh betriebene Isolierung der Provinzen von den kulturrevolutionären Ereignissen in der Hauptstadt und die Isolierung der radikalen Kräfte in den Provinzen zu durchbrechen.

6. Januar 1967: Der unter Mao Zedongs Anleitung verfaßte Appell "an das gesamte Volk von Shanghai" ruft zur Bildung der Kommune Shanghai auf. Die Rebellen bilden die Kommune Shanghai, haben aber die Shanghaier Arbeiter im wesentlichen gegen sich. Nach drei Tagen werden die Arbeiter in einer "Dringenden Bekanntmachung" zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen. Nach der Bildung von ersten Revolutionskomitees in anderen Provinzen und Städten rät Mao Zedong dazu, die Kommunestruktur aufzulösen.

Januar 1967: "Januarsturm": In allen großen Städten Chinas – Ausnahme Peking, wo die kulturrevolutionäre Linke schon länger Unterstützung hat – kommt es zu wochenlangen Auseinandersetzungen um die Macht. Die Rebellen sind zum Schluß isoliert.

Februar 1967: Der Staatsrat der VR China veröffentlicht einen "Dringenden Erlaß" gegen den Zustrom von armen Bauern, Saisonarbeitern und aufs Land geschickten Jugendlichen in die Städte.

Januar 1967: Auf Betreiben des Militärs wird in der Provinz Shanxi das erste Revolutionskomitee gebildet als die organisatorische Form des Compromisses zwischen den Kulturrevolutionären, Kadern und Arbeiterschaft. Nach Bekanntwerden unterstützt die Führung der KPCh die Bildung von Revolutionskomitees im ganzen Land.

Februar 1967: Auf zentralen Parteikonferenzen kritisieren Mitglieder des Politbüros und der Militärräte die Bildung von Revolutionskomitees beim ZK, darunter der jetzige Staatspräsident Li Xiannian und der

frühere Marschall Ye Jianying, die Praxis der Kulturrevolution. Ihre als "Februarströmung" bekannt gewordene Position, die wahrscheinlich die Meinung vieler mittlerer und hoher Parteikader ausdrückte, findet keine Mehrheit.

Oktober 1967: "Oktoberniederlage": In verschiedenen Städten – u.a. in Kanton – unternehmen die Rebellengruppen, die nicht den Kompromiß der Revolutionskomitees unterstützen, einen weiteren Versuch, die Macht in den Städten zu übernehmen. Der Versuch scheitert.

April 1969: IX. Parteitag der KPCh. Der Parteitag, der erste nach den kulturrevolutionären Ereignissen, billigt die bisherigen Beschlüsse und Ergebnisse der Kulturrevolution. Lin Biao wird zum Nachfolger Mao Zedongs erklärt.

April 1971: Nach offiziellen Berichten kommt Lin Biao, der nach der Aufdeckung seiner Putschpläne in die SU fliehen will, bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

August 1973: X. Parteitag der KPCh stellt nach wie vor die Bedeutung der Kulturrevolution heraus, zielt aber praktisch auf die Konsolidierung der Wirtschaft. Deng Xiaoping hat inzwischen Funktionen in der Regierung übernommen und tritt wieder als ZK-Mitglied in Erscheinung.

Anfang 1974: Beginn der landesweiten "Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius" die soziale und ideologische Hintergründe der Affäre um Lin Biao, des Personenkults klären soll. Tatsächlich hat die Kampagne aber vielerorts eine Stoßrichtung gegen Zhou Enlai als Exponenten einer pragmatischen Konsolidierungspolitik.

1975: Deng Xiaoping übernimmt die Leitung der Tagesgeschäfte des ZK in Vertretung des schwer erkrankten Zhou Enlai. Mit Maßnahmen z.B. im Eisenbahnwesen kann er wirtschaftliche Probleme bereinigen und gewinnt so Unterstützung.

Januar 1976: Tod von Ministerpräsident Zhou Enlai.

April 1976: Aus Anlaß des traditionellen chinesischen Totenfestes (Qingming) organisieren Anhänger Zhou Enlais und Deng Xiaopings in Peking mehrtägige Demonstrationen, an denen sich Millionen beteiligen. Die Aktionen richten sich gegen die Gruppe um Jiang Qing; es gibt auch Parolen gegen Mao. Die Gruppe um Jiang Qing erklärt Deng Xiaoping zum Anstifter der Aktionen; Deng verliert alle Ämter.

September 1976: Tod von Mao Zedong.

Oktober 1976: In einem von den Pekinger VBA-Einheiten gedeckten Putsch wird die Gruppe um Jiang Qing verhaftet.



Asylpogrome

Am Mittwoch will das Bundeskabinett entscheiden, wie die in Westberlin eingepferchten Asylbewerber auf die BRD zu verteilen sind. Das soll auch in den anderen Bundesländern reaktionäre und faschistische Kräfte zu Hetzjagden und rassistischer Propaganda anstacheln. Binnen weniger Tage haben es die Regierungsparteien ge-

schafft, die Notwendigkeit von Asylrechtseinschränkungen als sachlich scheinbar unbestreitbar hinzustellen und zugleich Treibjagden faschistischer Kräfte auf Asylbewerber anzuzetteln. Kein Tag vergeht, an dem nicht eine neue Unionsgestalt sich scheinheilig über "neue Ausländerfeindlichkeit" sorgt, während weitere Gesetze zur Einschränkung des Asylrechts geprüft werden.

Imperialistische Aggression gegen Libyen

Im April dieses Jahres demonstrierten Tausende von Menschen in vielen arabischen Staaten gegen die US-Aggression gegen Libyen und bekundeten ihre Solidarität mit den libyschen Volksmassen. Einstimmig verurteilten auch die arabischen Staaten auf ihren Konferenzen die imperialistische Aggression gegen Libyen. Zu gemeinsamen Maßnahmen gegen die imperialistischen Aggressoren und zur Unterstützung Libyens konnten sie sich jedoch nicht entschließen. Wie sind die Erklärungen und die Taten der verschiedenen arabischen Staaten zu beurteilen? Wie stellt sich der antiimperialistische Charakter der unterschiedlichen Richtungen dar?



Alkoholismus

Mindestens 5 % der Beschäftigten sind alkoholkrank, 10 % sind alkoholgefährdet, das sind allein rd. 4 Mio. Menschen in der BRD. Seit 1968 ist Alkoholismus als – zwar selbstverschuldet – Krankheit anerkannt. Alkohol wie auch andere Drogen werden seit langer Zeit von der herrschenden Klasse als Mittel zur Ruhighaltung



eingesetzt, besonders zu Kriegszeiten und bei schweren Arbeitsbedingungen. Alkoholismus ist trotzdem scheinbar "klassenübergreifend", d.h. es trifft Arbeiter, Hausfrauen, Intellektuelle, Kapitalisten, Linke und Rechte. Allen gemein ist, daß sie mit den Widersprüchen, in denen sie leben, nicht zureckkommen. Die Therapie ist individuell, greift gesellschaftliche Verhältnisse nicht an.

SPD-Bundesparteitag

Vom 25. bis 29. August findet der Bundesparteitag der SPD statt. Der Parteivorstand hat Leitanträge unter anderem zur Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik sowie Sozialpolitik vorgelegt, die die praktischen Vorstellungen der sozialdemokratischen Partei im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1987 umreißen. Gleichfalls hat er jetzt den Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes veröffentlicht, das nach weiteren Parteidiskussionen im kommenden Jahr verabschiedet werden und das seit den Sechziger Jahren geltende Godesberger Programm ersetzen soll. Wie verhalten sich die neuen Grundsätze zu den mehr näherliegenden Zielsetzungen und der Wahlplattform der SPD?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit fünf verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7 Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7 Tel.: 0221/21 16 58

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmar Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91.- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Großen Döwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40